



Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

1968 - Die Utopie eines dritten Weges

Beiträge vom 16. Häftlingstreffen in Güstrow 2018



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

lpB 
Landeszentrale
für politische Bildung


POLITISCHE MEMORIALIA
Mecklenburg-Vorpommern


Die Landesbeauftragte
für Mecklenburg-Vorpommern
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR

1968 - Die Utopie eines dritten Weges

Die Foren zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte finden mit freundlicher Unterstützung der Stadt Bützow statt.

Impressum

ISBN: 978-3-96250-265-2

Herausgeber und Copyright:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Jägerweg 2
19053 Schwerin

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR
Bleicherufer 7
19053 Schwerin

Politische Memoriale

Severinstraße 6
19055 Schwerin

Eine gewerbliche Nutzung der Broschüre ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Herausgeber nicht gestattet. Die in der Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Herausgeber.

Redaktion:

Frederic Werner, FES MV

Redaktionelle Mitarbeit:

Andreas Frost, Rudolf Leppin, Paul Kruse

Fotos:

Rudolf Leppin
The Central Intelligence Agency - 10 Soviet Invasion of Czechoslovakia, Gemeinfrei (Titelbild)

Gestaltung:

www.grafikagenten.de, Rostock

Druck:

Druckerei Weidner GmbH Rostock

Schwerin, Januar 2019

Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

1968 - Die Utopie eines dritten Weges

Beiträge vom 16. Häftlingstreffen in Güstrow 2018

Inhalts

verzeichnis

- 08 Editorial **Frederic Werner/Martin Klähn**
- 10 1968 zwischen Ost und West
Was heißt es, 1968 in einer europäischen Perspektive zu betrachten?
Dr. Jürgen Danyel
- 36 Zwischen Dubček und Dutschke
Die DDR im Jahr 1968 **Dr. Stefan Wolle**
- 50 Die 68er und die DDR - zwei Sozialismen und kein Bündnis
Prof. Dr. Matthias Pfüller
- 64 Keine Chance auf Meinungsfreiheit
Der Prager Frühling und der Bezirk Neubrandenburg **Dr. Frank Wilhelm**
- 76 1968, Prager Frühling und die evangelischen
Landeskirchen in der DDR **Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski**
- 88 Impulse des Prager Frühlings für oppositionelles Denken und
Handeln in der DDR bis 1989 **Friedrich Schorlemmer**
- 98 Das nach fünfzig Jahren etwas angegammelte kalte Buffet von
1968 **Jan Faktor**
- 110 Knastwaren für den Klassenfeind
Häftlingsarbeit in der DDR und der Westexport der Produkte
Dr. Tobias Wunschik

Edito-

rial



„Was den Menschen zu einem politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zuzuwenden, die ihm nie in den Sinn hätte kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe zuteil geworden: etwas Neues zu beginnen.“ (Hannah Arendt)

Dieses Zitat steht für vieles, was das ereignisreiche und schicksalhafte Jahr 1968 ausmacht. Nicht umsonst ist 1968 ein besonderer Einschnitt in der europäischen Geschichte; eine Chiffre für ein erstarkendes politisches (Selbst-)Bewusstsein.

Im Jahr 1968 war die Bundesrepublik eine kleinbürgerliche und autoritäre Gesellschaft. Ehemalige Nazis saßen in hohen Regierungsämtern, die heimgekehrten Väter redeten nicht mit ihren Kindern über das, was geschehen war. Die geplanten Notstandsgesetze mobilisierten Studenten und Gewerkschafter, und eine ganze Generation sah das Freiheitscredo der Amerikaner in Vietnam mit Füßen getreten. Dazu kamen die griechische Militärdiktatur, der Mord an Martin Luther King und die tödlichen Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg. Der tödliche Schuss löste die Breitenwirkung der Studentenbewegung aus. Der gesellschaftliche Umbruch 1968 brachte auch die Friedens- und die Frauenbewegung in Gang. „Mehr Demokratie“, „Frieden schaffen mit weniger Waffen“, „Gleichberechtigung für Mann und Frau“ - solche Parolen standen auf den Fahnen und Spruchbändern der „68er-Bewegung“ - in Westdeutschland.

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs in der Tschechoslowakei begann 1968 ein Prozess zur Reformierung des Sozialismus sowjetischer Prägung, der viele Menschen erfasste und viele andere aus dem Ostblock hoffnungsvoll dorthin blicken ließ. Auch hier war die Hoffnung: Eine andere Welt ist möglich. Allein, schon die Abschaffung der Zensur im Januar erzürnte Breschnew. Mehrmals ließ er die abtrünnigen Genossen warnen, bevor die Rote Armee im August tatsächlich einmarschierte. So sind auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs die Utopien zur Überwindung von Sozialismus beziehungsweise Kapitalismus gescheitert. Westlicherseits haben die Ideen der 68er die Gesellschaft tiefgreifend verändert, östlicherseits überwinterten sie in der Gedankenwelt von Oppositionellen.

In unserer diesjährigen Tagung haben wir die Utopien eines Dritten Weges von 1968 zu einem Schwerpunkt gemacht. Zu Beginn stellte Dr. Jürgen Danyel die verschiedenen europäischen Perspektiven auf die 68er Ereignisse dar. An die Menschen, die 1968 in der DDR aufbegehrten, hat Stefan Wolle erinnert. Zum Verhältnis des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zur DDR sprach Matthias Pfüller. Was sich 1968 in Mecklenburg-Vorpommern ereignete, war das Thema des Vortrags von Frank Wilhelm. Im anschließenden Podium wurde die Frage der Utopie eines Dritten Weges in den Vorstellungen der damaligen Akteure diskutiert. Über die Rolle der Kirchen 1968 in der DDR sprach Cornelia von Ruthendorf-Przewoski. Inwieweit sich Vorstellungen beziehungsweise Utopien der 68er in der Programmatik der 89er in der DDR finden lassen behandelte Friedrich Schorlemmer, bevor der Schriftsteller und Augenzeuge Jan Faktor über den Versuch nachdachte, zerschlagenes Porzellan zu kitten und wieder gebrauchsfähig zu machen. Die Beiträge haben wir in dieser Broschüre zusammengefasst. Wir danken allen beteiligten ReferentInnen für ihre wertvollen Artikel. Im Namen aller Veranstalter wünschen wir Ihnen eine angenehme und erkenntnisreiche Lektüre.

Martin Klähn
Frederic Werner



Ehemalige politische Häftlinge des Bützower Gefängnisses beim dies-jährigen Forum **Rudolf Leppin**

Die Veranstalter bedanken sich auch in diesem Jahr bei den ehemaligen politischen Häftlingen der Haftanstalt Bützow, die den Weg trotz des dies-jährigen Teilumzugs der Veranstaltung nach Güstrow auf sich genommen haben. Es ist und bleibt ein Teil der Aufgabe dieser Tagung ihre Erfahrungen in einen historischen Kontext zu stellen und für folgende Generationen zu erhalten.

1968 zwischen Ost und West

**Was heißt es, 1968 aus einer
europäischen Perspektive zu betrachten?**

Dr. Jürgen Danyel

Dr. Jürgen Danyel stammt aus Mariánské Lázně. Er ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Studiert hat er in den 1980er Jahren Soziologie an der Berliner Humboldt-Universität.

Neue Perspektiven auf 1968

Blickt man auf die anlässlich der Jahrestage von 2008 und 2018 erneut kulminierenden öffentlichen Debatten zu 1968 und die dazu inzwischen vorliegende Fülle an Publikationen, Ausstellungsprojekten und Erinnerungsbüchern, fällt folgendes auf: 1968 wird erstens inzwischen viel stärker als ein globales, als ein internationales Ereignis wahrgenommen. Entsprechend ist das Interesse für die sehr unterschiedlichen 68er-Bewegungen in den verschiedenen Ländern und für die Beziehungsgeschichte zwischen den Protestereignissen und den sie begleitenden Debatten gestiegen.¹ Das hat insbesondere der Debatte in Deutschland gutgetan, die lange Zeit sehr introvertiert und von den Mythenbildungen der noch lebenden Protagonisten geprägt war.²

Insgesamt ist dadurch das Interesse für den Verlauf von 1968 in einer ganzen Reihe von Ländern gestiegen, die abseits der klassischen Achse der Meistererzählung zwischen Berkeley, Paris und West-Berlin liegen, aber über eine höchst interessante und kaum weniger dramatische eigene Geschichte von 1968 verfügen. In den Blick geraten sind etwa Länder wie Mexiko, wo wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele die Proteste und Streikaktionen der Studenten in Mexiko-Stadt gewaltsam durch die Präsidentengarde, das Militär und den Geheimdienst niedergeschlagen wurden.³ Dabei kamen mehrere Hundert Studenten ums Leben. Die Ereignisse von damals wurden lange tabuisiert und erst 1998 öffentlich aufgearbeitet. Nicht weniger spannend sind die Ausprägungen der Studentenproteste in Italien, die sich aus einer Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen und dem etablierten Parteiensystem (die Kommunistische Partei eingeschlossen) speisten, die Nähe zur Arbeiterbewegung suchten und sich in Anknüpfung an die Tradition der Resistenza gegen die Neofaschisten richteten.⁴

Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen und verdeutlicht, dass über bestimmte Orte, Dimensionen und Akteure des Protestes von 1968 jenseits von Frankreich, Deutschland und den USA noch immer relativ wenig bekannt ist. Ein weiteres Beispiel für diese weit weniger bekannten Schauplätze von 1968 ist der sogenannte Globuskrawall in Zürich Ende Juni 1968. Die Auseinandersetzungen um die Einrichtung eines Jugendzentrums im Warenhaus „Globus“ mündeten in gewaltsame Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und Polizei und bildeten den Auftakt für 1968 in der Schweiz.⁵

Eine zweite wichtige Verschiebung in der Erinnerung an 1968 zeigt sich darin, dass inzwischen viel stärker die Gesellschaften, in denen sich die Studentenproteste artikulierten, in den Blick genommen werden. Gefragt wird danach, wie andere gesellschaftliche Gruppen, die Arbeiter, die ältere Generation, die Provinz oder die politischen Gegner der linken Studenten 1968 agiert haben, wie sie die Ereignisse wahrgenommen und verarbeitet haben. Damit kann nüchterner bewertet werden, welche zeitgenössische Wirkung und gesellschaftliche Prägekraft die Studentenbewegung überhaupt haben konnte. 1968 wird mehr denn je historisiert, das heißt in eine längere Geschichte des gesellschaftlichen Wandels, der Modernisierung, der sozialen und kulturellen Umbrüche, des Wertewandels, der Generationskonflikte, der Populärkultur eingebettet.⁶

Gleiches gilt für die Nachwirkungen, die nicht mehr nur mit Blick auf die Radikalisierung eines Teils der Bewegung und die Gewalt der RAF diskutiert werden. Damit relativieren sich einige Zuschreibungen hinsichtlich der historischen Leistungen der Studentenbewegung beziehungsweise sie lassen sich differenzierter bestimmen. So beginnt die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der bundesdeutschen Gesellschaft wesentlich früher als 1968 und geht nicht allein auf das Konto der Studentenbewegung, auch wenn ihr Beitrag dazu unbestritten bleibt.

Eine dritte Veränderung in der Erinnerung markiert die Erkenntnis, dass es sich bei 1968 um ein Medienereignis handelt, dessen zeitgenössische Dynamik und Wahrnehmung, dessen Formen und Symbole maßgeblich durch die Medien beeinflusst wurden.⁷ Erst durch die Berichterstattung der Medien und die Bilder von den Protesten, die grenzüberschreitend erfolgte, konnte sich bei den verschiedenen Akteuren ein Bewusstsein darüber einstellen, dass sie Teil einer größeren Bewegung beziehungsweise eines weltumspannenden Ereignisses waren. Das machte wechselseitige Lernprozesse, die Adaption von Proteststilen und Symbolen möglich. Von prominenten Fällen wie Daniel Cohn-Bendit einmal abgesehen, sind auch die Biografien von jenen Akteuren, die zwischen den verschiedenen Bewegungen agierten, noch immer wenig bekannt. Auch die popkulturelle Grundierung (Musik, Mode, Konsum, Sexualität) von 1968 gehört in diese Betrachtung von Transferprozessen.

Viertens - und damit gerät die europäische Perspektive in den Blick - wurde spätestens mit dem Jahrestag von 2008 die lang anhaltende und äußerst

unproduktive Trennung zwischen 1968 im Westen und im Osten aufgebrochen und in Frage gestellt. Zumindest, um den Optimismus gleich wieder etwas zu dämpfen, kann es sich keine Gesamtdarstellung von 1968 und keine Tagung über das Jahr der Revolten mehr leisten, den Prager Frühling und die Entwicklungen im Ostblock auszuklammern. Von einer integrierten, die Entwicklung in Ost und West in Beziehung zueinander setzenden Betrachtung ist dies jedoch noch weit entfernt. Warum diese Teilung so lange Bestand haben konnte, auch darauf ist im Folgenden näher einzugehen. Im Mittelpunkt soll jedoch die Frage nach einer möglichen Perspektive stehen, die zeigt, dass es neben vielen Unterschieden eine Reihe von Feldern gibt, auf denen sich interessante Parallelen und durchaus synchrone gesellschaftliche Veränderungen zwischen Ost und West aufzeigen lassen.

Eine europäische Perspektive auf 1968 zu entwickeln, bedeutet jedoch nicht so sehr, eine auf die gemeinsame Erinnerung an 1968 gestützte neue politische Identitätskonstruktion für ein prekär gewordenes Europa zu finden, die in gut gemeinter Absicht wieder alle Ambivalenzen des historischen Geschehens glattbügelt. Auch das Bild vom „dritten Weg“ ist keine geeignete Klammer für einen europäischen Blick auf 1968. Die Vorstellung eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist selbst ein Teil von 1968, der konsequent in seine Zeit eingebettet und historisiert



Dr. Jürgen Danyel führt in das Thema der Tagung ein **Rudolf Leppin**

werden muss. Vielmehr würde ein europäischer Blick auf 1968 beinhalten, sich für die Vorgänge auf den verschiedenen Schauplätzen zu interessieren, die eigenen west- beziehungsweise ostzentrierten Blicke und die wechselseitigen Vorurteile über 1968 weiter aufzubrechen und die Beziehungsgeschichte zwischen Ost und West zu beleuchten. Daraus ist wenig europapolitischer Honig zu gewinnen, aber die Wiedergewinnung einer Neugier aufeinander, die nach der Euphorie des Umbruchs 1989/90 deutlich nachgelassen hat.

Das andere 1968 im Osten

Über die Unzulänglichkeiten wie die Imaginationskraft der Generationenzuschreibung von den 68ern ist unendlich viel diskutiert und geschrieben worden. All dies für den Westen formulierte gilt noch stärker für den Versuch, das „andere 1968“ des Ostens und seine Akteure in die europäische Erinnerung an 1968 einzubeziehen. Wer waren die 68er des Ostens und was war deren Beitrag zu jenem globalen beziehungsweise europäischen Ereignis und Umbruchsjahr? War etwa Alexander Dubček ein 68er des Ostens? Schon allein die Frage verdeutlicht, wie sehr unser landläufiges Bild von 1968 und den 68ern durch den westlichen Blick auf die Studentenrevolten in Berlin, Paris und Berkeley oder sagen wir es deutlicher von bestimmten westlichen Klischees und Mythen über diese Bewegung geprägt geworden ist. Nun könnte man auf den im Vergleich zu seinen Vorgängern und Nachfolgern oder zu seinem Amtskollegen im Ostblock äußerst dynamisch wirkenden und populären tschechoslowakischen KP-Chef und auch manchen aus seiner Reformerriege durchaus die Attribute von Nonkonformismus und eines antiautoritären Habitus projizieren. Aber dies wäre nach wie vor - trotz der legendären Fotos vom Juni 1968, die Dubček in Badehose beim Sprung vom Dreimeterbrett in einem slowakischen Freibad oder die Minister der tschechoslowakischen Regierung beim Springseilspringen zeigen - meilenweit von dem entfernt, was wir mit dem Revoluzergestus eines Dutschke oder dem alternativen Lebensstil einer Kommune 1 verbinden. Aber damit sind wir schon mittendrin in festgefühten Bildern und Wahrnehmungen. Vielleicht ist aber unser eingeschliffenes Bild von den Akteuren des Prager Frühlings und der Studentenrevolte im Westen viel zu eng, um das Verbindende zwischen Ost und West zu sehen.

Und noch mehr: Geht für den Osten etwas, was wir für den Westen inzwischen aus guten Gründen ablehnen? Lässt er sich überhaupt in Sachen

1968 auf einen Nenner bringen? Gab es neben der symbolisch und wirkungsgeschichtlich zentralen Geschichte des Prager Frühlings auch in den anderen Ländern des Ostblocks ein 1968, das sich im Sinne einer politischen, sozialen oder kulturellen Bewegung oder eines generationsstiftenden Ereignisablaufs fassen lässt?

Für die DDR hat Stefan Wolle mit seinem Buchtitel „Der Traum von der Revolte“⁸ eine treffende Metapher für die Diskrepanz zwischen den politisch ängstlich eingehegten Reformbemühungen der SED-Führung und jenen Hoffnungen vieler Ostdeutscher gefunden, die diese mit der aufmerksam verfolgten Liberalisierung im Nachbarland Tschechoslowakei verbanden. In der DDR war es in diesem Jahr und sicher nach dem hoffnungstötenden Einmarsch am 21. August unruhig, aber die große Revolte blieb aus. Auch für Ungarn wissen wir, dass das Jahr 1968 jenseits der in Gang gesetzten wirtschaftlichen Reformen und der mit ihnen verbundenen Anhebung des Lebensstandards politisch eher ruhig verlief.⁹ Parteichef Kadar lavierte mit seiner Haltung zum Prager Kurs zwischen anfänglichen Sympathien, nationalen Sonderinteressen und einer zurückhaltenden Moskautreue.

In Polen wurden die Studenten- und Intellektuellenproteste vom März 1968, die Daniel Limberger in seinem Buch „Polen und der Prager Frühling 1968“¹⁰ durchaus als synchrone Entwicklung zur den Liberalisierungstendenzen in der Tschechoslowakei sieht, gewaltsam unterdrückt und von einer antisemitischen Welle flankiert. Die polnische Bevölkerung indes verhielt sich weitestgehend passiv gegenüber der Entwicklung im Nachbarland und die KP-Führung um Gomułka ging auf deutliche politische Distanz. Für die an den Märzaktionen Beteiligten stifteten die Proteste und ihre Niederschlagung aber durchaus eine Generationserfahrung, deren Nachhall sich bei der in den 1970er Jahren in Polen herausbildenden politischen Opposition nachweisen lässt.

Im zwischen den politischen Stühlen des Kalten Krieges sitzenden Jugoslawien bestimmten die Reformen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und der Arbeiterselbstverwaltung begleitet von einer weitreichenden kulturellen Öffnung gegenüber dem Westen die gesellschaftliche Atmosphäre der 1960er Jahre. Im Zuge der politischen Liberalisierung wurden die mit diesen Entwicklungen verbundenen sozialen Verwerfungen zum Gegenstand einer durch die Praxisphilosophie intellektuell befeuerten Gesellschaftskri-

tik. In diesem Kontext kam es mit den Studentenprotesten im Juni 1968 zu einer „affirmativen Revolte“, die die neue soziale Ungleichheit, die Unzulänglichkeiten der Selbstverwaltung, die moralische Deformation der politischen Klasse und die Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums vom Standpunkt eines „authentischen“ Kommunismus kritisierte.¹¹ In Rumänien konnte Ceaușescu mit seinem nationalkommunistischen Alleingang, der die Ablehnung des sowjetischen Einmarsches einschloss, kurzzeitig innen- und außenpolitische Popularität ernten. Dies konnte aber nur eine Zeit lang über die gesellschaftliche Wirklichkeit der paternalistischen Diktatur und das kurze Strohfeuer der kulturellen Liberalisierung hinwegtäuschen.¹²

Das Jahr 1968 in Bulgarien hat der Schriftsteller Georgi Gospodinov einmal als „Anti-Ereignis“ beschrieben¹³, denn es habe schlichtweg nicht stattgefunden, weshalb sich auch in der Erinnerung daran Schweigen ausgebreitet habe. Während bereits bulgarische Truppen unter höchster Geheimhaltung in die Sowjetunion verlegt wurden, um knapp einen Monat später am Einmarsch in die Tschechoslowakei teilzunehmen, wurden in Sofia Ende Juli/Anfang August 1968 in einer streng vom Regime diktierten Choreografie die Weltfestspiele der Jugend mit über 15.000 Teilnehmern aus 142 Ländern gefeiert. Die Rolle der bulgarischen Studenten in diesem Fest wurde vorher eingeübt und folgte dem politischen Drehbuch der kommunistischen Führung. Ob es in der Sowjetunion ein 1968 im beschriebenen Sinne der innenpolitischen Liberalisierung und der kulturellen und sozialen Diversifizierung gegeben hat, ist wenig untersucht. Diese Frage wurde und wird im Schatten der Wahrnehmung der Sowjetunion als dem großen Antipoden des Prager Frühlings viel zu selten gestellt, obwohl inzwischen Untersuchungen zur Jugend- und Populärkultur durchaus interessante Befunde geliefert haben.¹⁴

Was verbindet insofern diese im Konkreten sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern des Ostblocks? Verbunden sind sie in erster Linie durch einen politisch-kulturellen Referenz- und Wahrnehmungsrahmen, der durch die politische und gesellschaftliche Dynamik des Prager Frühlings konstituiert wurde. Sowohl die politischen Führungen als auch verschiedene Akteure und Gruppen in den Gesellschaften des Ostblocks haben im Positiven wie im Negativen ihre Ideen von den Möglichkeiten des Sozialismus, ihre soziale und kulturelle Identität aus der direkten oder indirekten Auseinandersetzung mit den Vorgängen in der Tschecho-

slowakei gewonnen. Diese Referenzfunktion des Prager Frühlings wurde stellenweise durch direkte politische und kulturelle Transfers aus dem Westen überlagert, wobei diese Transfers häufig auch durch die Brille der spektakulären Entwicklung in der Tschechoslowakei wahrgenommen wurden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass der Prager Frühling seinerzeit auch einen wichtigen Referenzrahmen für den Westen bildete.

Von der Politik- zur Gesellschaftsgeschichte

Inzwischen ist fast alles über die unterschiedlichen Haltungen der kommunistischen Führungen des Ostblocks zum Prager Frühling bekannt, ebenso fast jedes Detail dessen, was auf der politischen Bühne und hinter den Kulissen der Serie von Gipfeltreffen der Warschauer Vertragsstaaten und der bilateralen Gespräche mit der tschechoslowakischen Führung vor sich ging. Gut dokumentiert sind auch die Einzelheiten der militärischen Planungen und der Durchführung des Einmarsches am 21. August 1968 und die internationalen Reaktionen auf die Intervention.¹⁵

Der große weiße Fleck der Geschichte von 1968 im Osten sind demgegenüber immer noch die Gesellschaften des Ostblocks und deren politischer, sozialer und kultureller Wandel in den 1960er Jahren. Trotz einer ganzen Reihe inzwischen vorhandener Einzelstudien zum Alltagsleben im Staatssozialismus in dieser Zeit, zur Jugend- und Popkultur im Ostblock, zur Intellektuellengeschichte oder zur Rolle der Medien im gesellschaftlichen Wandel muss eine Gesellschaftsgeschichte des Prager Frühlings und erst recht für das 1968 des Ostens noch geschrieben werden.¹⁶ Sie wäre im Sinne einer doppelten Verflechtungsgeschichte zu konzipieren, die den inneren Zusammenhang des gesellschaftlichen Wandels im Osten rekonstruiert, neben den politischen Akteuren die gesamte Gesellschaft in den Blick nimmt und dabei die synchronen Entwicklungen wie auch die Transferprozesse zwischen den Entwicklungen in Ost und West integriert.

Die Teilung der Erinnerung an 1968 hat eine lange Tradition, eine Reihe von Ursachen und erhält leider durch die politische Entwicklung in den postkommunistischen Ländern neuen Auftrieb. Die Geschichte des Prager Frühlings war lange Zeit und ist zum Teil bis heute eine Domäne der Politik- und Diplomatiegeschichte sowie der Cold War Studies. Aus dieser Perspektive treten eher die Unterschiede zwischen den Entwicklungen in Ost- und West in den Vordergrund. Die Öffnung der Archive nach 1989 hat diesen Trend

noch einmal verstärkt, da nun die politischen und militärischen Hintergründe des Einmarsches in der Tschechoslowakei erstmals umfassend rekonstruiert werden konnten. Auch der, wenn auch kurze, aus dem politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa erwachsende Impuls zur politischen Rehabilitierung der kommunistischen Reformer von 1968 befestigte den auf die politische Führung und die prominenten Intellektuellen fixierten Blick. Das Symbolbild für diese kurze Illusion von der politischen Wiederkehr der Ideen des Prager Frühlings ist jene Szene mit Alexander Dubček und Václav Havel am 26. November 1989 gemeinsam auf dem Balkon des Melantrich-Verlagsgebäudes und unter ihnen der von jubelnden Menschen überquellende Wenzelsplatz.

Hinzu kommt, dass der Prager Frühling und seine Wirkungsgeschichte im Ostblock wie auch seine Wahrnehmung im Westen durch sein gewaltsames Ende am 21. August 1968 bestimmt werden. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Bildwelten vergleicht, mit denen wir 1968 im Westen und im Osten erinnern und die Bildikonen, die diese Erinnerung dominieren. Für den Westen: Dutschke mal diskutierend auf dem Podium, mal mit Megaphon an der Spitze eines Demonstrationszuges, immer an der Spitze der Bewegung; die Steine werfenden Pariser Studenten; das große Vorbild Che Guevara, der damals als Poster in jeder besseren WG hing; Rainer Langhans, die Obermaier oder die ganze Kommune 1 nackt an die Wand gelehnt; Bilder aus dem Vietnamkrieg; Black Power und Martin-Luther King; Twiggy und der Minirock; Jimi Hendrix in Woodstock; die Blumenkinder in San Francisco, Bob Dylan oder die Beatles à la Sergeant Pepper. Heinz Bude hat diese gängige Assoziationskette zu 1968 im Westen in seinem Buch „Adorno für Ruinenkinder“¹⁷ noch einmal rekapituliert und dekonstruierend danach gefragt, ob die 68er auch ihre Lebenserfahrungen damit verbinden.

Den Prager Frühling erinnern wir demgegenüber in erster Linie mit den Bildern der von aufgebrachten Menschen umringten sowjetischen Panzer auf dem Prager Wenzelsplatz. Aus der Zeit vor dem Einmarsch taucht vielleicht mal eine Aufnahme auf, die Alexander Dubček inmitten der ihm freundlich zugewandten Bevölkerung zeigt. Die tschechoslowakische Gesellschaft des Prager Frühlings fungiert hier lediglich als Akklamationsinstanz für den von den Reformern propagierten Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Es sind vor allem die berühmt gewordenen Fotografien von Josef Koudelka aus den Tagen des Einmarsches¹⁸ oder die Aufnahme des slowakischen

Fotografen Ladislav Bielik von einem Mann, der den sowjetischen Panzern seinen entblößten Oberkörper entgegenstreckt¹⁹, die sich in unser Bildgedächtnis vom Prager Frühling 1968 eingebrannt haben. Dieser Blick vom Ende her strukturiert die Erzählung und verdeckt aber jene gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen, die den Prager Frühling für die Zeitgenossen so spannend und attraktiv gemacht haben.

Für den Westen haben – wie schon angedeutet – neuere kulturgeschichtliche Untersuchungen den Akzent von einer politischen Geschichte der Studentenproteste hin zu einer zäsurübergreifenden Gesellschaftsgeschichte der langen 1960er Jahre verschoben, die den Wandel der Lebensstile, die Geschlechterbeziehungen, die Populärkultur, die Medien oder die Konsumgesellschaft in den Blick nehmen. Damit konnte die stellenweise sehr selbstverliebte und selbstbezogene westliche (und männlich dominierte) Erinnerung an 1968, die von vielen ehemaligen Akteuren befeuert wurde, von vielen Mythen befreit werden. Detlev Siegfried und Christina von Hordenberg führen mit ihren neuen Arbeiten diese Linie konsequent fort.²⁰ Für den Prager Frühling steht dieser cultural turn noch aus, bahnt sich aber zum Beispiel in vielen neueren tschechischen Studien zur Alltags- und Populärkultur in der Tschechoslowakei der 1960er Jahre an, die leider wegen der Sprachbarrieren in Deutschland viel zu wenig wahrgenommen werden.

Blickt man allerdings auf die aktuelle Situation in Tschechien, stehen die Zeichen für eine neue Sicht auf den Prager Frühling eher schlecht. Er ist zu einem toten Hund geworden, der gern als Teil der kommunistischen Vergangenheit entsorgt wird. Die größten Klötze hat in seiner inzwischen berüchtigten Manier der tschechische Präsident Miloš Zeman im Januar 2018 eingeschlagen, als er in einem Rundumschlag zu wichtigen Ereignissen der tschechischen Geschichte Dubček im Beisein des slowakischen Premiers als „Handlanger des Schreckens“ bezeichnete und sich später weigerte eine Rede zum 50. Jahrestag zu halten.

Was wären die Perspektiven, von denen aus man eine integrierte Geschichte von 1968 schreiben könnte, die den Prager Frühling nicht mehr in erster Linie als Sonderfall behandelt? Im Folgenden wird kurz angerissen, wie ein solcher veränderter Blick auf das tschechoslowakische 1968 aussehen könnte.

Der Prager Frühling – eine tschechoslowakische Studentenbewegung

Die tschechoslowakischen Studenten wurden in den 1960er Jahren zu einem wichtigen Motor der gesellschaftlichen Veränderung. Dies prägte auch den Prager Frühling. Ausgehend von dem Bestreben, sich von der Bevormundung durch die staatliche Jugendorganisation zu lösen beziehungsweise diese zu unterwandern, entwickelten die Studenten zunehmend radikalere Positionen. Mit ihren Maifesten (den „Majáles“) entwickelten sie eine Gegenkultur zu den offiziellen politischen Ritualen. Legendär wurde das Fest im Jahre 1965, als die Ikone der Beatnik-Generation, der Dichter Allen Ginsberg, zum König des Majáles gewählt wurde und anschließend auf Druck der staatlichen Behörden das Land verlassen musste.

Nach einzelnen Disziplinarmaßnahmen gegen prominente Studentenvertreter kam es im Oktober 1967 zur offenen Konfrontation mit der Staatsmacht. Eine Demonstration der Prager Studenten gegen die ständigen Stromabschaltungen und die schlechten Wohnbedingungen in den Studentenwohnheimen im Stadtteil Strahov wurde von den Sicherheitskräften mit Gewalt aufgelöst. Die offene Kritik der Schriftsteller an der Zensur und an der politischen Gängelung von Literatur und Kunst auf dem IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes im Juni 1967²¹ hatte die Studenten ermutigt. Ihre Forderung nach „mehr Licht!“ zielte auf die politischen Verhältnisse. Es entstanden unabhängige Studentenvertretungen. Von Prag aus erfasste die Aufmüpfigkeit die Hochschulen im ganzen Land. Im März 1968 wurde ein von Partei- und Jugendorganisationen unabhängiger Hochschulverband gegründet. In ihrer Protesthaltung orientierten sich die tschechoslowakischen Studenten an den Studentenunruhen in Paris und Berlin.²²

Der Prager Frühling als Generationskonflikt

Auch der Prager Frühling war durch Auseinandersetzungen zwischen den Generationen geprägt. Die Linien dieser Konflikte waren jedoch im Unterschied zum Westen nicht so deutlich sichtbar und standen im Schatten der überwältigenden Zustimmung gerade auch der jungen Generation zum Reformkurs von Alexander Dubček. Die junge Generation in der Tschechoslowakei hatte gerade erst begonnen, sich jenseits der staatlich vorgegebenen Formen politisch zu artikulieren und sich mit ihrem Lebensstil, ihrer Mode sowie ihrem Freizeitverhalten kulturell abzugrenzen, als diese Entwicklung durch den Einmarsch bereits wieder unterbrochen wurde. Unterschwel-

lig kamen im Verlauf des Prager Frühlings auch Interessengegensätze zwischen den sich 1968 politisch emanzipierenden Studenten und der an der Macht agierenden Generation der kommunistischen Reformer zum Vorschein. Eine durchaus ähnliche Konstellation zeigen die vereinzelt Protestaktionen von DDR-Jugendlichen in den Tagen nach dem 21. August 1968. Zu denjenigen, die mit Flugblättern und Losungen auf Häuserwänden ihre Stimme gegen den Einmarsch erhoben, gehörten hier mit Frank Havemann, Erika Berthold, Rosita Hunziger, Thomas Brasch unter anderem die Kinder von prominenten Intellektuellen und hohen Funktionären. Die Beteiligten wurden von der Staatssicherheit verhaftet und ihre brutale Disziplinierung löste beträchtliches Aufsehen aus.²³

Soziale Differenzierung und Individualisierung

Der Prager Frühling fand seinen Ausdruck nicht nur in politischen Reformen, sondern führte auch zu Veränderungen in den sozialen Verhältnissen und den damit verbundenen Konflikten. Die tschechoslowakische Gesellschaft hatte sich sozialstrukturell in den 1960er Jahren weiter ausdifferenziert – ein Prozess, der durch die beginnenden Wirtschaftsreformen verstärkt wurde. Eine jüngere, gut ausgebildete Generation trat auf den Plan, die unter dem Staatssozialismus sozialisiert wurde, sich aber nicht mehr mit dem bloßen Versprechen auf eine bessere fernliegende Zukunft abweisen ließ. Sie beanspruchte für sich im Hier und Jetzt einen höheren Lebensstandard, bessere Entfaltungsmöglichkeiten und eine größere Freizügigkeit.²⁴ Diese Erwartung wurde in dem Maße verstärkt, wie sich die tschechoslowakische Bevölkerung im Verlauf des Jahres 1968 durch die neuen Reise- und Informationsmöglichkeiten ein eigenes Bild über die Lebenssituation in den westlichen Industrieländern verschaffen konnte. Das Konzept der Wirtschaftsreformen von Ota Šik²⁵ oder die Zukunftsentwürfe des Philosophenteams um Radovan Richta²⁶ zielten auf eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, mit der die ČSSR wieder auf Augenhöhe mit den entwickelten Nationen kommen könnte. Voraussetzung dafür war eine Pluralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft bis in individuelle Lebensentwürfe hinein.

Auch die im Zuge der Öffnung der tschechoslowakischen Gesellschaft möglich gewordenen kulturellen Transfers zwischen Ost und West verstärkten diesen Trend zur Individualisierung sowie zur sozialen und kulturellen Differenzierung. Die alternativen und nonkonformen Lebensformen aus

dem Westen fanden auch in der Tschechoslowakei großen Anklang und verwoben sich im Alltag mit den spezifischen kulturellen und mentalen Dispositionen der jüngeren Generation. Die Verfügbarkeit von Mode, Musik und westlicher Protestsymbolik ermöglichte es den Jugendlichen, sich habituell von der in den Jahren des Stalinismus geprägten Elterngeneration und von Staat und Partei abzugrenzen. Arbeiter, Intelligenz, die Frauen und nationale Minderheiten artikulierten selbstbewusster ihre sozialen Interessen und Bedürfnisse, von der Versorgung oder Entlohnung über die Wohnungsfrage bis hin zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung, zu beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten jenseits des verkrusteten Kadernsystems oder zur gerechteren regionalen Verteilung von Ressourcen. Insgesamt lassen sich für die Tschechoslowakei in der Reformperiode der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und im Verlauf des Prager Frühlings aber durchaus ähnliche soziale, kulturelle und mentale Veränderungen konstatieren, wie in den sich modernisierenden westlichen Gesellschaften.

Erneuerung der Zivilgesellschaft

Der Prager Frühling ermöglichte ein Wiederaufleben des nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 unterdrückten zivilgesellschaftlichen Engagements. Es entstanden zahlreiche Initiativen und neue Gruppen, ältere Verbände, Interessenvertretungen und Organisationen wurden wiederbelebt. Auch in diesem Bereich gehörten die Studenten an den Hochschulen zu den Vorreitern, indem sie von Staat und Partei unabhängige Interessenvertretungen bildeten und politische Forderungen stellten. Sie feierten öffentlich die Abdankung Novotnýs als Präsident der Republik im März 1968 und demonstrierten für die Nominierung des ehemaligen Ministers für Schulwesen und Kultur Čestmír Císař zum neuen Präsidenten. An den Universitäten setzten sie die Rehabilitierung von Professoren und Dozenten durch, die nach dem Februar 1948 aus politischen Gründen relegiert worden waren.

Im Rahmen der neuen Freizügigkeit konnte an ältere Traditionen der Zivilgesellschaft und des kulturellen Lebens angeknüpft werden. Die in der Ersten Republik besonders populären Pfadfinder organisierten sich nach dem Verbot ihres Verbandes 1951 erstmals wieder neu. Im Sommer 1968 führten Tausende von Scouts gemeinsam in Sommercamps. Ebenfalls wieder zum Leben erweckt wurde die slowakische Kulturorganisation Matica slovenská. Seit Mitte der 1950er Jahre war ihre Tätigkeit auf das Betreiben

von Bibliotheken und Archiven beschränkt worden, da die kommunistische Führung die Mitglieder als Anhänger eines rückständigen slowakischen Nationalismus betrachtete.

Die Emanzipation der Bürgergesellschaft wirkte auch auf die Politik zurück. Zu den ersten nichtkommunistischen Organisationen, die sich 1968 in der Tschechoslowakei gründeten, gehörte der Klub 231 (meist „K 231“ genannt). Sein Name leitete sich von dem Gesetz Nr. 231 „Zum Schutz der demokratischen Volksrepublik“ aus dem Jahre 1948 her, auf dessen Grundlage zahlreiche politische Prozesse in den 1950er-Jahren geführt worden waren. K 231 setzte sich für die rechtliche und moralische Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Verfolgung ein und hatte im August 1968 über 60.000 Mitglieder. Im April 1968 gründeten Prager Intellektuelle den Klub der engagierten Parteilosen (KAN), der sich mit seinem Programm für die Schaffung eines demokratischen Sozialismus und die gleichberechtigte Teilhabe der Parteilosen am politischen Leben einsetzte. Bewegung kam ebenfalls in die seit 1948 nahezu stillgelegte Parteienlandschaft. Mitglieder der damals mit der KSČ zwangsvereinigten Sozialdemokratischen Partei engagierten sich für eine Neugründung. Diese Bemühungen stießen in der KSČ-Führung auf Ablehnung. Trotz dieser Widerstände hatten die Sozialdemokraten im Juli 1968 bereits 1.500 Mitglieder.²⁷

Gleichzeitig wurde es für die politische Führung immer schwieriger, mit der im sozialen und kulturellen Bereich entstehenden Dynamik mitzuhalten. Als im April 1968 das Aktionsprogramm der KSČ veröffentlicht wurde, erwarteten große Teile der Gesellschaft bereits weiterreichende Veränderungen. Viele Menschen waren enttäuscht über die Halbherzigkeit und das Zögern der Regierenden. Dieser Widerspruch zwischen der Politik und den Erwartungen der Gesellschaft wurde erneut anlässlich der Veröffentlichung des Manifests „2000 Worte“ von Ludvík Vaculík im Juni 1968 deutlich.²⁸ Während Dubček und die Reformkräfte gerade versuchten, die höchst angespannte Situation zu entschärfen, welche durch den wachsenden Druck der sozialistischen „Bruderstaaten“ und die Konflikte innerhalb der Partei entstanden war, goss Vaculíks radikaler Aufruf zur Veränderung erneut Öl ins Feuer der Kritiker.

Die Emanzipation der Medien

Die Studentenrevolte im Westen und das kollektive Selbstverständnis ihrer Akteure als rebellierende Generation wurden in entscheidendem Maße durch die Medien geprägt. Sie ermöglichten eine breite öffentliche Wahrnehmung der Studentenbewegung als ein globales Phänomen. Gleichzeitig bedienten sich auch die protestierenden Studenten der Medien und nutzten sie, um ihre politischen Ziele, ihren revolutionären Gestus und ihre alternativen Lebensformen in der Öffentlichkeit zu inszenieren.²⁹ Auch im Osten spielten die Medien 1968 eine wichtige Rolle, die allerdings bisher nur ansatzweise erforscht und dokumentiert ist. Dies gilt zum einen für die breite massenmediale Resonanz, die die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Tschechoslowakei während des Prager Frühlings im Westen erfuhren. In dem Maße, wie die neue politische Führung unter Dubček die Abschottung des Landes aufhob, verbesserten sich die Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Journalisten. Sie konnten nunmehr ungehindert über die Entwicklung in der Tschechoslowakei berichten. Gleichzeitig öffneten sich die Schleusen auch in die andere Richtung: Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und Filme aus dem Westen gelangten ins Land und waren frei zugänglich und ermöglichten einen freien Fluss der Informationen zwischen Ost und West. Die internationalen Medien waren auch in den Tagen des Einmarsches präsent und sorgten dafür, dass die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühling nicht vor den Augen der Weltöffentlichkeit verborgen blieb. Es vergingen Tage und Wochen, bis es den Besatzern gelang, diese Informationskanäle wieder zu schließen.³⁰

Entscheidender für den Verlauf und die Dynamik des Prager Frühlings war jedoch die Emanzipation der tschechoslowakischen Medien von Zensur und politischer Kontrolle. Diese Transformation der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens hin zu einer unabhängigen und kritischen Berichterstattung ging außerordentlich schnell vonstatten. Sie wurde dadurch beschleunigt, dass die Reformer die Öffentlichkeit und die Medien in ihre Auseinandersetzung mit den alten Kadern um den abgelösten Parteichef Antonín Novotný einbezogen. Um ihre Positionen artikulieren zu können, lag es im Interesse der Reformer, die Zensurhürden zu beseitigen.³¹ Der Wandel der Medien wurde auf der institutionellen Ebene durch den Wechsel des politischen Führungspersonals und dadurch beschleunigt, dass die Journalisten schnell lernten, von den neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Die tschechoslowakischen Medien entwickelten sich im Verlauf des Prager

Frühlings von kritischen Beobachtern des Geschehens zu einer treibenden Kraft der gesellschaftlichen Veränderung.

Zu Meilensteinen dieser „Medienrevolution“ gehörten das Wiedererscheinen der Literární noviny (nunmehr als Literární Lísty), die Live-Übertragungen von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen im Rundfunk und im Fernsehen, die im Fernsehen übertragenen Stadtgespräche Prag-Wien, neue Sendeformate zu aktuellen Problemen und Missständen in der Gesellschaft, aber auch die zahlreichen Beiträge der Medien zur Aufarbeitung der „weißen Flecken“ in der Geschichte des Landes, zum Beispiel zum Schicksal von Jan Masaryk.

Die Formierung einer kritischen Öffentlichkeit definierte auch die Bedingungen politischen Handelns neu. Für Parteiführung und Regierung wurde es wichtig, welches Bild sie in der Öffentlichkeit abgaben und welche Meinung die Bevölkerung von ihnen hatte. Das setzte die Politiker unter einen ungewohnten Legitimationsdruck und veränderte ihren Umgang mit den Medien. Die große Popularität Dubčeks ist zu einem großen Teil das Produkt der Medien, die in dem Parteichef einen neuen Typ des Politikers entdeckten, der sich mit seinem Lächeln und seiner offenen, den Menschen zugewandten Art so vorteilhaft von seinen Vorgängern und anderen Führungsfiguren im Ostblock unterschied. Gleichzeitig brauchten die Reformer die Medien und mussten in ihnen um Unterstützung für ihren Kurs werben. Besonders im Juli und August 1968, als der internationale Druck und die innerparteilichen Auseinandersetzungen zunahmen, wandte sich der Parteichef mehrfach über Presse und Fernsehen direkt an die Bevölkerung. Die reagierte mit unterstützenden Unterschriftenaktionen, Aufrufen einzelner Organisationen und Spenden für den Staatshaushalt.

Diese Dynamik der Medien setzte die Reformer aber auch unter Druck. Das bunte Treiben der tschechoslowakischen Medien war immer wieder Zielpunkt der Kritik aus Moskau und den anderen Ostblockführungen. Es ist insofern kein Zufall, dass die heftigsten Kämpfe zwischen den sowjetischen Truppen und der Prager Bevölkerung in den Tagen nach dem Einmarsch um das Gebäude des Tschechoslowakischen Rundfunks entbrannten. Als Symbol der bedrohten Meinungsfreiheit wurde das Gebäude besonders hartnäckig gegen die Besatzer verteidigt.

Alternative Jugendkultur

Auch die tschechoslowakische Gesellschaft erlebte ihre „Swinging Sixties“, in denen der aus dem Westen importierte Rock'n'Roll, die Flower-Power Ästhetik der Hippiebewegung und die neuen Modestile zu Mitteln und Symbolen wurden, mit denen eine im Staatssozialismus sozialisierte junge Generation aus den ideologisch und kulturell normierten Bahnen auszubrechen suchte.³² Eine der eindrucksvollen Fotografien von Josef Koudelka aus der Zeit des Prager Frühlings lässt den Betrachter in die Gesichter einer Gruppe junger Mädchen sehen, die sich als Blumenkinder in den Demonstrationen zum 1. Mai 1968 gemischt hatten.³³ Wie weit dieser kulturelle Transfer in die Gesellschaft hineinwirkte, ließ sich auch an jedem Wochenende in Prag beobachten, wo sich der Wenzelsplatz in eine riesige Tauschbörse für Schallplatten aus dem Westen verwandelte. Diese kulturelle Erosion ließ sich nicht mehr rückgängig machen. Auch nach dem gewaltsamen Ende der Liberalisierung behielt die Rockmusik ihre subversive Kraft und emigrierte in den tschechoslowakischen Underground der 1970er- und 1980er-Jahre.³⁴ Alle staatlichen Versuche, die Musik und die mit ihr verbundene Subkultur zu domestizieren, führten zu peinlichen Ergebnissen, die den Appetit auf die Originale nur umso größer werden ließ. Während im Westen der rebellische Geist der Rock- und Popkultur durch die Kommerzialisierung der Musik- und Modeszenen allmählich zur wohlfeilen Pose erstarrte, blieb er im Osten vielerorts lebendig. In einem Bericht über den „Pop im Prager Untergrund“ in dem 1975 in der Bundesrepublik erschienenen „Sonderband Prag“ der Zeitschrift Kontinent beschrieb der anonym bleibende Autor³⁵ eine lebendige Musikszene, die sich an Velvet Underground, Frank Zappa, den Doors, Eric Burdon, Jimi Hendrix oder Grateful Dead orientierte und diese Einflüsse mit eigenen emotionalen und ästhetischen Gesichtspunkten verband.³⁶ Den Auslöser für die Gründung der Charta 77 bildete bekanntermaßen 1976 die Verhaftung von Mitgliedern der Plastic People of the Universe und der Band DG307, die das Prager Normalisierungsregime mit hohen Haftstrafen und einer beispiellosen Diffamierungskampagne mundtot zu machen suchte.³⁷ Als die in der Tschechoslowakei geradezu kultisch verehrte Velvet Underground Sängerin Nico 1985 auf der Durchreise von Ungarn nach Deutschland zwei geheime Konzerte in Prag und in Brünn gab, versetzte dies die gesamte alternative Szene in Aufruhr und die staatlichen Stellen in Panik.³⁸

Vorgeschichte und Nachwirkungen

Das Jahr 1968 im Osten aus einer anderen Perspektive zu betrachten, heißt auch, sich nicht allein auf das so genannte Schicksalsjahr zu fixieren und dessen Zäsurcharakter zu verabsolutieren. Immer noch bricht in zahlreichen Darstellungen der Prager Frühling nach dem Januarplenium der KSČ und der Wahl Dubčeks zum Parteichef quasi über Nacht und per Dekret verordnet über die Gesellschaft herein. Doch der Prager Frühling hat eine lange Vorgeschichte, die sich in ihren sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Facetten fassen lässt. Zu ihr gehörten die inzwischen legendäre, von Eduard Goldstücker und seinen Prager Germanistenkollegen 1963 organisierte Kafka-Konferenz im Schloss von Liblice³⁹ ebenso wie die dem Prager Frühling vorausseilende Blüte von Theater und Film oder die kleinen und großen Frechheiten der tschechischen Schriftsteller. Zu ihr gehörte ein neues Selbstbewusstsein der Kinder des Sozialismus, die nach den Durstjahren von stalinistischer Massenmobilisierung, Bürgerkrieg und Tonnenideologie ein wenig moderner, ein wenig individueller und ein wenig besser leben wollten und dafür den Blick nach Westen richteten. Zur ihr gehörten auch die Beatles-Filme in Prager Kinos, die rock'n'rollenden Jugendsünden eines Karel Gott, der in der Lucerna den Elvis Presley gab und „Paint it black“ von den Rolling Stones coverte oder der erwähnte Kult um Allen Ginsberg. Die neue Politik der Reformer um Dubček, Šik, Smrkovsky und Mlynář traf auf eine bereits vorbereitete Gesellschaft, die auf Veränderung aus war. Sie ließ sich auch nicht mehr zähmen, als das zensurbefreite Treiben in den Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen oder auf den Bühnen selbst manchem Reformer zu bunt wurde.

So einschneidend der Einmarsch vom 21. August 1968 zweifelsohne war, sollte man auch den Blick für die Kontinuitäten hinter der Zäsur nicht verlieren. Es dauerte gut ein Jahr, bis es den Besatzern und den einheimischen „Moskowitzern“ gelang, die durch den Prager Frühling entfesselte Gesellschaft wieder in die Zange zu nehmen.⁴⁰ In dieser Zeit wurde manches Reformvorhaben im Stillen einfach weitergeführt, erschien noch so manches kritisches Buch und kam noch dieser oder jener aufmüpfige Film in die Kinos. Das neue Regime konnte nicht hinter bestimmte Entwicklungen zurückgehen, die in den 1960er Jahren ausgelöst und in den wenigen Monaten des Prager Frühlings beschleunigt worden waren. Die „Normalisierung“ der Situation war nicht ohne Zugeständnisse zu haben. Das Regime musste mit sozialpolitischen Geschenken und ideologischem Pragmatismus jenen

Veränderungen in den Lebensstilen, Konsumbedürfnissen und Freizeitinteressen der Bevölkerung Tribut zollen, die durch die grenzüberschreitenden Modernisierungsschübe und die Öffnung der tschechoslowakischen Gesellschaft ausgelöst worden waren.⁴¹ Damit ließ es sich auf einen Wettlauf ein, in dem der Westen die Maßstäbe setzte und der den Staatssozialismus auf lange Sicht nicht nur wirtschaftlich hoffnungslos überforderte.

Epilog: Dutschke in Prag

Nachdem sie lange Zeit kaum erinnert wurde, wird die Geschichte von Rudi Dutschkes Reise nach Prag 1968 inzwischen wieder gern und häufig erzählt. Sie fungiert nun als ein Symbol dafür, dass es entgegen der lange Zeit vorherrschenden Wahrnehmung durchaus eine Vielzahl von Verbindungen, ideellen Berührungspunkten und persönlichen Kontakten zwischen den Protagonisten der 68er-Bewegungen in Ost und West gegeben hat.

Müde von den politischen Querelen im SDS fuhren Rudi und Gretchen Dutschke mit ihrem drei Monate alten Sohn Hosea Che und ihren Freunden Stefan Aust, Clemens Kuby und Elisabeth Käsemann Ende März 1968 nach Prag.⁴² Der in der Tschechoslowakei durchaus bekannte theoretische Kopf der westdeutschen Studentenbewegung hielt am 9. April 1968 einen längeren Vortrag auf der Tagung der Christlichen Friedenskonferenz an der Karls-Universität und diskutierte dort mit Studenten. Dutschke ging ausführlich auf die Situation in Prag ein und empfahl seinen tschechischen Zuhörern, den begonnenen Demokratisierungsprozess in Richtung einer echten „Produzentendemokratie“ als Alternative sowohl zum stalinistischen System als auch zur westlichen parlamentarischen Demokratie einzuschlagen. Die reagierten auf die sozialismustheoretischen Ausführungen des prominenten Gastes eher reserviert und irritiert, wollten sie doch eher aus der Enge und den Denkverboten des offiziellen Marxismus-Leninismus entkommen.

Die Zeitschrift „konkret“ zeigte den Studentenführer in ihrer Maiausgabe von 1968 gutgelaunt vor der Kulisse des Altstädter Rings und wusste zu berichten, dass Dutschke in Prag darauf verzichtet habe, seine rhetorische Überlegenheit ins Feld zu führen, sondern sich um ehrliche Antworten bemüht habe, Missverständnisse auszuräumen suchte und Unsicherheiten eingestand.⁴³ Einer seiner tschechischen Gesprächspartner, der Doktorand Milan Hauner (er schrieb damals eine Doktorarbeit über die westdeutsche

Studentenbewegung), hielt die denkwürdige Begegnung für die Zeitschrift „Student“ unter dem Titel „Der rote Rudi in Prag“ fest.⁴⁴ Dutschkes Auskünfte und Notizen über seine persönlichen Erfahrungen und die direkte Begegnung mit dem Prager Frühling zeigen, dass er sich ein Zusammengehen der Studentenbewegungen in Ost und West durchaus vorstellen konnte und daraus neue politische Hoffnung schöpfte. Dies unterschied ihn letztlich von der Mehrheit der damaligen westdeutschen Linken, die hinter dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ eine Liberalisierung hin zum Kapitalismus witterten und denen Mao wichtiger war als Dubček oder ihre Prager Kommilitonen. Einige der Prager Studenten besuchten Ende Mai 1968 Rudi Dutschke in Berlin im Krankenhaus, in das er nach dem Attentat eingeliefert worden war.

Wie wir aus den Erzählungen über viele andere solcher Kontakte wissen, war die Beziehungs- und Wahrnehmungsgeschichte der politisch bewegten Studenten in Ost und West aber auch eine Geschichte der Missverständnisse und unterschiedlichen Erwartungen.⁴⁵ Dennoch waren einige dieser Begegnungen aus dem Jahre 1968 nachhaltig und überdauerten die neue politische Eiszeit nach dem Einmarsch. In den Beziehungsnetzwerken der tschechoslowakischen Opposition und Emigration fanden sie ihre Fortsetzung. Insofern eignet sich diese Episode durchaus als ein wichtiger Referenzpunkt für eine europäische Perspektive auf 1968, die Ost und West zusammendenkt ohne jedoch die beträchtlichen Unterschiede einzuebnen.

Anmerkungen

1 Siehe dazu u.a. Mark Kurlansky, 1968. The Year that Rocked the World, New York/London 2004; Gerd-Rainer Horn, The Spirit of ‚68. Rebellion in Western Europe and North America, 1956-1976, Oxford 2006; Angelika Ebbinghaus/Max Henninger/Marcel van der Linden (Hrsg.), 1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive, Wien 2009. Timothy S. Brown, 1968. Transnational and Global Perspectives, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.6.2012, URL: <http://docupedia.de/zg/1968?oldid=125618>, Versions: 1.0; Norbert Frei, Jugendrevolte und globaler Protest, München 2017. Einen Überblick über den Stand der historischen Forschung zu 1968 liefert: Philipp Gassert, Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre, in: H-Soz-Kult, 30.04.2010, <www.hsozkult.de/literature-review/id/forschungsberichte-1131>.

2 Hier löste Götz Aly mit seinem Buch „Unser Kampf“ von 2008 eine teils heftige Debatte über das Selbstverständnis der 1968er in der Bundesrepublik und deren autoritäre Prägungen aus. Vgl. Götz Aly, Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a.M. 2008.

3 Zu den Ereignissen in Mexiko und ihren Nachwirkungen siehe das Erinnerungsbuch von

Paco Ignacio Taibo II, 1968 und Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht, Hamburg 1997.

4 Siehe dazu Jan Kurz, Die italienische Studentenbewegung 1966-1968, in: Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft, Bd. 17 (1998), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, S. 64-81.

5 Siehe dazu Angelika Linke/Joachim Scharloth, Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn, Zürich 2008; Elisabeth Joris/Angela Zimmermann/Erika Hebeisen (Hrsg.), Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse, Baden 2008; Heinz Nigg, Wir sind wenige, aber wir sind alle. Biografien aus der 68er-Generation in der Schweiz, Zürich 2008; Fritz Billeter/Peter Killer (Hrsg.), 68 – Zürich steht Kopf. Rebellion, Verweigerung, Utopie, Zürich 2008.

6 Siehe dazu Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Bewegte Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003; Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 277ff.

7 Siehe dazu Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), 1968. Handbuch zur Kultur und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart 2007.

8 Stefan Wolle, der Traum von der Revolte, Die DDR 1968, Berlin 2008.

9 Hannes Lachmann, Das Jahr 1968 in Ungarn – gab es einen „Budapester Frühling“?, in: Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 121-133.

10 Daniel Limberger, Polen und der Prager Frühling 1968, Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche, Frankfurt a.M. 2012.

11 Siehe dazu Boris Kanzleiter/ Krunoslav Stojaković (Hrsg.), 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente (Archiv für Sozialgeschichte, 26), Bonn 2008; Boris Kanzleiter, „Nieder mit der roten Bourgeoisie. Die Studentenproteste 1968 in Jugoslawien, in: Ebbinghaus, Die letzte Chance?, S. 134-146.

12 Richard Wagner, Als Ceaușescu und ich 68er waren, in: Ebenda, S.164-169.

13 Georgi Gospodinov, Über das Schweigen sprechen, in: Neue Zürcher Zeitung v. 19.7. 2008, URL: https://www.nzz.ch/ueber_das_schweigen_sprechen-1.787259 (3.12. 2018).

14 Siehe dazu etwa Juliane Fürst/Josie McLellan (Hrsg.), Dropping out of Socialism. The Creation of Alternative Spheres in the Soviet Block, London 2017.

15 Einen umfassenden Überblick dazu liefert die von Stefan Karner u.a. herausgegebene zweibändige Gesamtschau zur politischen Geschichte des Prager Frühlings: Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Günter Bischof/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Köln/Weimar/Wien 2008. Eine umfassende Dokumentation der Archivquellen zur Geschichte des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung liefert die vom Prager Institut für Zeitgeschichte herausgegebene, in tschechischer Sprache vorliegende Quellenedition „Prameny k dějinám československé krize v letech 1967-1970“ (Quellen zur Geschichte der tschechoslowakischen Krise 1967-1970).

16 Einen ersten Schritt in diese Richtung geht die Überblicksdarstellung von Martin Schulze Wessel, Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt, Stuttgart 2018.

- 17** Heinz Bude, Adorno für Ruinenkinder. Eine Geschichte von 1968, Hamburg 2018.
- 18** Vgl. dazu Josef Koudelka, Invasion Prag 1968, München 2008.
- 19** Vgl. dazu Elena Demke, „Die Macht der Ohnmächtigen im Bild“. Die Ikone des Prager Frühlings aus Bratislava, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 378-385.
- 20** Detlev Siegfried, 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur, Ditzingen 2008; Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.
- 21** Vgl. Reden zum IV. Kongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes. Prag, Juni 1967, Frankfurt a.M. 1968.
- 22** Siehe dazu Jaroslav Pažout, Mocným navzdory. Studentské hnutí v šedesátých letech 20. století [Den Mächtigen zum Trotz. Die Studentenbewegung in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts], Prag 2008; ders. Die tschechoslowakische Studentenbewegung in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Jürgen Danyel, Jennifer Schevardo, Stephan Kruhl (Hrsg.), Transit 68/89., Berlin 2008, S. 44-63.
- 23** Siehe dazu Wolle, Der Traum von der Revolte, S. 168f.
- 24** Vgl. dazu Jiří Kosta, Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945-1977, Frankfurt a.M. 1978, S. 113ff; Lenka Kalinová, Společenské proměny v čase socialistického experimentu. K sociálním dějinám v letech 1945-1969, Prag 2007, S. 233ff.
- 25** Ota Šik, Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft. Hamburg 1972.
- 26** Radovan Richta u.a., Civilizace na rozsestí. Společenské a lidské souvislosti vědeckotechnické revoluce [Zivilisation am Scheideweg. Gesellschaftliche und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution], Prag 1969.
- 27** Vgl. Jiří Hoppe, Die Wiederbelebung von Politik und bürgerlicher Gesellschaft. Die tschechischen Sozialdemokraten 1968, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46, 1998, S. 710ff.
- 28** Vgl. Ludvík Vaculík, 2000 Worte, in Literární Lísty, Nr. 18 v. 27.06. 1968.
- 29** Vgl. Kathrin Fahlenbrach, Protestinszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen, Wiesbaden 2002; Klimke/Scharloth (Hrsg.), 1968. Handbuch zur Kultur und Mediengeschichte der Studentenbewegung.
- 30** Vgl. Christian Schmidt-Häuer, Die unerhörten Tage der Freiheit, in: Die Zeit, Nr. 31 v. 24.6.2008, S. 31ff.
- 31** Vgl. Jiří Hoppe, Die Aufhebung der Zensur, in: Karner u.a., Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Bd. 1: Beiträge, S. 120f.
- 32** Siehe dazu Zdeněk Primus, The Pope Smoket Dope. Rock music and the alternative visual culture of the 1960s, Prag 2005.
- 33** Vgl. 1968. Magnum ve světě, Prag 1998, S. 63.
- 34** Vgl. Marin Machoves, Tschechische Undergroundkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2008 v. 13.5.2008, S. 19-26.
- 35** Es handelte sich um Ivan Martin Jirous (genannt „Magor“), einen der intellektuellen Köpfe des tschechischen Undergrounds, und dessen in der deutschen Fassung gekürzten „Bericht über die dritte tschechische musikalische Wiedergeburt“.
- 36** Vgl. Pop im Prager Untergrund. Brief eines Fans, in: Kontinent. Sonderband Prag, hrsg. von Ota Filip und Pavel Tigrid, Berlin 1976, S. 93-107.
- 37** Vgl. Václav Havel, Fernverhör. Ein Gespräch mit Karel Hvížďala, Hamburg 1990, S. 153.

- 38** Vgl. Vojtěch Lindaur, *Dotknout se snu* [Den Traum berühren], Prag 2006, S. 7ff.
- 39** Vgl. Franz Kafka aus Prager Sicht, Berlin 1966.
- 40** Siehe dazu Zdeněk Doskočil, *Duben 1969. Anatomie jednoho mocenskeho zvratu* [April 1969. Anatomie eines Machtwechsels], Brünn 2006.
- 41** Vgl. Peter Heumos, Normalisierung und soziale Beschwichtigungsstrategien in der ČSSR. KPTsch-Politik, Gewerkschaften und Arbeiterbewußtsein, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999, S. 125.
- 42** Siehe dazu Stefan Aust, *Wie ich das Attentat auf Rudi Dutschke erlebte*, in: *Die Welt* 10.4.2018.
- 43** Vgl. *konkret*, 5/1968.
- 44** Vgl. Milan Hauner, *Rudí Rudi v Praze*, in: *Student* 24.4.1968.
- 45** Vgl. Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Frankfurt a.M. 2002, S. 218f.

Zwischen Dubček und Dutschke

Die DDR im Jahr 1968

Dr. Stefan Wolle

Dr. Stefan Wolle stammt aus Halle/Saale. Er leitet das DDR-Museum in Berlin. Während seines Geschichtsstudiums an der Berliner Humboldt-Universität wurde er aus politischen Gründen relegiert und musste sich „in der Produktion bewähren“.

Die Jahre zwischen dem Mauerbau und dem Prager Frühling waren in der DDR von einer merkwürdigen inneren Widersprüchlichkeit. Keine Periode der vierzigjährigen Geschichte der DDR entzieht sich stärker den einfachen Formeln als jene sieben bis acht Jahre, an deren Ende der Prager Frühling stand. Es war eine Zeit des Neubeginns, in der zum Schluss fast alles beim Alten blieb. Seit 1962/63 herrschte im Lande ein hektischer Reformeifer und brachte manche Modernisierung auf den Weg. Dabei setzte die Führung unter Walter Ulbricht ganz und gar auf Wissenschaft, Technik und Forschung. Durch großzügige Investitionen sollten Ausbildung und Forschungskapazitäten ausgebaut werden. Dies war bitter nötig, doch scheiterte es oft an der Alltagsrealität. Eine Hochschulreform und eine Akademiereform wirbelten viel Staub auf und vertrieben ohne Zweifel auch manchen „Muff von tausend Jahren“. Doch am Ende der Umbauphase standen noch mehr Bürokratie, Zentralismus und ideologische Gängelei.

Die Wirtschaft wurde umstrukturiert. Statt Planung sollte es mehr Eigenverantwortung geben, statt Tonnenideologie marktgerechte Produkte, statt Kommandowirtschaft eine wirtschaftliche Rechnungsführung und ein „System der materiellen Hebel“. Gute Arbeit sollte sich auch für den Einzelnen lohnen. Aber spätestens 1971 wurden die Reformen abgebrochen und es zog jenes pragmatische „Weiterwursteln“ ein, dass sich bis zum traurigen Ende der DDR fortsetzte.

Der SED-Führung unter Walter Ulbricht war nach dem Mauerbau im Jahre 1961 klar, dass man eine moderne Gesellschaft nicht allein mit den Methoden eines Polizeistaates regieren konnte. Die Gesellschaft brauchte die oft beschworene Schöpferkraft der Jugend und der werktätigen Intelligenz. „Der Sozialismus ist so gut, wie wir ihn machen“ lautete eine der damals verbreiteten Parolen. Das hörte sich gut an. Es war eine Aufforderung zur Teilhabe, zur Mitverantwortung, zur Gestaltung der Gesellschaft. Wolf Biermann brachte es auf die Formel: „Gegen den Sozialismus gibt es nur ein Mittel, voranzuschreiten zum Kommunismus.“

In der Tat waren die sechziger Jahre für die sozialistische Volkswirtschaft nicht ohne Erfolge. Zwar war die DDR vom Konsumniveau des Westens immer noch weit entfernt. Doch hielten auch im Osten Waschmaschinen, Kühlschränke, Fernsehapparate, Stereo-Radios und andere Geräte der Haushaltstechnik und Heimelektronik Einzug. Ein privates Auto war trotz

langer Wartezeiten und hoher Preise für einen Durchschnittshaushalt kein unerfüllbarer Wunsch mehr.

Diese Entwicklung brachte natürlich auch Konflikte mit sich. In der DDR war eine neue Generation herangewachsen. „Jahrgang 45“ hieß einer der DEFA-Filme aus der verbotenen Jahresproduktion von 1965. Fast dokumentarisch schildert der Film einige Tage aus dem Leben eines durchschnittlichen jungen Mannes. Das Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit kannte er nur noch aus Erzählungen. Das Pathos der Aufbaujahre war ihm fremd geworden, die ständige Forderung nach Verzicht unter Hinweis auf die lichtvolle Zukunft schien ihm verlogen. Die Zwanzigjährigen wollten jung sein, sich modisch kleiden, flotte Musik hören, tanzen gehen und nicht dauernd gegängelt und belehrt werden. Manche junge Menschen maßen die Realität an den großen Worten, mit denen sie aufgewachsen waren. Der utopische Zeitgeist, der in der ganzen Welt junge Leute auf die Straße trieb, war als zarter Hauch selbst in dem Land hinter der Mauer zu spüren. Dem trug die neue Jugendpolitik der SED seit 1963 Rechnung. Zum Preis der grundsätzlichen Teilhabe an der neuen Gesellschaft sollte der Jugend etwas geboten werden: eine große Utopie und ein kleines Stück Freiheit. Es waren nicht die Schlechtesten, die meinten, man müsse die Partei beim Worte nehmen.



Dr. Stefan Wolle im Gespräch mit dem Publikum **Rudolf Leppin**

Ende der sechziger Jahre trafen sich in der DDR zwei Zeitströmungen. Die Idee vom demokratischen Sozialismus, die im ganzen Ostblock umging, und eine antikapitalistische Revolte, die rund um die Welt einen Teil der Jugend mobilisierte. Teils widersprachen sich die Theorien, teils ergänzten sie einander. Habituell jedoch bildeten sie in der öffentlichen Wahrnehmung eine Einheit. Dass die demonstrierenden Studenten in Warschau und Prag genau jene bürgerliche Freiheit ersehnten, die von den antiautoritären Jungrebelln im Westen als reformistische Verblendung verhöhnt wurde, konnte man dabei leicht übersehen. Die neuen Protestformen und die Lust an der Provokation fielen auch im Osten auf fruchtbaren Boden. Sie verbanden sich zwanglos mit der Forderung nach Freiheit und der Ablehnung der Politbürokraten der SED. Der Generationskonflikt der sechziger Jahre war in der DDR, wie auch in den anderen kommunistischen Ländern, mit gefährlichem ideologischen Sprengstoff aufgeladen.

Die APO und die SED

Seit Mitte der sechziger Jahre taten sich in Westberlin und einigen westdeutschen Universitätsstädten erstaunliche Dinge. Als Teil einer „Weltrevolution der Studenten“, wie es der „Spiegel“ im März 1968 nannte, bildete sich auch in der Bundesrepublik eine antiautoritäre Linke. Eine kleine Gruppe brachte - ganz im Sinne von Karl Marx - die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen. Mit den herkömmlichen Vorstellungen von einer linken Partei, gar einer Arbeiterpartei, hatte die neue Bewegung wenig gemein. Die jungen Revolutionäre schockierten ihre Mitmenschen durch ungepflegte Kleidung, wilde Bärte, Rauschgiftkonsum und sexuelle Libertinage. Sie gaben sich selbst den Namen „Außerparlamentarische Opposition“ und die Presse erfand dazu die Abkürzung APO. Sie protestierten gegen die bürgerliche Gesellschaft, abgestandene Moralvorstellungen, gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Rassenunterdrückung in Amerika, das Elend in Lateinamerika, den Schah von Persien, gegen Bildungsnotstand, Atomrüstung, Notstandsgesetze, KPD-Verbot und ehemalige Nazis in hohen Positionen des Adenauer-Staates. Sie hatten das Elend der ganzen Welt im Blick und übersahen - was ihnen oft vorgeworfen wurde - das Unrecht vor der eigenen Haustür. Gegen die Unterdrückung der Freiheit in der DDR und die Mauer protestierten sie nicht, obwohl ein Teil der Protestierer, wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, aus dem Osten stammte.

Die Themen waren so zusammengesucht wie die Schlagworte. Sie be-

dienten sich bei Marx und Engels, Lenin, Trotzki und Mao, aber auch bei Sigmund Freud und Wilhelm Reich, besonders bei der Frankfurter Schule und bei Herbert Marcuse, der wie ein Komet am Himmel der Revolte aufleuchtete, um dann genauso schnell wieder zu verlöschen. Interessanter als die meist wenig originellen Themen und Thesen waren die Formen des Protestes. Die Protestierer inszenierten ihre Aktionen als Medienereignisse, nutzten also genau jene bürgerlichen Medien, die sie nicht müde wurden als manipulativ zu entlarven. Sie beherrschten die Schlagzeilen und sogar die Titelseiten der Illustrierten.

Mit Rudi Dutschke verfügten die antiautoritären Rebellen über eine ausgeprägt autoritäre Führungsfigur. Mit seiner abgewetzten Lederjacke und dem Strickpulli wurde er zur Symbolgestalt der Revolte, zum Star der bürgerlichen Medien und zur Hassfigur der Springer-Presse. Zu den gezielten Provokationen gehörte auch die Übernahme politischer Symbole der kommunistischen Bewegung. Als Westberliner Hochschüler begannen, mit roten Fahnen und den Porträts von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wladimir Iljitsch Lenin und Ho Chi Minh über den Kurfürstendamm zu ziehen, war für viele Westberliner die Schmerzgrenze erreicht. Und auch im Osten war das Erstaunen groß.

Selbst die verbohrtesten SED-Agitatoren hatten sich von der Vorstellung verabschiedet, in der Bundesrepublik könne in absehbarer Zeit eine proletarische Revolution stattfinden. Wenn sie über das Elend der werktätigen Massen in Westdeutschland referierten, ernteten sie auch bei sonst wohlmeinenden Zuhörern ironisches Grinsen. Der „gesetzmäßige Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab“ blieb als historisches Endziel erhalten, aber man hatte ihn in eine nebelhafte Ferne verschoben. Eher erwartete man weitere Siege linker Bewegungen in Ländern der „kolonial und neokolonial ausgebeuteten Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens“, wie man die Dritte Welt in der DDR damals etwas umständlich nannte. Diese Hoffnung entsprach nicht ganz den Lehrbuchweisheiten des Marxismus-Leninismus, denen zufolge das Proletariat der führenden Industrienationen die Macht hätte ergreifen müssen. Dennoch hofften manche kommunistische Ideologen, die Weltrevolution würde sozusagen über den Hinterhof der Dritten Welt in die glanzvolle Belletage des Monopolkapitalismus vordringen. Dass sich die linke Revolte längst im feinen Salon breit gemacht hatte, war im Osten verschlafen worden.

Und nun dies! Todesschüsse auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke, Straßenschlachten, brennende Autos, rote Fahnen und die vertrauten Porträts der Führer der Arbeiterbewegung an Besenstiele genagelt auf den Straßen Westberlins. Man rieb sich in der DDR entgeistert die Augen, zumal es im Osten selbst unter eifrigen SED-Anhängern als Strafe galt, mit so einer Ikone am Stiel dem Marschblock voran laufen zu müssen.

Die Wahrnehmung der linksradikalen Revolte durch den Osten war allerdings so vielschichtig und widersprüchlich wie die Gesellschaft der DDR. Drei vollkommen gegensätzliche Sichtweisen auf den Linksruck in der westlichen Welt spielten in der DDR eine Rolle. Sie unterlagen alle drei einem erheblichen Wandel, überschritten einander und führten zu einer höchst seltsamen Berührung der Gegensätze. Die SED-Führung war erfreut über den unverhofften Verbündeten im antiimperialistischen Kampf. Gegenüber den weltanschaulichen Verirrungen der jungen Rebellen zeigte sie zunächst eine Duldsamkeit, die sie in den eigenen Reihen niemals praktiziert hat. Ob die SED wirklich glaubte, sie könne auf dem Feuer der antiautoritären Revolte ihr gesamtdeutsches Süppchen kochen, sei dahingestellt. Spätestens seit dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 wurde in den DDR-Medien über die Aktionen der APO in ungewöhnlicher Ausführlichkeit berichtet. Dies verstärkte sich angesichts der Anti-Vietnam-Demonstrationen, des Attentats auf Rudi Dutschke und der darauf folgenden Straßenschlachten. Doch schon im Sommer 1968 reckte sich von Neuem der ideologische Zeigefinger der SED-Dogmatiker. Offenbar schätzte die SED die Gefahr der Verwirrung in den eigenen Reihen höher ein als die Möglichkeiten einer dauerhaften Destabilisierung Westberlins.

Kritische DDR-Intellektuelle dagegen spiegelten in der antiautoritären Revolte der Westlinken ihre eigene Situation. Für sie waren die jungen Leute, die in Westberlin und anderswo auf die Straße gingen, Verbündete im Kampf gegen die Politschranzen und Bonzen auf beiden Seiten der Mauer. Wolf Biermann hat dies in Vers und Prosa oft trefflich zum Ausdruck gebracht. Viele Jugendliche in der DDR griffen das revolutionäre Pathos, den verbalen Radikalismus und das nonkonformistische Lebensgefühl der westlichen Linken auf, zielten damit aber auch auf die eigene Obrigkeit, die sie als satt, verbürgerlicht und verspießert empfanden. Spurenelemente dieser Denkhaltung waren bis in die Reihen von FDJ-Funktionären und jungen SED-Genossen vorgedrungen. Auch manch enttäuschter alter

SED-Genosse fühlte sich angesichts der roten Fahnen und der brennenden Lieferwagen des Springer-Konzerns traulich an die kommunistischen Jugendträume erinnert.

Schließlich und endlich wären jenseits aller theoretischen Debatten viele junge Leute einfach gerne dort gewesen, wo das Leben tobte, das hieß konkret auf der anderen Seite der Berliner Mauer. Die Revolte, die Musik, die Aktion bildeten ein Konglomerat von nicht geringer Anziehungskraft. Sie wollten wie ihre Altersgenossen im Westen Liebe, Frieden und Sonnenschein. Komplizierte Zeiten produzieren einfache Antworten.

Eine offenbar große Mehrheit der DDR-Bürger allerdings teilte die Ablehnung der Bundesbürger und Westberliner gegenüber den „Politgamlern“, wie die APO-Anhänger von den Springer-Zeitungen getauft worden waren. Sie hielten die Rebellen für verzogene Bürgersöhnchen, denen der Hosensboden versohlt gehört. Gerade einfache Leute hatten wenig Verständnis dafür, wenn Studenten jene Gesellschaft untergruben, der sie ihre Freiheit und ihren Wohlstand verdankten. Sie gönnten den Protestierern von Herzen die kalte Dusche, wenn Fernsehbilder vom Einsatz der Wasserwerfer gegen Demonstranten über die Bildschirme flimmerten. In diesem Dreieck von Wahrnehmungsmustern vollzog sich die Rezeption der linken Revolte in der DDR. Die geistigen Fronten waren gründlich durcheinander geraten.

Prager Frühling und Ostberlin

Im Januar 1968 wurde der seit 1917 schwelende Konflikt zwischen kommunistischer Diktatur und demokratischem Sozialismus in der Tschechoslowakei zur politischen Realität. All die ungelösten Probleme des „real existierenden Sozialismus“ brachen sich zur Jahreswende von 1967 zu 1968 Bahn und führten zur Wahl des Slowaken Alexander Dubček zum tschechoslowakischen Parteichef.

Zunächst bewegte sich der Machtwechsel in Prag ganz im Rahmen kommunistischer Wachablösungen früherer Zeiten. Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte am 6. Januar 1968 unkommentiert das „Kommuniqué über die Tagung des ZK der KPČ“. Zur Wahl von Alexander Dubček hieß es: „In seiner Person werden die Kontinuität der Parteiführung aufrechterhalten und die Wertschätzung der in langen Jahren der Parteiarbeit erworbenen Erfahrungen zum Ausdruck gebracht.“ Am nächsten Tag veröffentlichte

das Zentralorgan die offiziös gehaltene Biographie und ein Archivfoto des neuen Generalsekretärs der Bruderpartei.

Spätestens im März 1968 schrillten in Ostberlin alle Alarmglocken. In einer internen Information an die Leiter der Abteilungen im ZK der SED vom 12. März 1968 hieß es: „Man muss offen sagen, dass der imperialistische Gegner seine Anstrengungen verstärkt, um über alle möglichen Kanäle und Verbindungen Einfluss auf die Aktivierung der antisozialistischen, bürgerlichen Kräfte in der ČSSR zu nehmen und selbst zu organisieren. Wie weit die geistige Übereinstimmung zwischen den Lösungen dieser kleinbürgerlichen, antisozialistischen Kräfte innerhalb der ČSSR mit der Ideologie des Imperialismus geht, zeigt insbesondere die von Schriftstellern und Künstlern vertretene Losung, die ČSSR in eine ‚offene Gesellschaft‘ zu verwandeln. Bekanntlich sind aber die Begriffe von der ‚offenen Gesellschaft‘, ‚Pluralistischen Gesellschaft‘ oder ‚großen Gesellschaft‘ dem geistigen Arsenal des Imperialismus direkt entnommen“. Seit Mitte März 1968 verdichten sich die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die Parteiführung. In den kommenden Monaten wurde fast täglich über die Diskussionen der Bevölkerung berichtet.

Was seit Januar 1968 in der Tschechoslowakei geschah, griff fundamental in die Verhältnisse in der DDR und der anderen kommunistischen Staaten Osteuropas ein. Am deutlichsten haben dies wohl die Inhaber der Macht selbst gesehen. Langfristig standen sie vor der Wahl, das tschechoslowakische Experiment mit Gewalt zu beenden oder auf den Demokratisierungskurs einzuschwenken. Bei allen Unterschieden hatten alle RGW-Staaten ein gemeinsames Problem. Das marode Wirtschaftssystem konnte nur modernisiert werden, wenn dies mit einem Umbau der Gesellschaft einherging. Die Erneuerungsideen konnten hinter den verschlossenen Türen von Walter Ulbrichts „strategischen Kommissionen“ nicht gedeihen, sie bedurften der Freiheit der Ideen, der öffentlichen Debatte und der demokratischen Entscheidung.

Das neue Modell eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war als Vorbild für die ganze Welt gedacht und die führenden Köpfe der Bewegung sagten dies auch in großer Offenheit. „Der Augenblick ist gekommen, da unsere Heimat nach Jahrhunderten wieder eine Wiege der Hoffnung ist“, schrieben tschechoslowakische Intellektuelle in einem Brief an das

Zentralkomitee. „Der Augenblick ist gekommen, da wir der Welt beweisen können, dass der Sozialismus die höchste Form der Zivilisation darstellt. Wir erwarteten, dass dies vor allem in der sozialistischen Gemeinschaft begrüßt wird.“

Die kommunistischen Führungen der Sowjetunion und ihrer getreuen Satelliten standen vor der Wahl, längerfristig die Politik des Umbaus und der Demokratisierung mitzutragen oder das Experiment mit Gewalt zu beiseitigen. Sie entschieden sich, nachdem alle Möglichkeiten einer „inneren Lösung“ ausgeschöpft schienen, für die militärische Lösung.

Proteste

In der Nacht vom 20. zum 21. August überrollten die Panzerdivisionen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei. Militärisch konnte man die Aktion als Erfolg sehen, politisch war sie eine Katastrophe. Die Wirkung der Nachricht vom Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei war für viele Menschen in der ganzen Welt niederschmetternd. Trotz der Erfahrungen von 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn hatten es die meisten Zeitgenossen für nicht mehr möglich gehalten, dass die Sowjetunion auf so martialische Weise reagieren würde. Jedem denkenden Menschen war klar, dass der Sozialismus durch den Einsatz von Panzerdivisionen keines seiner Probleme lösen würde. Der Einmarsch war insofern nicht allein ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und der viel beschworenen Brüderlichkeit, sondern auch ein Schlag gegen den gesunden Menschenverstand.

Ob jeder DDR-Bürger sich im eigenen Lande einen Sozialismus à la Dubček wünschte und für möglich hielt, sei dahingestellt. Doch was die Tschechen seit Januar 1968 auf die Beine gestellt hatten, schien so rundum vernünftig und klug, dass viele Menschen angesichts der Nachricht über den Einmarsch eine wilde Empörung packte. Wider alle Alltagsklugheit ließen sie sich zu offenen Meinungsäußerungen hinreißen, die teilweise schwerwiegende Folgen hatten. Gegen alle pragmatische Vernunft setzten sie sich an die Schreibmaschine und schrieben Protestbriefe oder zogen nachts mit Pinsel und Farbe los, um Losungen an die Häuserwände zu schreiben.

In einem Stasi-Bericht der Verwaltung Groß-Berlin des MfS werden diese Aktionen im Zeitraum vom 21. August bis zum 8. September 1968 zahlen-

mäßig erfasst: „An 389 Stellen in Berlin wurden insgesamt 3528 Flugblätter verbreitet und an 212 Stellen 271 Hetzlosungen geschmiert.“ Zum Tathergang wird berichtet: „Die Herstellungs- und Verbreitungsmethoden der Flugblätter und das Schmieren von Losungen zeigen keine besonders raffinierten Methoden. Überwiegend wurde auf öffentlichen Plätzen und Straßen geworfen, im Unterschied zur sonstigen Verbreitung, wo das Einwerfen in Hausbriefkästen überwiegt. Die Täter waren in der Mehrzahl bereit, ein größeres Risiko einzugehen. In keinem Fall wurde eine Massenwirksamkeit erreicht, da gestreute Flugblätter sofort eingesammelt und geschmierte Losungen rasch entfernt wurden.“ Diese Einschätzung dürfte in allen Punkten durchaus realistisch sein.

Zu den Inhalten der Flugblätter und Losungen bemerkt der Bericht des MfS: „Die Täter wandten sich mit ihren Losungen und Flugblättern hauptsächlich gegen die Maßnahmen der Bruderländer und forderten in den meisten Fällen den Abzug der Truppen. An zweiter Stelle in der Häufigkeit des Auftretens liegen Bekenntnisse zu Dubček bzw. zum revisionistischen Weg der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung. Nur ein geringer Teil der Täter bekannte sich offen zur Konterrevolution.“ Bei den Tätern handelte es sich laut Stasi-Bericht fast ausschließlich um Jugendliche zwischen 17 und 21 Jahren. „Die Tendenz, dass eine Reihe von Tätern der schriftlichen Hetze Jugendliche unter 16 Jahren bzw. zum Teil geistig primitive Menschen sind, zeigte sich während des genannten Zeitraums nicht. Bei den Tätern handelt es sich fast ausnahmslos um Personen, die wussten, was sie mit ihren Handlungen erreichen wollen“. Die Stasi konnte am 26. September 1968 vermelden, dass alle größeren Aktionen aufgeklärt waren. Von 63 Prozent der Flugblätter seien die Täter ermittelt worden, bei „Hetzlosungen“ betrug die Aufklärungsrate bis zu diesem Zeitpunkt zwölf Prozent.

Die Protestwelle hatte in der ganzen DDR ein beträchtliches Ausmaß. Vom 21. August bis zum 27. November 1968 wurden von den Untersuchungsabteilungen des MfS gegen 506 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet, die „im Zusammenhang mit Angriffen gegen die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Bruderländer ... in Bearbeitung genommen“ worden waren. Darunter befanden sich 383 Strafverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze gemäß § 106 Strafgesetzbuch der DDR, 64 Verfahren wegen Staatsverleumdung gemäß § 220, vier Verfahren wegen Rowdytum und Zusammenrottung, 33 Verfahren wegen ungesetzlicher Grenzübertritte sowie zwölf

Verfahren wegen anderer Staatsverbrechen und zehn wegen angeblicher krimineller Delikte.

Nach den Berichten der für Untersuchungsvorgänge zuständigen Hauptabteilung (HA) IX an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) hatte es bis zum 24. September 1968 insgesamt 429 Zuführungen durch das MfS und 578 durch die Deutsche Volkspolizei gegeben. Die HA IX fertigte seit dem 25. August 1968 täglich eine „Übersicht von Zuführungen und Inhaftierungen von Personen im Zusammenhang mit feindlichen Aktionen gegen die Maßnahmen zur Sicherung der sozialistischen Verhältnisse in der ČSSR“ an.

In den Tagesberichten werden mehrere Fälle von offener Sabotage gemeldet. In verschiedenen Teilen der DDR trennten Einzeltäter oder Gruppen Nachrichtenkabel der Sowjetarmee und der NVA durch. Ein solcher Fall wird in der Tagesmeldung vom 28./29. August 1968 geschildert: Am 25. August 1968 wurde in Heidenau (Kreis Pirna) ein Nachrichtenkabel der Sowjetarmee mit einem scharfen Gegenstand durchtrennt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Auseinandersetzungen innerhalb der SED

Bei Weitem war die innere Situation der DDR nicht so kritisch wie am 17. Juni 1953 oder im August 1961, doch war die ideologische Verunsicherung noch tief greifender. In früheren Krisensituationen war immer klar gewesen, wer der Gegner war: die Bonner Revanchisten und deren Agenten. Nun aber war der Hauptfeind die kommunistische Partei des Nachbarlandes. Ihre populäre Führungsfigur war Alexander Dubček, mit dem Ulbricht noch eine Woche zuvor Bruderküsse getauscht hatte. Seinen Namen an die Wand zu schreiben, war seit dem 21. August 1968 ein Staatsverbrechen, die Flagge der brüderlichen Tschechoslowakei aus dem Fenster zu hängen, eine politische Provokation. Verworrener konnte die Situation kaum sein.

Mit den Krokodilstränen der westlichen Staatsmänner hatten die Okkupationsmächte sicherlich gerechnet und ihre Propagandamaschinerie stand bereit, sie hohnlachend zurückzuweisen. Doch auch ein großer Teil der Kommunisten in aller Welt lehnten die Gewaltaktion ab. Die großen und einflussreichen kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens verurteilten die Militärintervention sehr scharf. Mehr noch als in den ersten Tagen nach dem Einmarsch wurden in den Wochen danach

die Bruchlinien in der kommunistischen Weltbewegung sichtbar. Längst war ein unüberwindlicher Gegensatz zwischen dem dogmatischen Sowjetkommunismus und dem demokratischen Sozialismus aufgebrochen. Diese ideologische Front ging auch durch die SED, wenn auch die Kräfteverhältnisse hier sehr klar waren. Zweifler an der Richtigkeit der Parteilinie hatten nur die Wahl zwischen einem Bruch mit der Partei und dem Rückzug in ein Schweigen, das in der Regel sehr lange dauern sollte.

In einer Information für die SED-Führung vom Dezember 1968 über „Auseinandersetzungen mit Mitgliedern und Kandidaten der Partei, die im Zusammenhang mit den militärischen Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Bruderländer vom 21. 8. 1968 durchgeführt wurden“, heißt es: „Nach der bisherigen Übersicht wurden mit 3.358 Mitgliedern und Kandidaten in ca. 2.500 Parteioorganisationen und Abteilungsparteioorganisationen (bewaffnete Organe einbezogen) wegen unklarer Auffassungen, schwankenden Verhaltens, parteischädigenden Auftretens und parteifeindlichen Handlungen Auseinandersetzungen geführt. Bisher wurden 522 Parteistrafen beschlossen. Davon 223 Ausschlüsse, 55 Streichungen, 109 strenge Rügen und 135 Rügen. 297 Mitglieder und Kandidaten erhielten Verwarnungen und Missbilligungen. Bei 2.017 Genossen wurden die politisch-ideologischen Aussprachen und Klärungen in den Parteioorganisationen ohne parteierzieherische Maßnahmen abgeschlossen.“ Angesichts von ungefähr 1,8 Millionen SED-Mitgliedern im Jahre 1968 kann man nicht gerade von einem politischen Erdbeben sprechen, aber doch wohl von deutlichen seismischen Erschütterungen.

Von 2.883 Auseinandersetzungen lagen laut Informationsbericht genaue Angaben zur Person vor. Auch hier sticht das Übergewicht der Arbeiterschaft ins Auge. 1.148 der Betroffenen, also fast vierzig Prozent, wurden von der Statistik als Arbeiter klassifiziert. Nur 26 der gemaßregelten Genossen waren Künstler, 23 Wissenschaftler, 17 Studenten, 132 Lehrer, 28 Ärzte und 216 Ingenieure. Die verbreitete Vorstellung von den Intellektuellen, die sich kritisch zur Partei gestellt hätten, wird durch die Statistik nicht bestätigt.

Ganz offenbar war das Jahr 1968 für viele „alte Genossen“ der Schlusspunkt unter eine lange und konfliktreiche Beziehung zur Partei. „Mit einem großen Teil, der jetzt ausgeschlossen oder mit einer anderen Parteistrafe zur Verantwortung gezogen Parteimitglieder musste sich die Partei bereits in

der Vergangenheit wegen ernster Schwankungen ... auseinandersetzen. So befinden sich im Bezirk Dresden unter den parteimäßig zur Verantwortung gezogenen Genossen allein 13, die bereits 1953, 1956 oder 1961 in jeweils zugespitzten Situationen des Kampfes parteimäßig zur Verantwortung gezogen werden mussten.“

Zustimmungserklärungen

In der DDR ging das heimtückische Wort von der „schleichenden Konterrevolution“ um. Jeder war verdächtig. Überall konnte es „Aufweichungserscheinungen“ geben. Selbst eine blütenreine Kaderakte, eifrige gesellschaftliche Tätigkeit und ein guter Klassenstandpunkt in der Vergangenheit waren keine Garantie dafür, dass der Betreffende nicht vom Geist des Liberalismus angekränkt war. Tatsächlich tauchte diese biologistische Metaphorik seit dem Sommer 1968 noch mehr als sonst auf. Auch im „Neuen Deutschland“ war ständig von den „gesunden Kräften“ in der ČSSR die Rede. Kritische Diskussionen wurden als „ungesunde Erscheinungen“ und skeptische Geister als „intellektuell angekränkt“ diffamiert. So einen Krankheitskeim konnte sich jeder einfangen. Die Erfahrungen in Polen und der Tschechoslowakei zeigten, dass selbst erfahrene Genossen in der Stunde der Gefahr knieweich geworden waren. So überboten sich die Funktionsträger der Staatsmacht an Radikalität. „Fauler Liberalismus“, wie es damals oft hieß, konnte als Indiz für eigene innere Schwankungen aufgefasst werden.

Ende August und Anfang September 1968 schwärmten Funktionäre der SED und der FDJ aus, um markige Reden zu halten, Widerspruch nieder zu walzen und im Zweifelsfall an die Staatssicherheit zu melden. In Betrieben, Institutionen, Schulen und Hochschuleinrichtungen fanden Versammlungen statt. Möglichst sollten zwei oder drei Vertreter des Kollektivs mündlich ihre Empörung über die Machenschaften des Gegners und ihr vorbehaltloses Einverständnis mit den Hilfsmaßnahmen der fünf Bruderländer äußern. Diese Rolle oblag den Funktionären der Partei oder der Massenorganisationen. Dann sollten alle unterschreiben, dass sie die Konterrevolution verurteilen würden. Dort wo es besondere Vorkommnisse gegeben hatte - Verhaftungen oder Maßregelungen von Kollegen, Mitschülern und Kommilitonen - wurde eine einmütige Verurteilung von solchen staatsfeindlichen Elementen erwartet. Die meisten Menschen unterwarfen sich diesen Unterwerfungsritualen - einige widerstrebend, sehr viele gleichgültig und die meisten willig.

Das doppelte Scheitern

Im Westen träumten die 68er von der Revolution und haben eine evolutionäre Wandlung des Systems bewirkt. Sie bewiesen durch ihre Biographie, was sie widerlegen wollten, nämlich die Reformfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Freiheit und Gleichheit waren keineswegs leere Wort, wie die Revoluzzer von 1968 gemeint hatten, sondern die Grundlagen einer fortschrittlichen Entwicklung. So ist es keineswegs erstaunlich, dass viele der Protagonisten der Revolte von 1968 beruflich sehr erfolgreich waren. Der „lange Marsch durch die Institutionen“ war mehr als eine Chimäre. Er hat die Institutionen verändert, aber auch die Marschierer.

Im Osten dagegen wollten die 68er den Sozialismus reformieren und haben mit 21 Jahren Verspätung - teilweise gegen ihren Willen - eine Revolution ausgelöst, die zur Abschaffung des sozialistischen Systems und der DDR führte. Sie trugen ihre sozialistischen Träumereien bis in die friedliche Herbstrevolution mit sich herum. Doch die versäumte Revolte von 1968 ließ sich in der DDR nicht mehr nachholen. So vollzog sich geschichtlich gesehen in Deutschland ein doppeltes Scheitern, das sich gegenseitig aufhob. West und Ost fanden sich gemeinsam wieder in einer Gesellschaft, deren Scheitern sie oft prognostiziert hatten, in der es sich aber sichtlich gut und frei leben ließ.

Die gemeinsame Achse der antiautoritären Revolte im Westen und der Reformdiskussion im Osten war der Versuch eines Ausbruchs aus der Logik des Kalten Krieges, die Suche nach neuen Wegen jenseits der etablierten Systeme. So entstand aus zwei unterschiedlichen Perspektiven eine virtuelle Projektion, geboren aus unterschiedlichen Wurzeln aber vereinigt in der Negation der real existierenden Gesellschaft. Das positive Leitbild hieß aus Mangel an einem besseren Begriff: Demokratischer Sozialismus. Dahinter stand die Utopie einer Gesellschaft ohne ökonomische Ausbeutung und ohne politische Gewalt. Trotz ihres Scheiterns bleibt diese Utopie aktuell. Sie wird mit jeder Generation neu geboren.

Die 68er und die DDR

zwei Sozialismen und kein Bündnis

Prof. Dr. Matthias Pfüller

Prof. Dr. phil. Matthias Pfüller wurde im Osten Deutschlands geboren, wuchs im Westen auf und kehrte in den Osten zurück. Die Soziale Arbeit war sein Thema an der Hochschule Mittweida. In Mecklenburg-Vorpommern engagierte er sich in der Gedenkstättenarbeit.

Da es nicht sehr sinnvoll ist, das mit dem Thema eigentlich gemeinte Verhältnis der damaligen Außerparlamentarischen Opposition (APO) zur DDR auf die Frage zu reduzieren, wie Rudi Dutschke und der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) dachten und handelten, gehe ich im Folgenden weitgehend von den Einstellungen der seinerzeit so genannten „Neuen Linken“ aus. Wenn es um Dutschke und den SDS geht, sind sie direkt angesprochen.¹

Vermutlich bin ich ein „typischer 68er“: Ich wurde 1945 geboren, kam 1965 aus Westdeutschland zum Studium der Politologie an das „Otto-Suhr-Institut“ (OSI) der Freien Universität (FU) Berlin, machte 1969 mein Diplom und arbeitete dort bis 1985 hauptamtlich als Dozent. 1967 versuchte ich, SDS-Mitglied zu werden, was zu diesem Zeitpunkt jedoch schon nicht mehr möglich war, da der SDS als eines der beiden Zentren der APO-Bewegung² viel zu viel Zulauf bekam und sich wenig später als Organisation faktisch auflöste. Ich wurde Mitglied im zweiten Zentrum der APO-Bewegung in Westberlin, im „Republikanischen Club“. Im März 1989 wurde ich in dessen Vorstand gewählt. Auch diese Vereinigung löste sich zu Beginn der 1970er Jahre de facto auf. Bis dahin gingen aber sehr viele Initiativen von ihr aus und der Republikanische Club wurde zum Vorbild für viele ähnliche Gründungen in Westdeutschland - nicht nur in Universitätsstädten.³

Diese Außerparlamentarische Opposition war außerordentlich vielschichtig und heterogen. Gemeinsame Nenner waren jedoch eine antiautoritäre Einstellung mit dem Ziel der Emanzipation und ein strikt undogmatisches Verhältnis zum Marxismus und Sozialismus. Hinzu kam eine deutliche Neigung zu spontanen Aktionen. Studierende waren zwar der Kern, aber im Lauf der Zeit kamen immer mehr Gruppen und Kreise dazu: Schüler und Lehrlinge, Hausfrauen, Leute aus beiden Kirchen, Gewerkschaftsmitglieder, Intellektuelle aller Variationen, viele Angestellte sowohl aus dem Öffentlichen Dienst als auch aus großen Firmen - aber so gut wie keine Arbeiterinnen und Arbeiter (oder gar Bauern). Bis zum Beginn der 1970er Jahre ließ sich diese APO von niemandem dominieren. Danach löste sie sich in eine Vielzahl von Gruppen, Mini-Parteien sowie auch die Rote Armee Fraktion (RAF) und ihr SympathisantInnen-Umfeld auf.

Die Fernwirkung war und ist beträchtlich. Bis heute beziehen sich insbesondere konservative und rechtsstehende PolitikerInnen und Gruppen

immer wieder auf „die 68er“ und tun so, als beherrschten diese den „Mainstream“ in Politik, Medien, Kultur und Kunst. Manchmal wird sogar unterstellt, selbst „die Wirtschaft“ sei „linksrotgrün versifft“, wie es vor allem die AfD sehr gern behauptet. Daran wird dann ein langes, meist soziokulturell gemeintes Sündenregister geknüpft: die faktische Vernichtung der traditionellen Ehe und Familie, die Verführung der Frauen zur allgemeinen und speziell zur sexuellen Emanzipation, die öffentliche Etablierung von Lesben, Schwulen und „Gender“, ein hemmungsloser kultureller Pluralismus, der die früher geltende deutsche „Leitkultur“ zersetzt und natürlich auch „die Heimat“ bedroht - von der angeblich chaotischen Friedensbewegung, der militanten Öko- und Anti-AKW-Bewegung, einer nachgerade wahn- und zwanghaften Erinnerungspolitik und den Attacken auf die „kapitalistische Wirtschaft“ ganz zu schweigen. Das alles sei erreicht worden, weil unter anderem Rudi Dutschke nicht nur allgemein zur „Revolution“, sondern speziell zum „langen Marsch durch die Institutionen“ aufgerufen habe, der äußerst erfolgreich gewesen sei, wie zum Beispiel die aktuellen Erfolge der Grünen zeigten. Das alles sei nicht nur allgemein unverantwortlich, sondern kippe immer wieder in linke, allzu oft auch linksextreme Positionen und Aktionen um, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung stark gefährdeten und zeitweise sogar nahezu außer Kraft setzten.

Das Verhältnis zum „Sozialismus“

Die Erinnerung an den „real existierenden Sozialismus“ ist im öffentlichen Bewusstsein heute stark abgeschwächt. In den 1960er Jahren war seine Gegenwart aber alltäglich und unübersehbar - vor allem natürlich in Westberlin. In allen politischen Überlegungen und Plänen für die nähere und weitere Zukunft mussten insbesondere die DDR und die Sowjetunion immer mitgedacht werden. Im Unterschied zum Alltag im Westen war in Westberlin die Konfrontation damit jederzeit möglich - durch einen einfachen Besuch in Ostberlin, der „Hauptstadt der DDR“ (später auch in ihrem Umland) und unvermeidlich bei der Fahrt über die drei Transitstrecken in die Bundesrepublik. Attraktiv war das nicht, was wir vorfanden - zumindest der Alltag nicht.

Dem gegenüber stand ein Potential, das vor allem von Schriftstellerinnen verkörpert wurde: Christa Wolf, Brigitte Reimann, Irmgard Morgner und Maxie Wander waren auch den durchschnittlich literarisch Interessierten im Westen bekannt, ebenso wie Stephan Heym, aber auch Hermann Kant (von

Wolf Biermann ganz zu schweigen, der aber ein „Sonderfall“ war). Die DDR, so schien uns, war einige entscheidende Schritte über den Kapitalismus hinausgegangen: Vor allem gab es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr. Dass der „Staatssozialismus“ mit seiner führenden Partei die neue Realität bestimmte, war teilweise verständlich, zum größeren Teil aber eher abstoßend. Der allgegenwärtige Dogmatismus stand überdeutlich im Kontrast zu den lebendigen Diskussionen in der ČSSR, in Polen, in Ungarn oder Jugoslawien, ja sogar teilweise der Sowjetunion selbst. Die Staatssicherheit in ihrer geradezu ungeheuerlichen Dimension kam uns seltsamerweise weniger in den Blick - das galt eher für den „Archipel Gulag“, den nach den Publikationen Solschenizyns niemand mehr relativieren konnte (und auch nicht wollte).

So zogen wir uns in ein ausgesprochen buntes, etwas nebelhaftes und sehr emotional-romantisches Sozialismus-„Verständnis“ zurück: undogmatisch, antiautoritär, in sich sehr widersprüchlich, aber umso attraktiver. Alle Sozialismus-Experimente der „Dritten Welt“ faszinierten: Kuba, Vietnam, Angola, sogar Maos China. (Es dauerte eine Zeit lang, bis wir begriffen, was die „Kulturrevolution“ bedeutete.) Das hatte allerdings wenig mit Marx selbst zu tun, wie sich für viele von uns herausstellte, als wir angingen, tatsächlich ernsthaft das „Kapital“ zu lesen.⁴ Die Lektüreeergebnisse auf die DDR zu beziehen überforderte die meisten von uns vollständig.

So konzentrierten wir uns wieder auf die Kritik an der BRD. Das gefiel der offiziellen DDR auch viel besser als etwa eine substantiell kritische Analyse dessen, was man vielleicht „sozialistische Akkumulation“ nennen könnte - ganz zu schweigen von einer kritischen Analyse der Umweltverbrechen oder des repressiven Systems selbst, wie zum Beispiel die innerstaatliche Feinderklärung gegen die Jugend, wie sie in den Jugendwerkhöfen im allgemeinen und dem 1964 eingerichteten geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau im besonderen ihren Ausdruck fand.⁵ Für die Dogmatiker in der DDR waren wir ein neuer Fall des „linken Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus“, wie ihn Lenin beschrieben und angegriffen hatte. Demgegenüber wollte etwa Dutschke mit seinem „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“ unsere Position retten. Allerdings blieb das wegen des Attentats auf ihn erst 1974 erschienene Buch ohne besonderen Einfluss.

Eine Opposition in der DDR konnten wir nicht erkennen. Die Kirchen

spielten für uns keine Rolle.⁶ Eine Opposition nach dem tschechischen oder dem polnischen Muster blieb uns in der DDR verborgen. Dazu kam: Nach dem Einmarsch der Armeen des Warschauer Pakts in die ČSSR war die Sympathie für ein mögliches sozialistisches Potential der DDR aufgebraucht. Man arrangierte sich mit der offenbar unabänderlichen politischen Realität und folgte damit im Großen und Ganzen der Koexistenz-Politik der Bonner Regierungen, allerdings ohne allzu viel Zuversicht in deren Konzept des „Wandels durch Annäherung“. Erst die Grünen schafften es viele Jahre später, einen Draht zu den Oppositionellen in der DDR zu finden. Das gelang bemerkenswerter Weise auch strikten Antikommunisten der BRD. Die ehemalige APO konzentrierte sich auf das eigene Land und wurde tatsächlich zu einem breiten Strom, der vieles Überalterte wegschwemmte. Die Friedens-, die Umwelt-, die „Atomkraft nein danke!“- und die Frauen-Bewegung waren uns weitaus wichtiger als die RAF mit ihrem Größenwahn, ihren Morden und ihrem Realitätsverlust.

Der Tod des alten Antikommunismus

Der Antikommunismus in der alten Bundesrepublik hatte für uns zwar verständliche Ansatzpunkte an der Politik Stalins, der Sowjetunion und der DDR. Uns war aber auch klar, dass er wie eine schwere Bleiplatte alle Gedanken und Überlegungen über sozialistische Alternativen zu den Schat-



Prof. Dr. Matthias Pfüller spricht zum Auditorium **Rudolf Leppin**

tenseiten des Wachstums- und Wirtschaftswunder-Kapitalismus niederdrückte. Man machte sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre ja schon des Landesverrats verdächtig, wenn man etwa - was allerdings kaum vorkam - das „Neue Deutschland“ als Tageszeitung bestellen wollte. Die DDR war für die CDU/CSU und die Springer-Zeitungen das Land, wo „der Zonenvogt Ulbricht blutig die Knute schwingt“. Die dagegen gerichtete DDR-Propaganda blieb dem im „Schwarzen Kanal“ des Eduard von Schnitzler und in der Hetze gegen die „Bonner Ultras“ und besonders gegen Adenauer als „Lakai des verbrecherischen (wahlweise: verfaulenden) US-Imperialismus“ nichts schuldig. Das widerte uns zwar an, aber auf der anderen Seite wurden auch unsere Bedenken gegen den Marxismus-Leninismus gründlich untersetzt: Wolfgang Leonhards Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, Carola Sterns Ulbricht-Biographie, Arthur Koestlers „Sonnenfinsternis“, Orwells „1984“, Isaac Deutschers Stalin- und Trotzki-Biografien sowie Havemanns Kommunismuskritik und vieles andere brachte uns dazu, aus den alten Schemata des Ost-West-Konflikts so auszubrechen, wie das Willy Brandts „Neue Ostpolitik“ offenbar auch versuchte. Dass die traditionellen Antikommunisten daraufhin Schnappatmung bekamen, bestärkte uns in unserer inneren Opposition. Daher war es für uns kein Widerspruch, als wir im August 1968 spontan und anhaltend gegen die Invasion in der ČSSR vor der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin-Dahlem protestierten. Die neu begründete DKP und mit ihr beispielsweise der bis dahin sehr geschätzte Liedermacher Franz Josef Degenhardt, die den Sozialismus Dubčeks denunzierten, erschienen uns abstoßend.

Damit geriet die APO in eine Zwickmühle: Wie sollte man eine sozialistische Politik und Perspektiven begründen, wenn gerade die quasi „vor der Haustür“ immer wieder diskreditiert wurden? Die Lösung war eine Kulturrevolution, weil eine politisch-ökonomische Revolution völlig aussichtslos war. (Das belegte, ob sie wollte oder nicht, ganz deutlich und nachdrücklich die RAF, die behauptete, sie wolle die trügerischen Schleier von der Fratze des BRD-Faschismus wegreißen: Sie hatte nie eine Basis in der Bevölkerung, auch nicht in der Neuen Linken, die sich langsam etablierte.) Es war eine Modifikation der Guerilla-Theorien aus der „Dritten Welt“ und der Ideen von Herbert Marcuse, angereichert mit den Anregungen der Kapitalismus-Kritik des „Club of Rome“ und erweitert um die neuen Ideen des Feminismus. Die Aufzählung ist selbstverständlich unvollständig.

Alle diese Ideen wirkten zwar langfristig in der BRD, erwiesen sich aber zumeist als unfähig, die Mauer zur DDR hin zu überspringen.⁷ Der späte Walter Ulbricht und nach ihm Honecker hatten ganz andere Probleme und ignorierten uns so, wie wir sie - es sei denn, man konnte mit einigen Fragmenten und Aktionen etwas anfangen. Während die offizielle DDR-Position sich zunehmend von den westlichen „linken Radikalen“ distanzierte, versuchte die Staatssicherheit, eben diese zu unterwandern und für sich zu vereinnahmen - was ihr nicht gelang.⁸ Umgekehrt versuchten die APO und ihre Nachfolger, vor allem mit der Friedens- und der Umweltschutz-Bewegung in der DDR Anklang zu finden, was teilweise auch gelang - ganz im Unterschied zur Frauenbewegung, die in der DDR fast ganz ohne Resonanz blieb).⁹

Das alles schwächte in der BRD die Positionen der alten Hardcore-Antikommunisten wie etwa Alfred Dregger (CDU) oder Franz-Josef Strauß (CSU), Springer und ZDF-Mann Gerhard Löwenthal nachhaltig. Es bedeutete aber in der DDR für die Position der SED ebenso wie für die Position ihrer inneren Opposition so gut wie nichts. Der alte Antikommunismus starb im Westen langsam vor sich hin, aber in der DDR „war das Land still - noch“, wie es in einem der Lieder Biermanns hieß. Dass sich unter der Oberfläche sehr langsam die „tektonischen Platten der Politik“ zu verschieben begannen, registrierten und verstanden sowohl in der BRD wie auch in der DDR nur die Wenigsten.

So kam es zu einem gegenläufigen Prozess: Auf der einen Seite bewegte man sich auf eine Anerkennung der DDR durch die BRD zu, auf der anderen Seite kam es zu einem neuen Anfall von Antikommunismus in einem neuen Gewand: Ab 1972 galten für fast zwei Jahrzehnte (in Bayern bis 1991) die Überprüfungen aller BewerberInnen für den Öffentlichen Dienst: die „Berufsverbote“. Der Protest gegen sie begleitete sie von Anfang an und wurde zu einem innenpolitischen Dauerkonflikt, der zeitweise stark polarisierte.

„Dritter Weg“ - Utopie, Chance oder gar nichts?

Die Möglichkeit eines „Dritten Weges“ jenseits des Kapitalismus und des Staatssozialismus ist eine sehr alte Denkfigur¹⁰, die sich spätestens seit der Verfestigung der bolschewistischen Variante des Sozialismus in der UdSSR ergeben hat. Eine frühe Variante hat sich in den Jahren von etwa 1945 bis 1952 (also bis zur „Stalinnote“ mit dem Angebot einer „Wiedervereinigung“

an die westlichen Alliierten) unter den Oppositionellen sowohl der entstehenden DDR wie auch der frühen BRD abgezeichnet; Wolfgang Leonhard und Carola Stern waren frühe Protagonisten, ihre tatsächlich auch als „Dritter Weg“ bezeichneten Initiativen¹¹ wurden aber zwischen den Fronten des Kalten Krieges bald erdrückt.

Eine unklare Variante bildete sich um die „Wendezeit“ des Jahres 1989 heraus, am weitesten vielleicht im Umfeld des Neuen Forums, aber auch unter denjenigen Intellektuellen der BRD, die ihre Hoffnungen auf einen „Neustart“ setzten und ihn zunächst an der Diskussion über eine Neufassung des Grundgesetzes festmachten. Die historische Chance dafür war wiederum nur eine viel zu kurze Zeit vorhanden, als dass sie sich ernsthaft hätte entfalten können.

Die Diskussionen in der westdeutschen und westberliner APO in den Jahren um 1968 waren letztlich viel zu unpräzise, als dass sich etwas daraus ergeben hätte. Unter den besonderen Bedingungen Westberlins gab es eine längere Zeit aktive Gruppe, die sich mit verschiedenen Möglichkeiten für die Halbstadt beschäftigte. Dabei kam auch ein Rätmodell zur Sprache. Letztlich blieb all das folgenlos, weil sich bald herausstellte, dass das, was man damals für einen gesamteuropäischen Aufbruch hielt, nur ein Ausdruck einer kurzfristigen Wachstumskrise des Kapitalismus in Westeuropa war. Spätere Überlegungen kreisten um ganz andere Problemkerne, so beispielsweise um die Kritik von Robert Jungk am „Atomstaat“ (1977), in den sich die BRD zu verwandeln schien. Tatsächlich waren Tendenzen zu einem autoritären Staat erkennbar, der sich in Reaktion auf die Herausforderung durch die RAF zu ergeben schien. Später kam das Misstrauen gegen erste Auswüchse der Datensammlungswut hinzu, die beispielsweise der damalige Präsident des Bundeskriminalamts Horst Herold (von 1971 bis 1981) repräsentierte. Es blieb aber beim großen Protest gegen die Volkszählung 1986/87 in der BRD.

Größere Diskussionen über alternative Staatsmodelle in der DDR waren in den 1960er Jahren im Westen nicht bekannt; es gab erst 1977/78 eine kurze Aufmerksamkeit für ein staats- und systemkritisches „Manifest“ eines angeblichen „Bundes Demokratischer Kommunisten“, das in der SED diskutiert würde.¹² Von einer Erweiterung solcher Diskussionen und Konzepte, wie es sie in der Volksrepublik Polen und der ČSSR gab, war wohl nie die

Rede. Meines Wissens ist auch im Rückblick nach der Sichtung der Stasi-Akten nichts darüber bekannt geworden. Die Ausnahme war wohl Rudolf Bahros zur gleichen Zeit veröffentlichtes Buch „Die Alternative“, das aber ebenfalls zumindest vordergründig folgenlos blieb, da Bahro in den Jahren danach ganz andere Richtungen einschlug und nach seinem Übergang in den Westen nicht mehr zu politischer Wirksamkeit kommen konnte.

Zusammenfassende Wertung

So groß und nachhaltig die Publizität und die spätere, breitgestreute Wirkung der Bewegung von 1968 in der Bundesrepublik auch waren, so gering waren sie in der und für die DDR. Eine der Ursachen dafür war die Unklarheit des Sozialismus-Verständnisses in der Außerparlamentarischen Opposition dieser Jahre, die keine Alternative zum „real existierenden Sozialismus“ in der DDR darstellen konnte.¹³ Was in der BRD ein Vorteil war, weil sich viele verschiedene Strömungen wenigstens zeitweise anschließen konnten, war in der DDR ein Nachteil, da man dort präzisere Analysen und Kritiken gebraucht hätte, zu denen es erst ein Jahrzehnt später kam. In der DDR kam es ja nicht einmal zu größeren Diskussionen über die polnischen und tschechischen Konzepte, was wohl nicht nur daran lag, dass die Staatssicherheit alles, was in diese Richtung ging, diskreditierte beziehungsweise verbot.

Umgekehrt waren die polnischen und tschechischen Publikationen zwar in der BRD erhältlich, wurden aber nur in der Fachöffentlichkeit diskutiert. Bemerkenswerterweise führten sie nicht dazu, dass man die Produktionsrealitäten in der DDR unter den dort vorgetragenen Aspekten analysierte. Es blieb im Großen und Ganzen bei einer eher etwas globalen Bürokratismuskritik, die sich in einzelnen Zügen auch auf Trotzki's Schriften und seinen damals sehr prominenten „Nachfolger“ Ernest Mandel stützte.

So gingen die kritischen Richtungen der Diskussion und die damit verbundenen Impulse über lange Zeit aneinander vorbei. Das traf auch für die kulturkritischen Aspekte zu. Auch wenn beispielsweise die erwähnten Schriften mancher DDR-Autorinnen in mancherlei Hinsicht für den West-Feminismus anschlussfähig waren, kam es in der DDR doch erst Ende der 1980er Jahre zu einer Frauenbewegung, die ein analoges Selbstverständnis entwickelte. Viel mehr Parallelen gab es hingegen bei der Friedens- und Umweltbewegung, die allerdings in der DDR viel mehr Behinderungen und Blockaden ausgesetzt waren - vor allem, nachdem der SED klar wurde, dass

die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki 1973 der inneren Opposition eine Grundlage gaben, die sie vorher nicht hatte.

Dennoch zeigen auch die letzten beiden Beispiele, dass die westliche und die östliche Opposition zumeist unverbunden nebeneinander her verliefen. Einer der Gründe dafür - wenn auch sicherlich ein nicht so bedeutender - war die Existenz und die Politik der 1968/69 gegründeten DKP. Sie war nicht nur durch ihre enge Beziehung zur DDR und SED gehandicapt, sondern auch dadurch, dass die APO in Westberlin ihre eigenen Erfahrungen mit der dort bestehenden Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) gemacht hatte. Deren Unterstützung des Einmarsches in die ČSSR im Jahr 1968 diskreditierte sie anhaltend und nachhaltig; das übertrug sich auf die DKP. Der andere Grund für die nur knappen Berührungspunkte zwischen den beiden oppositionellen Bewegungen war auch die Tatsache, dass zwar ein Künstler wie Wolf Biermann durchaus Resonanz im Westen fand, aber in der DDR von der Stasi isoliert wurde wie Robert Havemann auch. Als ein Jahrzehnt später diejenigen SchriftstellerInnen und anderen KünstlerInnen, die im Gefolge der Zwangsausbürgerung Biermanns ebenfalls in die BRD kamen, auch nicht mehr für die innere Opposition in der DDR sprechen konnten, blieb die Wahrnehmung im Westen auf wenige Personen wie Stephan Heym oder Christa Wolf konzentriert, die aber nur im weitesten Sinn einer Opposition zugerechnet werden konnte.

Schließlich kam es zu einer weiteren, seltsamen Tendenz: Politisch konservative, zum Teil rechtsstehende politische Gruppierungen und Einzelpersonen wandten sich nach der Konferenz von Helsinki vor allem den Oppositionsgruppen zu, die Menschen- und Bürgerrechte einklagten und nach und nach eine neue Ausreisebewegung begründeten, die bald stark anwuchs. Das verschränkte sich mit einer anderen Strömung: Die von der BRD ab den 60er Jahren zahlreich „freigekauften“ politischen Häftlinge der DDR waren in ihrer antikommunistischen Einstellung eher CDU-nah als der außerparlamentarischen Opposition der Neuen Linken¹⁴ zugewandt. Diese Zersplitterung der Kräfte, die aus jeweils für sich ganz plausiblen Gründen die Herrschaft der SED kritisierten, blieb bis 1989 bestehen. Sie setzte sich dann in den politischen Richtungsentscheidungen der ehemaligen DDR-BürgerrechtlerInnen fort - von denen heutzutage bekanntlich einige sogar mit der AfD sympathisieren, wie zum Beispiel Michael Beleites, Siegmara Faust oder Vera Lengsfeld.

Rückblickend lässt sich sicher sagen, dass damit eine Reihe von Chancen ungenutzt blieb. Davon profitierten diejenigen Kräfte im konservativen Lager der BRD, die die APO ohnehin ablehnten und wenigstens teilweise bekämpften. Auf der anderen Seite machte es die Zersplitterung der Opposition der Stasi leichter, die einzelnen Gruppen und Personen voneinander zu isolieren und sie gegeneinander auszuspielen. Es wird sich erst zeigen müssen, ob es über die Parteifusion von Bündnis 90 und den Grünen hinaus noch zu einer weiteren Einigung kommen kann, die vielleicht bei der absehbaren Schwächung der ehemals großen „Volksparteien“ und als Gegenpol zum Rechtspopulismus ein ganz neues politisches Gewicht bekommen könnte - was ganz im Sinn der Strömungen in der DDR und der BRD seit 1968 wäre.

Anmerkungen

1 Ich gehe hier nicht weiter auf die Stellung Rudi Dutschkes im SDS ein. Er war nicht nur am Anfang keineswegs unumstritten; zu seinen Gegnern gehörten vor allem die Traditionalisten, die eher DDR-SympathisantInnen waren. Dutschke hingegen stand zumindest anfangs den „Spontaneisten“ nahe, die in München die „Subversive Aktion“ gebildet hatten, von deren Mitgliedern einige später in Berlin die „Kommune 1“ gründeten. Zu einer Art „Symbol“ für die aufrührerischen StudentInnen stieg Dutschke erst im Lauf des Jahres 1968 auf. Bis dahin bewegte er sich „ganz normal“ unter den Studenten, und so lernte auch ich ihn kennen.

2 In Westberlin gab es neben dem SDS weitere Studentenvereinigungen wie den SHB (Sozialistischer Hochschulbund), der der SPD nahestand, sowie den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), der sich der FDP zurechnete – keiner hatte jedoch eine solche Anziehungskraft wie der SDS. Neben dem nichtuniversitären Republikanischen Club gab es noch den Kreis um die Redaktion der Zeitschrift „Argument“, die bis heute besteht; sie war eher auf die universitäre Diskussion bezogen und hatte zumindest zeitweise ein gewisses Verständnis für die Positionen der DDR und der SED. Wer an der FU Berlin aktiv werden wollte, bewegte sich früher oder später auf eines dieser Zentren zu (wobei man keineswegs immer ein formelles Mitglied werden musste). Nur der SDS erlangte jedoch einen so umfassenden, z. T. verheerenden Ruf in der Stadt und wurde z. B. von der Springer-Presse („Bild“, BZ/Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, „Die Welt“) so intensiv bekämpft.

3 Ende 1968 wurden über 40 solcher Clubs in der ganzen BRD gezählt, einige unter dem Namen „Club Voltaire“, aber alle mit der gleichen Aufgabe: Verbreitung der Ideen und Unterstützung der Außerparlamentarischen Opposition. Mit der Verzweigung der Außerparlamentarischen Bewegung vor allem in die vielen maoistischen und anderen Kleinparteien sowie nach dem Aufkommen der „Rote Armee Fraktion“ löste sich ab 1970 die überwiegende Mehrheit der Clubs wieder auf.

4 Kurse und Lesegemeinschaften zur „Kapital“-Lektüre wurden für nahezu ein Jahrzehnt eine sehr geläufige Erscheinung in der Neuen Linken. Zwar begnügte man sich zumeist mit dem ersten Band – tat damit aber weit mehr, als in der DDR üblich war (meine Familie in

Karl-Marx-Stadt stand dem eher spöttisch-verwundert gegenüber). Die praktischen Auswirkungen blieben sehr begrenzt; auch hier zeigte sich eher eine kulturkritische Auswirkung: Nahezu alles wurde auf seinen „Warencharakter“ hin betrachtet und auf die Tauschwert- bzw. Gebrauchswert-Seite hin analysiert. Neben dem „Kapital“ waren es eher die Frühschriften, die rezipiert wurden – in Ausnahmefällen auch die „Grundrisse“.

5 Ich kann mich nicht daran erinnern, dass bei allem sonstigen Interesse für die „Jugend im Spätkapitalismus“ ein ähnliches Interesse für die Jugendfrage in der DDR bestanden hätte. So nahm man auch den Wandel von einer positiven Sicht der Jugend in den ersten 15 Jahren der DDR zu einer immer kritischeren Sicht nach dem Mauerbau kaum zur Kenntnis. Völlig naiv nahm man an, dass sich die westliche Jugendkultur und der mit ihr verbundene Protest auch in der DDR manifestieren würden.

6 Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begannen sich die Einstellungen in den Kirchen sehr, sehr langsam zu wandeln – bis dahin waren sie sehr oft eher CDU/CSU-nah mit einem teilweise extrem konservativen Personal, das einen häufig aggressiven Antikommunismus vertrat. Die Evangelische Kirche war nur in einigen Punkten „liberaler“ als die Katholische Kirche (z. B. die Frage der Scheidung oder des Zölibats). Dazu kam, dass die Bischöfe der Kirchen in der DDR in der westdeutschen Öffentlichkeit ihrerseits als prononcierte Antikommunisten bekannt waren (wie z. B. Bischof Dibelius); das Konzept einer „Kirche im Sozialismus“ war noch so gut wie unbekannt.

7 Dazu trug natürlich auch die Zensur in der DDR bei – die meisten für uns interessanten Publikationen waren dort verboten; wenn wir versuchten, Bücher oder Zeitschriften dieser Art bei Besuchen in der DDR dorthin mitzunehmen, wurden sie in der Regel konfisziert.

8 Die westdeutsche konservative Polemik benutzte immer wieder die DKP und die ihr verbundenen Organisationen, der außerparlamentarischen Opposition eine Nähe zum „Sowjetkommunismus“ anzudichten. Ein Beispiel dafür ist bis heute die publizistische Tätigkeit von Hubertus Knabe, dem gerade eben entlassenen Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Insbesondere seine Darstellung der westberliner ApO, die ich als (auch von der Stasi „bearbeiteter“) Zeitzeuge gut beurteilen kann, ist wissenschaftlich und faktisch völlig insdiskutabel.

9 Allerdings arbeitete die umweltkritische Bewegung in der DDR völlig eigenständig, wie etwa die Publikationen von Michael Beleites über die Wismut zeigen (1988 sowohl als Untergrund-Literatur unter dem Titel „Pechblende“ in der DDR sowie wenig später auch in der BRD veröffentlicht).

10 So kritisierte der undogmatische, 1919 im München ermordete Sozialist und Anarchist Gustav Landauer schon vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur kapitalistische, sondern auch marxistische Positionen. Er erprobte auch die praktische politische Umsetzung im Zusammenhang der bayrischen Rätebewegung 1918/19 und wurde daher 1919 von der radikalen Rechten umgebracht.

11 Von 1959 bis 1964 erschien sogar noch eine Zeitschrift mit diesem Titel, in der die damaligen ProtagonistInnen schrieben; sie wandte sich an die SED. Fragwürdig war, dass sie vom Verfassungsschutz (mit-)finanziert wurde. Das war in den frühen Jahren nicht der Fall – umgekehrt waren sie dem Verfassungsschutz eher verdächtig, bevor er auf die Idee kam, sie zu instrumentalisieren. Ebenso beobachtete die Stasi sehr genau, was da abließ, und versuchte die Personengruppe zu unterwandern (was ihr schließlich auch stellenweise gelang).

12 Es handelte sich wohl mehr um eine Einzelaktion von Heinz von Berg, einem DDR-Professor, der sich schließlich als Autor erwies und dem „Spiegel“ zurarbeitete, der daraufhin für einige Zeit in der DDR ganz erhebliche Schwierigkeiten bekam. Von Berg ging später in die Bundesrepublik. Größere Auswirkungen auf die SED-Mitgliedschaft sind nicht bekannt bzw. nicht belegt. Mit der Breitenwirkung von Bahros „Alternative“ ist dieser Impuls nicht zu vergleichen.

13 Selbstkritisch erkannte das beispielsweise Bernd Rabehl, der ebenfalls aus der DDR gekommen war und wie Dutschke eine prominente Person im SDS der 60er Jahre war. So äußerte er sich jedenfalls 1972 in der damals einflussreichen Zeitschrift „Kursbuch“ in deren Themenheft „Der Sozialismus als Staatsmacht: Ein Dilemma und fünf Berichte“ in einem ausführlichen Bericht über „Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen“. Zur europäischen Ebene äußert sich im gleichen Heft sehr ausführlich die damals prominente italienische undogmatische Sozialistin Rossana Rossanda: „Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken“. – Rabehl ist inzwischen politisch sehr weit nach rechts gegangen.

14 Ein Beispiel dafür ist der nach einigen Jahren Haft in Bautzen 1971 freigekaufte Michael Gartenschläger, der nach 1961 als Jugendlicher gegen den Mauerbau protestiert hatte. Als er sich in Hamburg als Fluchthelfer betätigte, wurde er dadurch bekannt, dass er mehrfach demonstrativ Selbstschuss-Automaten an der Grenze der DDR zur Bundesrepublik in der Nähe von Büchen abschraubte; bei einem dritten Versuch wurde er 1976 in einem dem Ablauf nach umstrittenen Schusswechsel mit einem Spezialeinheit der Stasi erschossen. Zur außerparlamentarischen linken Opposition hatte er keine Verbindung.

Keine Chance auf Meinungs- freiheit

**Der Prager Frühling
und der Bezirk Neubrandenburg**

Dr. Frank Wilhelm

Dr. Frank Wilhelm stammt aus Seelow an der Oder. Er ist Journalist beim „Nordkurier“ in Neubrandenburg. Er hat Pädagogik in Güstrow studiert und promovierte mit einer Arbeit zur literarischen Satire in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der frühen DDR.

Der „Prager Frühling“ scheint auf den ersten Blick weitestgehend ausforscht. Das trifft auch auf die Auswirkungen der Reformbewegung in der ČSSR und deren Niederschlagung am 21. August 1968 auf die DDR zu. Auf den zweiten Blick ergeben sich aber interessante, bislang unentdeckte Ereignisse und Schicksale, wenn man den Dingen tiefer auf den Grund geht, wenn man Weltgeschehen mit Regionalgeschichte, mit der Historie vor Ort verknüpft.

Daraus ergeben sich, beispielsweise bezogen auf den ehemaligen Bezirk Neubrandenburg, mehrere Fragen: Wie haben die Bürger auf die Demokratiebewegung im Nachbarland reagiert? Gab es Kritik an der Niederschlagung des Prager Frühling? Hatten die Ereignisse in der ČSSR Einfluss auf den Alltag der Menschen im Bezirk Neubrandenburg? Dass es sich hier noch um einen weitestgehend weißen Fleck der regionalen Geschichtsforschung handelt, zeigt sich an den fehlenden Publikationen zum Thema, was auch auf andere ehemalige Bezirke der DDR zutrifft.

Daraus folgt wiederum, dass auch das Wissen vieler Menschen über die Auswirkungen dieses für Europa einschneidenden historischen Ereignisses in ihrer Heimat gering ausgeprägt beziehungsweise nicht vorhanden ist. Dabei ist gerade die Erforschung der Regionalgeschichte in Wechselwirkung lohnenswert. Können Historiker erzählen, wie - um beim Beispiel zu bleiben - die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 von Menschen in Neubrandenburg, Neustrelitz, Anklam oder Malchin reflektiert wurde, wächst das Interesse für geschichtliche Ereignisse und damit auch das historische Wissen insgesamt.

Deshalb hat der „Nordkurier“ im September 2018 über acht Seiten eine Serie zum Thema „Der Prager Frühling und der Bezirk Neubrandenburg“ veröffentlicht, deren Extrakt im Folgenden dargestellt werden soll. Wie in der gesamten DDR wurde der Prager Frühling, noch mehr aber dessen Niederschlagung am 21. August 1968, von den Menschen reflektiert. Dies resultiert insbesondere aus der engen Verflechtung beider Staaten. Einerseits gehörten beide zur sozialistischen Staatengemeinschaft, andererseits gab es auch zahlreiche Kontakte auf persönlicher beziehungsweise privater Ebene. Viele DDR-Bürger waren ehemalige Sudetendeutsche, es gab viele Ehen zwischen deutschen und tschechischen Partnern, es existierte ein reger Austausch zwischen Betrieben, Universitäten und anderen Einrich-

tungen. Die ČSSR und Prag waren insbesondere auch bei der DDR-Jugend „angesagt“. 1967 wurde der visafreie Reiseverkehr zwischen der ČSSR und der DDR eingerichtet. „Die Jugendlichen konnten in der Tschechoslowakei Musik hören, die in der DDR verpönt war. Es gab Rockkonzerte, Schallplatten und Klamotten, die in der DDR nicht zu haben waren. Trotz der Sprachhürden wirkte gerade Prag wie ein Magnet auf die ostdeutschen Jugendlichen“, sagt der Historiker Bernd Florath.

Gerade die zahlreichen Reaktionen der DDR-Bürger auf die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes zeigt, dass die SED und ihre Sicherheitsorgane wie die Polizei und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) von der heftigen Gegenwehr überrascht waren. Bis Ende November 1968 wurde in der DDR von der Stasi 1.360 „wesentliche Vorkommnisse“ im Zusammenhang mit dem Einmarsch in der ČSSR registriert. Die Bürger äußerten ihre Kritik insbesondere mit Losungen in verschiedenster Form. DDR-weit wurden knapp 1.700 „Hetzlosungen“ registriert. Schwerpunktbezirke waren Berlin, Halle, Potsdam, Erfurt und Karl-Marx-Stadt. Vergleichsweise wenige Straftaten in Bezug auf die ČSSR stellte das MfS zwischen dem 21. August und Ende November 1968 im Bezirk Neubrandenburg fest. 77 „Delikte“, darunter 33 „Staatsverleumdungen“ wurden gezählt. In zehn Fällen kam es zur „Verbreitung selbstgefertigter Flugblätter“. Sorgen bereiteten insbesondere die Schwerpunktkreise Ueckermünde, Neubrandenburg, Prenzlau und Neustrelitz.

Sorgen musste dem MfS die vergleichsweise geringe Aufklärungsrate bereiten. Im Bezirk Neubrandenburg waren bis Ende November 36 Prozent der Fälle der Verbreitung von „Hetzlosungen“ aufgeklärt. DDR-weit waren es allerdings nur 22 Prozent. Der Altersdurchschnitt der vom MfS ermittelten Verdächtigen, die von den zuständigen Bezirksgerichten in der Regel auch als Täter verurteilt wurden, zeigt, dass der Protest gegen die Intervention überwiegend von jungen DDR-Bürgern ausgeübt wurde. Im Bezirk Neubrandenburg waren knapp 50 Prozent der Verdächtigen unter 25 Jahre alt. DDR-weit waren es 66 Prozent.

Insbesondere in den Tagen nach dem 21. August 1968 hatten die Polizei und das MfS, die schon einige Tage vorher in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden waren, alle Hände voll zu tun mit der Aufnahme von „Straftaten“. Diese konzentrierten sich vor allem auf den Vorwurf der „staatsfeindlichen Hetze“. Der berühmte Paragraph 106 des Anfang 1968 in Kraft gesetzten

Strafgesetzbuches der DDR war das Instrument, um jegliche Kritik am DDR-Staat und der SED strafrechtlich verfolgen zu können.

Der Lagebericht des Einsatzstabes der Stasi-Bezirksverwaltung Neubrandenburg vom 25. bis 26. August zeigt exemplarisch, dass das MfS mit den Meldungen, die im Zusammenhang mit der Niederschlagung des „Prager Frühling“ standen, kaum hinterherkam:

8.15 Uhr: Die MfS-Kreisdienststelle (KD) Prenzlau informiert über „Hetzlosungen“ an Hauswänden. Der Wortlaut der Losungen: „ČSSR lebe hoch“ und „Russen raus“.

8.35 Uhr: Eine VP-Streife entdeckt vor dem „Filmpalast“ in Neubrandenburg eine „Hetzschrift“: „Der Zonenchef Ulbricht geht neuerdings gegen die Klassenfreunde vor. Das ist die neue Verfassung.“

8.40 Uhr: Die Stasi in Pasewalk sichert in der Mitropa-Gaststätte eine Tischdecke mit einer „Schmiererei“. Mit blauem Kugelschreiber hatte ein Unbekannter geschrieben: „Dubček ja - Ulbricht nein“.

11.00 Uhr: In Klockow wird nahe der Bahnstrecke ein Flugblatt auf Tschechisch gefunden: „Erklärt allen Leuten bei Euch zu Hause, dass das tschechoslowakische Volk frei leben und seinen eigenen Weg gehen will. Bürger aus dem Kreis Teplice haben schon mit 20 000 Unterschriften ihren Willen bekundet.“ Daraufhin suchten Stasi-Leute entlang der Bahnstrecke zwischen Stavenhagen und Klockow nach weiteren Flugblättern.

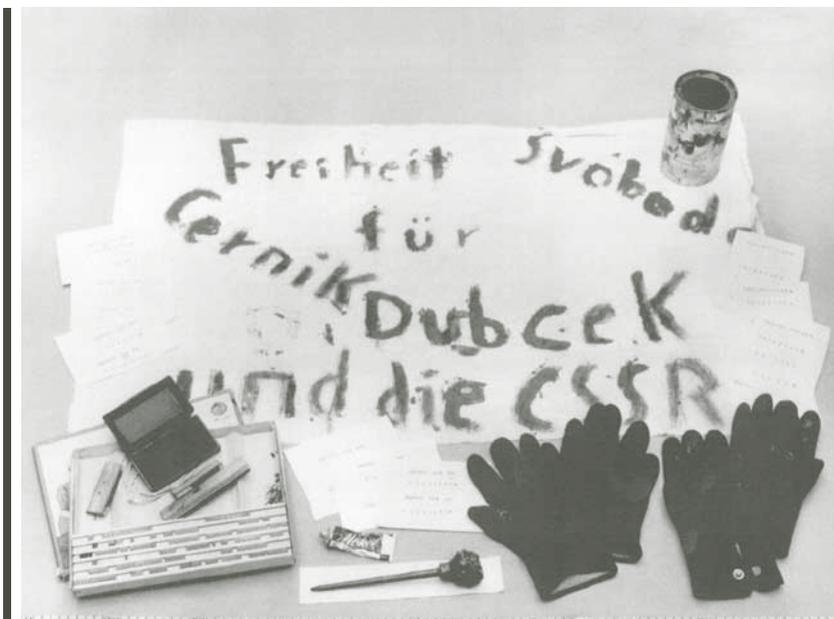


Dr. Frank Wilhelm berichtet von seinen Recherchen **Rudolf Leppin**

11.10 Uhr: In der Bahnhofsgaststätte Alt-Strelitz werden mehrere Bierdeckel entdeckt, die mit „Vivat Dubček“ und „Es lebe die Freiheit“ beschrieben sind. Das MfS recherchierte, dass zuvor mehrere Tschechen in der Gaststätte waren, die mittlerweile aber in ihr Heimatland abgereist seien. Die Deckel wurden eingezogen.

16.30 Uhr: An einem Verkehrsschild an der Fernverkehrsstraße 96 Neubrandenburg-Neustrelitz - Abzweig Tollensesee - wird ein Flugblatt festgestellt: „Arbeiterverräter Ulbricht Walter - Angriff fremder Nationen - wird mit Zuchthaus bestraft.“

Es ist der Vorteil einer Regionalzeitung, engen Kontakt mit den Lesern zu pflegen. So klärte ein Leser den Vorfall in der Mitropa Pasewalk nach 50 Jahren auf: Die Stasi hatte wenige Tage nach der „Tat“ zwei Verdächtige dingfest gemacht, die „Dubček ja - Ulbricht nein“ auf die Tischdecke geschrieben hatten. Es handelte sich um zwei 21-jährige Arbeitskollegen von Rolf Wernecke, der heute in Röbel wohnt. „Eine Kellnerin zeigte es bei der Trapo (Transportpolizei) Pasewalk an. Die zwei Männer wurden zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt und waren von November 1968 bis



Stempelkasten, Handschuhe und weitere Beweisstücke stellte das MfS im Garten der Eltern des Jüngsten aus dem Quartett der Warrener Flugblatt-Drucker sicher **BStU**

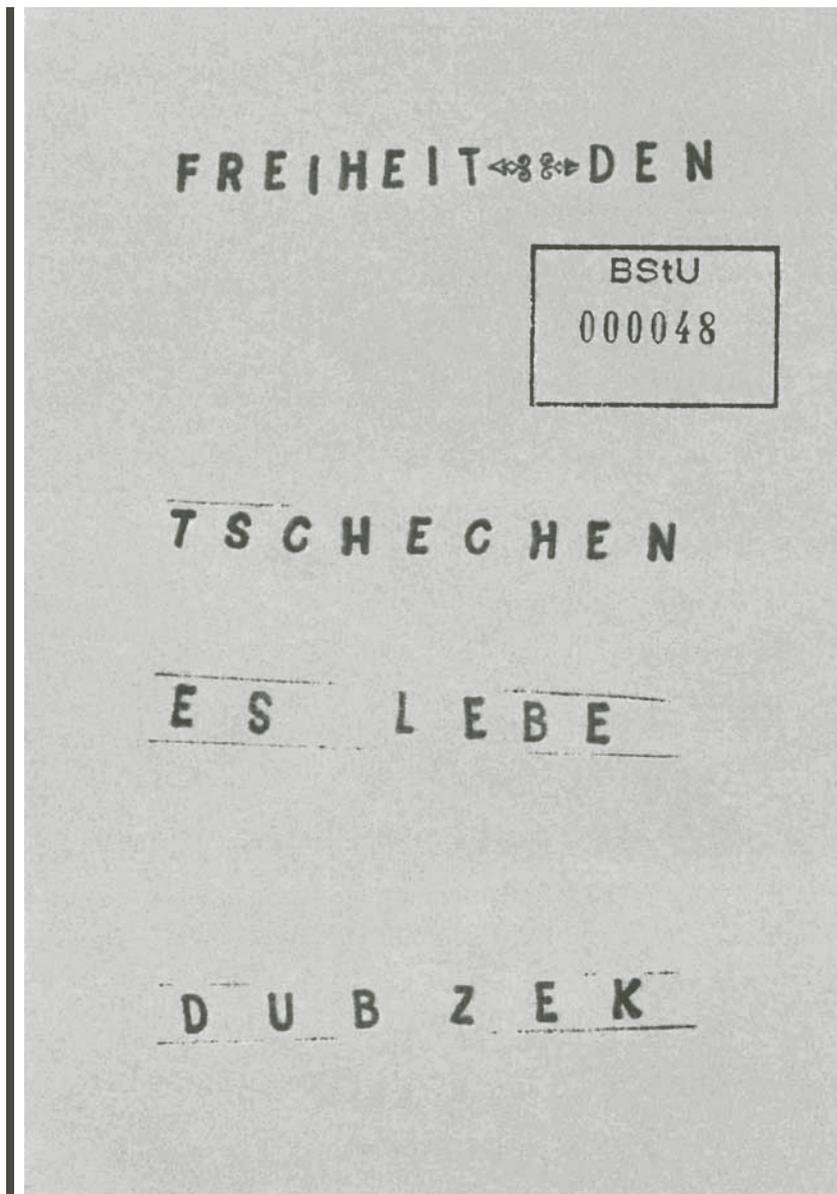
Ende April 1969 auf der Insel Ummanz in Haft“, schrieb Wernecke an die Redaktion.

Die Liste der Vorkommnisse der 24-Stunden-Schicht des MfS-Einsatzstabes vom 25. auf den 26. August 1968, die im Zusammenhang mit der ČSSR stehen, ist längst nicht vollständig. Auch in der folgenden Nacht mussten die Geheimdienstler etliche Anzeigen aufnehmen. Viele Bürger ließen sich von der Propaganda der SED-gelenkten Medien offensichtlich nicht überzeugen. Dabei hatte die „Freie Erde“, die damalige SED-Bezirkszeitung, bereits am 21. August in einer Sonderausgabe die Militäraktion mit einer Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS und einer Erklärung des SED-Zentralkomitees sowie des Staats- und des Ministerrates der DDR gerechtfertigt. Auch das „Neue Deutschland“ brachte die langen, gleichlautenden Texte bereits in der Ausgabe vom 21. August, obwohl die ersten Truppen der Sowjetarmee erst am Vorabend den Flugplatz in Prag besetzt hatten.

Konnten Polizei und MfS Verursacher von „Hetzschriften“ dingfest machen, drohten den Angeklagten oft jahrelange Haftstrafen. In den Akten der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU) sind allein aus dem Bezirk Neubrandenburg etwa ein Dutzend Urteile erhalten geblieben, die dokumentieren, welche drakonischen Strafen das Bezirksgericht für angeblich „staatsfeindliche Hetze“ verhängt: für „Vergehen“, die seit der Wende unter den Schutz der Meinungsfreiheit gestellt sind. Ein Schmied zum Beispiel, der in der LPG „Wilhelm Liebknecht“ in Rollwitz bei Pasewalk arbeitete, hatte in der Kneipe und in Gesprächen mit Kollegen keine Mördergrube aus seinem Herzen gemacht, was die Intervention in Prag betrifft. Diese sei ein „Akt gegen das tschechische Volk“, meinte der 33-Jährige, wie in seinem Urteil vom 22. Januar 1969 ausgeführt ist. Zwei Jahre und vier Monate Freiheitsstrafe brachte ihm seine flotte Zunge ein; mehr als zwei Jahre Gefängnis, nur weil er seine Meinung geäußert hat.

Ein Fall aus Waren zeigt, dass Polizei, MfS und Justizorgane auch vor Jugendlichen keinen Halt machten, wenn es Kritik an der Niederschlagung des „Prager Frühling“ gab: Am Nachmittag und Abend des 23. August tauchten an zahlreichen Stellen in Waren Zettel mit der Aufschrift „FREIHEIT DEN TSCHECHEN“ und „ES LEBE DUBZEK“ auf: an Sitzbänken und Bäumen, in der Nähe der Gaststätte „Paulshöhe“ und an einem Schild des Ferienlagers des VEB Kraftverkehrs Bitterfeld. Nicht schlecht staunte ein

Hauptmann der Volkspolizei Waren, als er abends an der Haustür seiner Wohnung in der Thomas-Mann-Straße eine „feindliche“ Losung entdeckte. Er alarmierte sofort seine Dienststelle, woraufhin es zu einer groß angeleg-



Eines der Flugblätter, die die Warener Jungen im Stadtgebiet verteilt hatten **BStU**



Das Beweisfoto der Stasi zeigt, dass die Warener Jungs eines ihrer Flugblätter auch an einen Lkw geklebt hatten **BStU**

ten Suchaktion kam. Vierzehn weitere „Hetzschriften“ wurden an Haustüren, Gartenzäunen, Bushaltestellen, am Gebäude des VEB Teigwarenwerkes, am Bahnhof und an einem Lkw der Marke „Robur“ entdeckt.

Ein Laster-Fahrer, der leere Milchkästen transportierte, sorgte dafür, dass einzelne Flugblätter in den Konsum Möllenhagen - gelegen zwischen Waren und Neubrandenburg - und die Molkerei Neubrandenburg gelangten. Die Staatsmacht konnte aber auf die Mithilfe der Bevölkerung beim Einsammeln rechnen. „Der Verkaufsstellenleiter übergab das von ihm gefundene Flugblatt dem Bürgermeister der Gemeinde Möllenhagen, der die Sicherheitsorgane verständigte“, notierte die Stasi.

Leicht haben es die Flugblattdrucker den Ermittlern nicht gemacht. Kripo und MfS benötigten fast zwei Wochen, um die Verdächtigen zu ermitteln. Die „Drucker“ hatten Handschuhe verwendet, sodass die Kripobeamtinnen aus dem Volkspolizeikreisamt Waren bei der Spurensuche im Trüben fischten. „Keinerlei Papillarlinienspuren sichtbar“ vermerkte Leutnant Rau in seinem Bericht am 31. August 1968. Auch die Genossen eine Etage höher in der Bezirksdirektion der Polizei (BDVP) Neubrandenburg, kamen nicht viel weiter.

Zugleich wurde das zentrale Labor des MfS in Berlin eingeschaltet, um die Flugblattaktion in Waren aufzuklären. Vier MfS-Offiziere nahmen die aufgetauchten Flugblätter, den dazugehörigen Stempelkasten sowie den verwendeten Klebstoff unter die Lupe: ein Diplom-Chemiker, ein Chemie-Ingenieur, ein Ingenieur für Polygrafie und ein Chemo-Techniker kamen zu dem Schluss, dass die Flugblätter im A6-Format mit den untersuchten Stempeln samt Stempelfarbe produziert wurden. Neun Seiten umfasste das Gutachten, mit dem vier Jugendliche aus Waren überführt wurden. Sie hatten nach dem Einmarsch der Truppen in die ČSSR rund 150 Flugblätter „Freiheit den Tschechen“ gedruckt und Dutzende davon verteilt.

Doch wer waren die unbekanntenen Flugblatt-Drucker aus Waren? Es handelte sich um vier Jungen, von denen einer erst 14, die anderen 15 beziehungsweise 16 Jahre alt waren, wie aus den BStU-Akten hervorgeht. Das Quartett kannte sich. Einer ging noch in die Polytechnische Oberschule (POS) in Waren, die anderen drei hatten zum 1. August eine Lehre als Elektriker, Kraftfahrer beziehungsweise Eisenbahner begonnen. Der künftige Eisenbahner wurde später von der Staatsanwaltschaft als Rädelsführer ausgemacht. Bei seinen Verhören in der Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Neustrelitz schilderte er, wie es zu der Flugblattaktion kam: Am 23. August habe er morgens im Rias, einem Radiosender in Westberlin, Nachrichten über die ČSSR gehört. Er entschloss sich, gegen die Intervention zu protestieren.

Zunächst habe er ein weißes Tuch mit der Aufschrift „Freiheit für Svoboda, Dubček, Cernier und die ČSSR“ bemalt. Zusammen mit seinen drei Freunden beschloss er dann, Flugblätter herzustellen, mit dem Druckkasten „Famos 504“ seines Vaters. Einer der Freunde besorgte vier Schreibhefte, die auf A6-Format zurechtgeschnitten wurden. Ursprünglich wollten die Jungs „Freiheit für die ČSSR“ auf die Zettel drucken. Allerdings fand sich im Kasten nur ein großes „S“. Deshalb einigte man sich auf „Freiheit den Tschechen“. Gegen Mittag hatte das Quartett an die 30 Flugblätter produziert.

Bewaffnet mit Klebstoff und zehn Flugblättern machte sich der Eisenbahnerlehrling am 23. August gegen 14 Uhr auf, um die Losungen an Bänke und Schilder zu kleben. Am frühen Abend gingen die Jungs noch einmal in Richtung See. Zu diesem Zeitpunkt waren die ersten Zettel bereits entdeckt. Ein Polizist befragte die Jungs, konnte allerdings nicht ahnen, dass er die Hobby-Drucker vor sich hatte.

Trotzdem verteilten die Jugendlichen in der Nacht weitere Losungen in Waren. Am Vormittag des folgenden Tages wurde fleißig weiter gestempelt, am Nachmittag dann entdeckte die Mutter des Eisenbahnerlehrlings rund 100 weitere „Hetzschriften“ unter der Matratze. Er musste die Zettel unter ihrer Aufsicht verbrennen. Wie die Polizei und die Stasi dem Quartett letztlich auf die Schliche kamen, geht aus den MfS-Dokumenten nicht hervor. Am 5. September wurden alle in den Stasi-Knast Neustrelitz eingeliefert und stundenlangen Verhören unterzogen.

Am 6. Dezember folgte die Verhandlung am Bezirksgericht Neubrandenburg. Dass die Angeklagten noch Jugendliche waren, wischte Oberrichter Goldberg vom Tisch. Sie hätten sich zu „Handlangern“ von Westmedien gemacht und daraufhin „Hetzmeldungen“ hergestellt und verbreitet, „woraus folgt, dass sie schuldig sind und vorsätzlich handelten“, heißt es im Urteil. Die Strafen für die Jugendlichen beliefen sich auf ein Jahr bis ein Jahr und zehn Monate Freiheitsentzug, obwohl das Strafgesetzbuch für Jugendliche mildere Sanktionen wie Bewährungsstrafen oder die „Auferlegung besonderer Pflichten“ zugelassen hätte.

Die Warener hatten Glück im Unglück: Nachdem die Gefängnisse in der DDR aufgrund einer Flut ähnlicher Urteile gerade auch gegen junge Menschen Ende 1968 an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt waren, wies der Generalstaatsanwalt die Staatsanwaltschaften an, Strafaussetzungen zu prüfen und zu gewähren. Am 20. Dezember 1968 kamen die Jungen auf freien Fuß, ohne rehabilitiert zu werden. Die folgenden zwei Jahre Bewährungszeit durften sie sich freilich nichts mehr zuschulden kommen lassen.

Im Zuge der Recherche konnte 50 Jahre später keiner der damaligen Warener Jungs ausfindig gemacht werden. In Reaktion auf den Beitrag im „Nordkurier“ meldete sich der Bruder des ehemaligen, inzwischen verstorbenen Eisenbahnerlehrlings. Dem Bruder verdanke ich den Hinweis auf den damals jüngsten Flugblatt-Drucker, den 14-jährigen Lehrling beim VEB Kraftverkehr. Karl L., der gerade erst seine Lehre als Berufskraftfahrer angefangen hatte, wurde am 6. September 1968 gegen drei Uhr zu Hause verhaftet. „Sie kamen früh morgens. Ich musste raus aus dem Bett, mich anziehen und ab ging's.“ Wie die Ermittler konkret auf die Jungs gestoßen waren, weiß er bis heute nicht. Jedenfalls fand die Polizei irgendwann auch den Stempelkasten, Handschuhe und weitere Utensilien, die Karl auf dem Hof der Eltern in Waren vergraben hatte.

Ohne voneinander zu wissen oder sich zu sehen, wurden alle vier in die U-Haft nach Neustrelitz transportiert. Karl hat seine karge Zelle auch 50 Jahre danach noch klar vor Augen: „Ein Stuhl, ein Tisch, zwei Pritschen links und rechts. Ein Fenster aus Glasbausteinen in der Wand.“ Gleich rechts neben der Tür stand der Kübel für die Notdurft. Der musste jeden Morgen ausgeschüttet und mit Chlor desinfiziert werden. „Wer sich danach als Erster wieder draufgesetzt hatte, hat sich den Arsch verbrannt.“ Die ersten zwei Wochen saß der Junge in Isolationshaft, allein in seiner Zelle - typisch für die Taktik der Stasi-Vernehmer. „Die wollten einen psychisch kaputt spielen.“ Eine gewisse Abwechslung brachten nur die stundenlangen Verhöre alle zwei bis drei Tage. Den 15. Geburtstag „feierte“ Karl in der U-Haft. Seine Eltern sah der Junge bis zur Verhandlung am 6. Dezember 1968 nicht. Ein Anwalt kam irgendwann zu ihm ins Gefängnis. Als er „das Parteiabzeichen an der Jacke“ sah, war ihm klar, dass er ihm nicht groß helfen würde. Das Protokoll der Verhandlung vermerkt die Anwesenheit von zwei Verteidigern für die vier Angeklagten.

Der Fall Karl L. zeigt, dass das 50 Jahre zurückliegende Geschehen bis heute nachwirkt. Bislang hat er nur mit seiner Frau über die Flugblattaktion und seine anschließende Inhaftierung gesprochen. Eine Rehabilitierung hat er nach der Wende nicht beantragt, obwohl ihm, wie allen in der DDR wegen „staatsfeindlicher Hetze“ oder „Boykotthetze“ Verurteilten, laut „Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz“ sogar eine finanzielle Entschädigung zustehen würde.

Die Artikel-Serie im „Nordkurier“ konnte dank zahlreicher Leserreaktionen und weiterer Recherchen auf vier weitere ganzseitige Folgen erweitert werden. Die Resonanz zeigt, dass es sich lohnt, regionale Geschichte vor dem Hintergrund wichtiger internationaler Ereignisse näher zu beleuchten. Weltereignisse bekommen durch die Geschichten und die Geschichte vor Ort ein Gesicht. Regionalhistorie eignet sich daher insbesondere für die Vermittlung von Geschichte in Schulen und im Studium. Gerade das umfangreich vorhandene Material aus den Bezirken Neubrandenburg, Schwedt und Rostock zum „Prager Frühling“ dürfte sich, wenn es aufgearbeitet würde, für die Vermittlung im Unterricht eignen. Da viele der Verurteilten seinerzeit gleich alt oder nur unwesentlich älter waren als die damals Verfolgten, könnte sich eine Art von Identifikation ergeben. Geschichte könnte zugleich am authentischen Ort erklärt werden, etwa in dem noch

vorhandenen Komplex der U-Haftanstalt in Neustrelitz, wo es eine Etage im originalen Zustand der 1970er Jahre gibt.

Mit der weiteren Erforschung der regionalen Aspekte der Reaktionen auf die Niederschlagung des „Prager Frühling“ ließen sich historische Leerstellen wie Alltagserfahrungen in der DDR 1968/69, die Reaktionen von Künstlern auf den Prager Frühling und schließlich das komplexe Zusammenwirken von Polizei, MfS, Staatsanwaltschaften und Gerichten füllen. Nicht zuletzt sollten uns die drakonischen Maßnahmen von Stasi und Justiz in der DDR in den Monaten nach dem 21. August 1968 lehren, welch hohes Gut die Meinungsfreiheit heute darstellt.

1968, Prager Frühling

**und die evangelischen Landeskirchen
in der DDR¹**

Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski

Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski ist Pfarrerin in Bautzen und hat einen Lehrauftrag für Kirchengeschichte an der evangelischen Hochschule Moritzburg. Sie hat in Leipzig, Prag und Dublin studiert.

„Ich bin für Dubček, er hat nur sein Bestes für sein Land gewollt. Seine Art Kommunismus hätte mir auch gefallen.“⁴² So kommentierte ein Pfarrer der damaligen mecklenburgischen Landeskirche bei einer der üblichen Gesprächsversuche seitens der CDU seine Meinung im August 1968. Es ist eine typische Aussage, die im Sommer 1968 in ähnlicher Form landauf landab zu hören war. Wer sich mit 1968 in der DDR beschäftigt, kommt am Prager Frühling nicht vorbei. Das gilt auch für die evangelischen Landeskirchen.

Zur kirchlichen Situation 1968 in der DDR

Hauptschwierigkeit war 1968 in der DDR für die Kirchen wie für die einzelnen Gläubigen zunächst der durch Walter Ulbricht Anfang des Jahres vorgestellte Verfassungsentwurf. In der Verfassung von 1949 waren weitgehend Religionsartikel aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen worden. Zumindest theoretisch waren hier noch viele religiöse Rechte für Einzelne wie für die Kirchen zugesichert, von Regelungen zu Eigentum und Religionsunterricht bis hin zum Recht der Kirchen zu Lebensfragen des Volkes Stellung zu beziehen. Nun war nur ein unbestimmter Artikel 38 vorgesehen, in dem die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht Bestandteil war. Die Kirchen drohten in einen rechtsfreien Raum abzudriften, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in der DDR zur verfassungswidrigen Organisation zu werden.

Um letzterem zu begegnen, suchte ab Juni 1968 eine kirchliche Strukturkommission nach einer Lösung, die schließlich 1969 in die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mündete. An der staatlich verordneten Diskussion über die Verfassung versuchten sich Kirchen wie einzelne Gläubige zu beteiligen. Die Bischöfe schrieben an Walter Ulbricht, die meisten Synoden, so auch die Synode der Landeskirche Mecklenburgs, schrieben eigene Eingaben an die Verfassungskommissionen. 7.070 davon, also mehr als die Hälfte aller Eingaben, bezogen sich auf die Frage der Religions- und Gewissensfreiheit. Letztere wurde immerhin nachträglich in die Verfassung aufgenommen. Allerdings waren im Endeffekt alle Rechte laut Verfassung von der sozialistischen Zweckdienlichkeit abhängig.

In den staatlich organisierten Diskussionen wurde ab März 1968 der beginnende Prager Frühling spürbar, als sich Stimmen mehrten, die wirkliche Diskussion und Demokratisierung anmahnten. Die Verfassungsdiskussion wurde abgebrochen. In der Abstimmung Anfang April, in der mit „Ja“ oder

„Nein“ gestimmt werden konnte, stimmten letztendlich 94,49 Prozent der Bevölkerung mit „Ja“.³

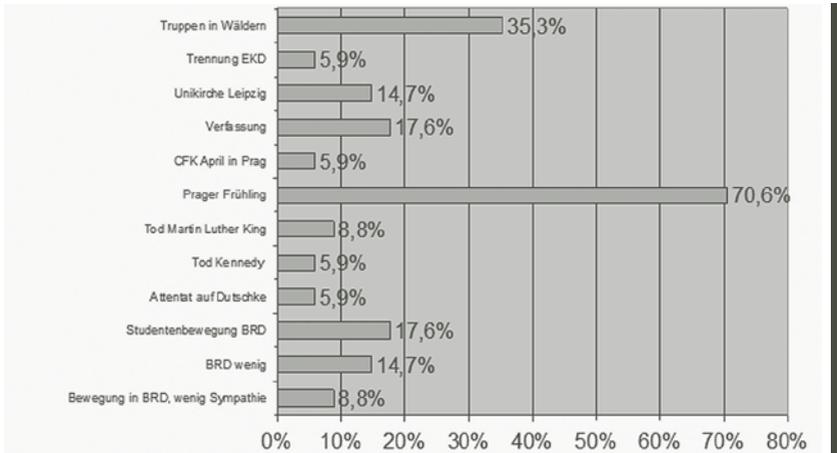
Besonders für die Sächsische Landeskirche war im Frühjahr 1968 die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig am 30. Mai 1968 ein traumatisches Ereignis.⁴ Innerkirchliche Fragen waren 1968 der neue gemeinsame Text des Vaterunsers und die sich allmählich durchsetzende Frauenordination. Für die einzelnen Gläubigen waren wie während der gesamten DDR die Fragen um die Bildungseinschränkungen auch 1968 virulent. Zudem fielen 1968 erstmals verschiedene Feiertage wie Oster- und Pfingstmontag, Himmelfahrt oder der Reformationstag weg.

Fragt man - wie mit Fragebögen für meine Dissertation geschehen - kirchliche Zeitzeugen, was für sie in der Rückschau Aspekte von 1968 waren, die sie in der DDR wahrnahmen, fällt auf, dass weder allgemeine Ereignisse von 1968, noch die die Kirchen am meisten bedrängenden Probleme so häufig erinnert wurden, wie Aspekte, die mit dem Prager Frühling in Verbindung stehen.⁵ Dabei ist zu beachten, dass die Ergebnisse der Fragebogenuntersuchung nur Tendenzen aufzeigen können und Verzerrungen aufweisen können. Denn die Zeitzeugen wussten aus den anderen Fragen,



Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski diskutiert zur Rolle der Kirche **Rudolf Leppin**

dass es um 1968 und speziell um den Prager Frühling ging. Dennoch fällt auf, dass etwa ein Drittel die militärische Präsenz erinnert, die direkt mit den Ereignissen in der ČSSR in Verbindung stand.



Aspekte von 1968, die in der DDR wahrgenommen wurden **eigene Berechnungen auf Basis des Fragebogens. Frage: Welche Aspekte des Prager Frühlings haben Sie in der DDR wahrgenommen und welche waren ihnen wichtig? Angaben in %. N = 34**

Der Blick Richtung ČSSR

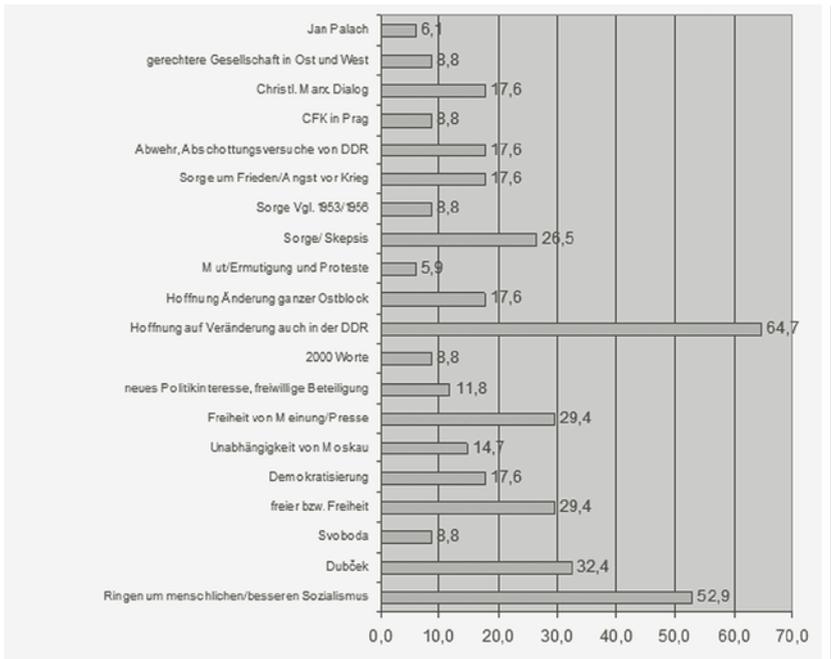
Es ist nicht verwunderlich, dass die sich ändernde Situation im Nachbarland ČSSR mit brennender Neugier verfolgt wurde. Denn jene Veränderungen hatten etwas mit der eigenen Perspektive in einem ebenfalls realsozialistischen Land zu tun. Die sich allmählich öffnende tschechoslowakische Gesellschaft bot auch für die dortigen Kirchen neue Freiräume. Für die Kirchen in der ČSSR war dies überlebensnotwendig. Die Reformkommunisten hatten 1968 nicht die Kirchen im Blick. Und allein nicht im Blick zu sein, war schon eine Verbesserung. Denn sie waren viel abhängiger von der jeweiligen parteipolitischen Linie der KPČ als die Kirchen in der DDR. Die Kirchen in der ČSSR hatten bereits 1949 schmerzhaft Einschnitte in ihre Rechte hinnehmen müssen. Ihr Eigentum wurde staatlich kontrolliert. Weder konnten sie ihre Angestellten selbst bezahlen noch hatten sie eigene Bildungseinrichtungen. Um als Geistlicher arbeiten zu können, bedurfte es einer staatlichen Lizenz, die stets auch wieder eingezogen werden konnte. Relativ spät begannen die Kirchen daher, sich um ihre Rechte zu bemühen.

Nach dem 21. August 1968 waren die Kirchen in der Tschechoslowakei Teil

des gewaltlosen Widerstandes. Kirchen schrieben zum Beispiel Solidaritätsbriefe an die Regierung. Jan Palach, der sich Mitte Januar 1969 selbst verbrannte, war Mitglied der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder und wurde von Jakub Trojan, damals Pfarrer, später Unterzeichner der „Charta 77“, beerdigt. Im Zuge der Normalisierung knickten die Kirchenleitungen unter staatlichem Druck weitgehend ein.

Um an unverfälschte Informationen aus dem Nachbarland zu gelangen, nutzten die Kirchen ihre seit Mitte der 1950er Jahre aufgebauten Kontakte auf allen kirchlichen Ebenen bis in die Gemeinden und private Beziehungen hinein. Schon im April 1968 berichtete beispielsweise der Ökumenebeauftragte der evangelischen Bischöfe Walter Pabst von einer Reise in die ČSSR, dass Gängeleien wie die Anmeldungen von Veranstaltungen oder Schwierigkeiten bei schlichten Vertretungsdiensten weggefallen wären. Im Mai ergänzte er: „Heute schon ist die Kirche in allen ihren Arbeitszweigen so gut wie völlig frei; lediglich bei Pfarrstellenbesetzungen muss noch die Zustimmung der Regierung eingeholt werden, da die Pfarrer ihre Besoldung vom Staat empfangen.“⁶

Ab Mitte März 1968 berichtete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) regelmäßig über das zunehmende Interesse für die Prager Entwicklungen in allen Bevölkerungsschichten in der DDR.⁷ Während es im März über kirchliche Kreise noch hieß, dass diese vor allem versuchten, über die Kontakte zu den Kirchen in der ČSSR Informationen zu erhalten,⁸ berichtete es im Mai, dass „einige reaktionäre evangelische Würdenträger in der DDR offen mit den Ereignissen in der ČSSR sympathisieren.“⁹ Hintergrund war die vielfach in den Quellen geäußerte, aber auch in der Rückschau erinnerte Hoffnung, dass es auch in der DDR zu Veränderungen kommen könnte. Mehr als die Hälfte der Zeitzeugen erinnerte die Reformprozesse als Ringen um einen menschlicheren beziehungsweise besseren Sozialismus. Ein Zeitzeuge schrieb: „Dubček war unser Idol. Riesige Hoffnung. Ständig deutschsprachige Sendungen aus Prag gehört, in denen offen über alles gesprochen wurde. So was hatte man noch nie gehört. ... Hoffnung, dass Prag gelingt und nach der DDR überschwappt.“¹⁰ Etwa ein Viertel der Zeitzeugen gab Sorgen und Skepsis an, wobei der direkte Vergleich zu 1953 in der DDR oder 1956 in Ungarn von erstaunlich wenigen Befragten genannt wurde. Darüberhinaus erinnerten Zeitzeugen unterschiedliche Aspekte des Prager Frühlings.



Aspekte des Prager Frühlings, die in der DDR wahrgenommen wurden **eigene Berechnungen auf Basis des Fragebogens. Frage: Welche Aspekte des Prager Frühlings haben Sie in der DDR wahrgenommen und welche waren ihnen wichtig? Angaben in %. N = 34**

Die Hoffnungen waren dabei eher diffus. Nur die „2000 Worte“¹¹ wurden konkret benannt. Es gehe allgemein um Freiheit, dass Meinung und Presse frei sein sollten, dass es offener und freier in der DDR zugehe, um Demokratisierung, dass man etwas unabhängiger von der UdSSR sei. „Es lag so etwas wie ein Hoffnungslied in der Luft, es könnte auch in der DDR so was geben wie einen ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘. Wie das konkret aussehen sollte, war mir nicht klar. Auf jeden Fall hatte er was mit ‚Freiheit‘ und ‚Menschenwürde‘ zu tun.“¹²

Der Blick nach Prag bedeutete anscheinend Hoffnung für die eigene Situation, ohne ihn mit spezifischem Inhalt tschechoslowakischer Debatten füllen zu müssen. Für die Kirchen sah es so aus, dass sich ein sozialistisches System, welches die Kirchen nicht als feindliche Elemente betrachtete, sondern sie schlicht in Ruhe ließ, schon beinahe wie Freiheit anfühlte. So wurde „Prag“ zu einem Synonym für Demokratisierung, mehr Freiheit und weniger Druck. Nach dem 21. August 1968 kamen die binationalen staatlichen

Kontakte zwischen ČSSR und DDR zum Erliegen.¹³ Die einzige gegenläufige Tendenz bildeten die kirchlichen Beziehungen. Die persönlichen Kontakte waren eine starke Handlungsmotivation.

Handlungsmotivationen im Herbst 1968

Nach der völkerrechtswidrigen militärischen Beendigung des reformkommunistischen Prozesses beginnend mit dem 21. August 1968 forderte die SED allenthalben Zustimmungserklärungen - so auch von den Kirchen. Im Angesicht militärischer Gewalt waren die Möglichkeiten darauf zu reagieren sehr beschränkt. Die Motivationen, warum wer wie handelte, waren unterschiedlich und sind nicht eindimensional zu erklären.

Als stärkster Handlungsmotor erwies sich jedoch die propagandistische Lüge der SED, die NVA sei direkt am militärischen Einsatz beteiligt gewesen. Die historische Schuld wurde zum Beispiel in Losungen wie „1938 - 1968“ thematisiert.¹⁴ Eine weitere wichtige Handlungsmotivation war die enttäuschte Hoffnung auf Reformen in der DDR.¹⁵ Nicht zu unterschätzen sind die geknüpften persönlichen Kontakte und das eigene Erleben in der ČSSR. Kurz kann gesagt werden: Je enger die persönlichen Kontakte zwischen Ostdeutschen und Tschechoslowakischen Christinnen und Christen war, desto stärker war die Bereitschaft, gegen die Okkupation in irgendeiner Weise zu protestieren.

Der Generalsuperintendent von Cottbus, Günter Jacob, war beispielsweise einer der Mitinitiatoren der Kanzelabkündigung von Berlin-Brandenburg und begründete seine Ablehnung des 21. August mit seiner persönlichen Freundschaft unter anderem zu Josef L. Hromádka.¹⁶ Der sächsische Superintendent von Karl-Marx-Stadt I, Gotthart Fehlberg, sagte direkt am 21. August seine Beteiligung an der Bezirksdelegiertenkonferenz der CDU ab. Er habe bis zum vorhergehenden Tag Besuch aus der ČSSR gehabt. Der Pfarrer habe ihm erzählt, „dass die christlichen Kirchen in der ČSSR angesichts der Entwicklung in der letzten Zeit sehr aufgeatmet hätten und mit dem bisher eingeschlagenen Kurs voll einverstanden waren.“¹⁷ Er bat seine Kirchenleitung auch um einen Solidaritätsbrief, was aber nicht geschah. Und mehrere Mädchen, die aufgrund von Flugblättern inhaftiert wurden, hatten zuvor an einer kirchlichen Jugendfreizeit in der ČSSR teilgenommen. Die auf unterschiedlichen kirchlichen Ebenen anhaltenden Kontakte waren wichtig für die anhaltende Versöhnungsarbeit.

Weitere Handlungsmotivationen waren die in Grenznähe selbst erlebten Truppenbewegungen, theologische Grundüberzeugungen, dass zum Beispiel Krieg gegen Gottes Willen ist, oder etwa die politische Grundüberzeugung, dass Sozialismus mit Kirche nichts zu tun hat, und die angemessenste Reaktion daher keine Reaktion sei.

Kirchliche Reaktionen auf die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings

„Starke Empörung, Lähmung, Trauer, Resignation, Verdrängung, Erfahrung der Ohnmacht, Verhaftungen von bekannten Kommilitonen, ... Drohungen.“¹⁸ So beschrieb eine sächsische Pfarrerin in der Rückschau ihr Erleben des 21. August 1968 - dem Tag der militärischen Invasion in die ČSSR. Mit ähnlichen depressiven oder resignierten Worten umschrieb fast die Hälfte aller Zeitzeugen ihre Empfindungen und Erinnerungen.

Die Kirchenleitungen in der DDR suchten nach Wegen, wie sie sich in dieser Situation verhalten sollten, konnten sich jedoch nicht einigen. „Wenn ich, ohne Näheres über die Vorgänge in der ČSSR zu wissen, in der Bischofskonferenz am 24. 8. 1968 dringend mahnte, von einer Kanzelabkündigung abzusehen, da die wenigen Informationen sich widersprächen, und wir nicht wissen könnten, ob wir den Kirchen in der ČSSR mit einer Abkündigung einen guten Dienst tun würden, ... bin (ich) um der Sache willen froh, dass die meisten der evangelischen Kirchen in der DDR meinen Rat beachtet haben.“¹⁹ So äußerte sich der thüringische Landesbischof Moritz Mitzenheim in einem Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, vom März 1969. An Mitzenheims Veto war im Herbst 1968 ein gemeinsames Vorgehen der acht ostdeutschen Landeskirchen gescheitert. An dieser Stelle war die staatliche Differenzierungspolitik erfolgreich gewesen.

Zur Debatte hatten auf der außerordentlichen Bischofskonferenz ein Wort an Walter Ulbricht, ein Wort an die Gemeinden oder wenigstens konkrete Fürbittenaufrufe gestanden. Gegen Mitzenheim einigten sich die anderen leitenden Geistlichen letztendlich auf Fürbitten für Frieden unter expliziter Erwähnung der ČSSR. Weitere Entscheidungen waren den Landeskirchen vorbehalten.

Die einzelnen Landeskirchen reagierten unterschiedlich.²⁰ Mitzenheim war

der Ansicht, dass ein „vielsagendes“ Schweigen und ansonsten die agendarischen Fürbitten für Thüringen ausreichen.²¹ Auch die Greifswalder Kirchenleitung äußerte sich nicht. Der anhaltinische Kirchenpräsident Martin Müller äußerte gegenüber staatlichen Stellen, dass seine Kirche nichts zu tun gedenke. In seinem Synodenbericht erklärte er aber, dass die Gemeinden zu Fürbitten für die ČSSR aufgerufen worden seien und lobte gewaltlosen Widerstand. Der mecklenburgische Landesbischof Niklot Beste gab einen Fürbittaufruf ohne Nennung der ČSSR heraus. Die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen beschloss, ein durch Landesbischof Johannes Jänicke formuliertes Wort an die Gemeinden zu geben. Unter staatlichem Druck wurde es jedoch zurückgezogen. Außerdem wurde ein Solidaritätsbrief an die Kirchen in der ČSSR geschrieben, der allerdings nur auf der Synode verlesen wurde. Der sächsische Landesbischof Gottfried Noth schrieb einen Brief an die Pfarrer mit Fürbittaufruf unter Nennung der ČSSR und betete die Fürbitte selbst im Gottesdienst in der Dresdener Kreuzkirche. Der Gölitzer Landesbischof Hans-Joachim Fränkel gab einen kurzen Fürbittaufruf an die Gemeinden heraus, in welchem er um Vergebung bat. Im Dezember 1968 schrieb er einen Brief an Walter Ulbricht, in welchem er sich für die nach dem 21. August Inhaftierten einsetzte. Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg beschloss einen Solidaritätsbrief an die Kirchen in der ČSSR zu schreiben und diesen als Kanzelabkündigung verlesen zu lassen.

Die Kanzelabkündigung an sich formulierte eher harmlos.²² Sie verwies auf die persönlichen Begegnungen, und dass man in schwieriger Situation zusammenhalten wollte. Vorsichtig wurde der gewaltfreie Widerstand begrüßt und die militärische Lösung sowie die Beteiligung Deutscher abgelehnt.²³ Die staatlichen Reaktionen zeigen, dass der Brief nicht für harmlos gehalten wurde. Er sei „eine für die Kirchen unzulässige Einmischung in Angelegenheiten der sozialistischen Außenpolitik wie überhaupt der sozialistischen Staatspolitik. (... Er) begünstigt objektiv die Kräfte der Konterrevolution und diffamiert die sozialistische Hilfe der fünf sozialistischen Bruderstaaten.“²⁴

Albrecht Schönherr, damals Bischofsverweser von Berlin-Brandenburg, wurde zu Seigewasser vorgeladen und ihm wurde verboten, den Brief zu verbreiten. Seigewasser drohte mit Konsequenzen bis hin zur Verhaftung. Schönherr schrieb in einem Protokoll, Seigewasser habe gemeint, der Brief würde als „Beginn eines konzentrischen Kampfes der Kirchen gegen die DDR“²⁵ verstanden. Gleichzeitig wurden alle Superintendenten in den

jeweiligen Kreisen vorgeladen und ihnen ebenfalls die Kanzelabkündigung verboten. Die Gottesdienste wurden überwacht, inwiefern die Kirche der staatlichen Weisung Folge leistete.

Wie verhielten sich die Superintendenten zum staatlichen Verbot?²⁶ Etwa 33 Prozent der Superintendenten wiesen die staatlichen Forderungen klar zurück. 21 Prozent beriefen sich auf die Kirchenleitung. Und nur zwei Prozent, das ist ein Superintendent, sagte zu, den Brief nicht zu verlesen. In dessen Superintendentur beschwerten sich daraufhin die Pfarrer bei der Kirchenleitung über ihren Superintendenten und holten die Kanzelabkündigung eine Woche später selbständig nach. Die Zahlen für die einzelnen Gemeinden, in denen mit Hilfe der Kanzelabkündigung zu den Ereignissen in der ČSSR Stellung genommen wurde, differieren in den Quellen zwischen Zweidrittel und über 90 Prozent für Berlin.²⁷

Staatlicherseits wurde die Kanzelabkündigung mit verschiedenen typischen Maßnahmen beantwortet. Schönherr bekam keine Zuzugsgenehmigung nach Berlin, einem seiner Söhne wurde der Zugang zur EOS verwehrt, für die Gesamtkirche wurden Anträge eingefroren, Ein- und Ausreiseanträge nicht erteilt.

Fazit

Betrachtet man nur die Oberfläche, so war es 1968 - gerade im Vergleich zu den turbulenten Ereignissen in Westeuropa, den USA, aber auch der ČSSR - in der DDR und ebenso in den Kirchen in der DDR still geblieben. Für die Kirchen vollzogen sich 1968 jedoch grundsätzliche Weichenstellungen durch die neuen Zwänge der in diesem Jahr geänderten sozialistischen Verfassung, der angestrebten Gründung eines Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR und durch die Ereignisse in Prag.²⁸

Die Kanzelabkündigung von Berlin-Brandenburg zeigt eine für alle Kirchen gemeinsam real gewesene Handlungsoption auf. Es ist kritisch zu hinterfragen, dass die leitenden Geistlichen nicht nur hinter einer Kanzelabkündigung zurückblieben, sondern sich nicht einmal auf eine gemeinsame Fürbitte für die ČSSR einigen konnten. Dass die Kirchen in der DDR sich jedoch weigerten, die Okkupation der ČSSR zu begrüßen, war eine wichtige Voraussetzung für die anhaltende Versöhnungsarbeit.

Das neostalinistische Vorgehen, reformsozialistische Bestrebungen mit

militärischer Gewalt niederzuschlagen, zwang zu einer Neubewertung ethischer Gütekriterien. Frieden versus Menschenrechte, Individual- versus Gruppenrechte - die jeweilige Entscheidung im Jahr 1968 wirkte sich langfristig auf 1989 aus. Der ‚Prager Frühling‘ transformierte sich in den folgenden Jahren in der DDR in eine Chiffre für Demokratie und Freiheit. Die SED empfand Prager Ideen auch nach 1968 als Bedrohung. Wer fortan gegenüber staatlichen Stellen ‚Sozialismus‘ sagte, musste damit nicht Anpassung an den Realsozialismus in der DDR meinen.

Anmerkungen

1 Der Vortrag basiert auf den Ergebnissen meiner Dissertation: Cornelia von Ruthendorf-Przewoski, *Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR*, Göttingen 2015.

2 BV Schwerin an das Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, 30.8.1968. Berichterstattung zur Lage in der ČSSR zum 3.9.1968, S. 2 (ACDP 07-012-1536).

3 Vgl. Sorgenicht, Klaus / Weichelt, Wolfgang / Riemann, Tord / Semler, Hans-Joachim Hrsg.: *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Kommentar*, Bd. 1, Berlin 1969, S. 187.

4 Zu den Ereignissen im Frühjahr 1968 in Leipzig vgl. z.B. Winter, Christian, *Gewalt gegen Geschichte. Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche (AKThG 2)*, Leipzig 1998.

5 Vgl. Fragebogenauswertung. Zur Methodik vgl. von Ruthendorf-Przewoski, S. 37-41.

6 Aktenvermerk über eine Dienstbesprechung in Genf vom 27.-31.5. 968 (EZA 102/292).

7 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1561 Information 330/68 vom 22.3.1968. Die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Ereignisse in der ČSSR und in der VR Polen und über damit im Zusammenhang zu sehende Vorkommnisse in der DDR, S. 1.

8 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1561 Information 330/68 vom 22.3.1968. die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Ereignisse in der ČSSR und in der VR Polen und über damit im Zusammenhang zu sehende Vorkommnisse in der DDR, S. 12.

9 BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5403 Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sogenannten neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der ČSSR, über ihre Auswirkungen in der ČSSR und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der ČSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR. Mai 1968, S. 111.

10 Fragebogen 10. Im Besitz der Verfasserin.

11 Die ‚2000 Worte‘ gehören zu den wenigen Texten des Prager Frühlings, die nachweislich auch in der DDR gelesen wurden. Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7549 Diskussion zur Erklärung der 6 Bruderparteien in Bratislava. 7.8.1968, S. 2f.

12 Fragebogen 28. Im Besitz der Verfasserin.

13 Vgl. z.B.: Ivaničková, Edita, *Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR im Zusammenhang mit der Intervention von 1968*. in: Jörg K. Hoensch / Hans Lemberg (Hrsg.), *Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989*, Essen 2001, S. 271-283, S. 283.

14 Vgl. Schmid, Markus Herbert, *Der Prager Frühling und die 68er*, Eichstätt 2008, S. 16.

15 Vgl. z.B. ACDP 07-011-632 Informationsbericht 20/68 Stand der Meinungsbildung

innerhalb der Partei über die Maßnahmen der sozialistischen Bruderländer in der ČSSR vom 10.9.1968, S. 4: „Besonders bei letzteren [Unionsfreunden, Pfarrer, Angehörige der wissenschaftlichen und medizinischen Intelligenz sowie bei einigen Studenten] erwächst die Ablehnung der Hilfsmaßnahmen für die ČSSR häufig aus Spekulationen, dass die Entwicklung in der ČSSR in gewisser Hinsicht auch für die DDR ‚Modell‘ sein könnte.“

16 Vgl. von Ruthendorf-Przewoski, Prager Frühling, S. 140.

17 ACDP 07-012-1536 BV Karl-Marx-Stadt, 21.8.1968. Meinungsbildung zur Mitteilung von TASS und der Erklärung des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR.

18 Fragebogen 5. Im Besitz der Verfasserin.

19 BArch DO 4/438 Brief Mitzenheim an Seigewasser, vom 12.3.1969.

20 Ausführlich zu den einzelnen Landeskirchen vgl. von Ruthendorf-Przewoski.

21 Vgl. LKAE, A 190, Protokoll Herbstsuperintendentenkonvent 4.-6.11., S. 2: „Beredtes Schweigen ist oft mehr als reden. Die agendarischen Fürbitten genügen auch in diesem Fall. Bei einer namentlichen Nennung müßten viele problematische Brennpunkte der Gegenwart genannt werden. Eine Abgrenzung ist fast unmöglich.“

22 Brief der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 5.9.1968 an die im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Kirchen in der Tschechoslowakei. Veröffentlicht unter anderem in: KJ 95 (1968), S. 267.

23 Ebd. „Wir danken es auch Eurer Besonnenheit und Festigkeit, dass es zu keinem größeren Blutvergießen gekommen ist, und hoffen, dass es auch hinfort nicht dazu kommt. Wir wissen und verstehen, dass es Euch besonders verletzt hat, dass unter den einrückenden Truppen Deutsche und auch Christen gewesen sind.“

24 BArch DO 4/423 Telefonische Information an die Räte der Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Neubrandenburg und an den Magistrat der Hauptstadt Berlin vom 6.9.1968, S. 1.

25 ELAB 35/719 Gedächtnisprotokoll von Schönherr vom 13.9.1968 über das Gespräch am 6.9.1968 bei Seigewasser, S. 1.

26 Vgl. Bericht, undatiert, vermutlich am 7.9.1968 über die Gespräche mit den Superintenden (BArch DO 4/2936 ebenso 423). Die Prozentzahlen beruhen auf eigenen Berechnungen aufgrund der Angaben des Berichts.

27 Ca. 2/3 ist dabei der niedrigste angenommene Wert durch die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED. Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV A2/14/5 Information über die Lage in den Kirchen der DDR nach dem 21. August 1968 vom 17.10.1968, Dok. 10 bei F. HARTWEG, SED und Kirche, S. 66-71, S. 67.

28 Vgl. Hagen Kühne, 1968 - ein Schwellenjahr. Erfahrungswandel und kirchlich-theologische Urteilsbildung in den östlichen Gliedkirchen der EKD. in: HerChr 20 (1996), 40-58, S. 57.

Impulse des Prager Frühlings

**für oppositionelles Denken und Handeln
in der DDR bis 1989**

Friedrich Schorlemmer

Friedrich Schorlemmer stammt aus der Altmark. Der Theologe engagierte sich bereits als Student für den Prager Frühling und gegen dessen Niederschlagung im August 1968. Als Bürgerrechtler förderte er die friedliche Revolution in der DDR.

Was 1968 in der Tschechoslowakei geschah, hat kaum einen DDR-Bürger unberührt gelassen. Die kleinen Oppositionsgruppen waren beflügelt, justiert, beeinflusst und beeindruckt von dem, was die Tschechen uns vorlebten: sich von innen her - und dann auch real-politisch - zu befreien von einer Welterlösendiktatur sowjetischer Prägung. Jiří Stránský - damals PEN-Präsident - sagte 1997 rückblickend, die eigenen Erfahrungen der Freiheit im Knast - aus über 10 Jahren! - reflektierend:

„Ein Katzenjammer ist aus der Freiheit geworden. Nach all diesen langen Jahren des Totalitarismus haben die Leute vielleicht mehr erwartet, als sie bekommen können. Jetzt ist es so, daß sich alle beklagen, von rechts bis links, von links bis rechts. Ich finde es ganz normal, wie es ist. Ich selbst stehe inzwischen als ein Lebensoptimist da, der die anderen beklagt, daß sie Pessimisten sind. Das kommt vielleicht daher, daß ich zehn Jahre im Gefängnis war und daß die zehn Jahre für mein eigenes Leben mehr positiv als negativ waren. Negativ war es mit der Gesundheit. Aber ich lebe noch. Es ist also in Ordnung. Aber ich muß sagen, daß mich diese zehn Jahre viel, viel gelehrt haben.

Das Wichtigste ist, daß viele Probleme keine Probleme sind und wir Menschen es gewöhnt sind, aus vielen Sachen Probleme zu machen, die gar keine sind. Wenn Sie im Gefängnis waren, hatten Sie drei Möglichkeiten: entweder das Gefängnis als eine Art Provisorium anzunehmen, das gar nicht zu Ihrem normalen Leben gehört, oder es als Warteraum auf die Freiheit anzunehmen oder drittens als normalen Teil des Lebens. Das war das wichtigste. Das war das einzige. Aber nicht alle haben es so angenommen. Und dann war es schlecht. Daraus folgt noch eine Schwierigkeit, weil man es nicht sogleich sah: daß Sie, obwohl Sie im Gefängnis waren, zwei freie Sachen hatten, nämlich den freien Willen und die freie Seele. Wenn Sie es schafften, das zu fühlen, war es schon wunderbar. Es ist wirklich so, daß Sie sogar in den 50er Jahren Zeit hatten zum Schreiben, obwohl es sehr gefährlich war. Das war die phantastische Freiheit. Noch eine Freiheit hatten wir: Das war die Freiheit der Augen, obwohl sie hinter dem Zaun waren. Die Augen sahen weiter und konnten noch weite Weiten spüren.

Mein erstes Buch nennt sich: ‚Das Glück‘. Es sind kurze Geschichten aus dem Gefängnis. Ich wollte damit beweisen, daß man sich auch unter solchen Umständen ganz frei und ganz glücklich fühlen konnte, aber, wie ich

gesagt habe, unter der Bedingung, daß Sie die freie Seele und den freien Willen behalten. Das ist auch das, was wir jetzt manchmal vergessen: daß wir beides haben.“¹

Der Prager Frühling ist nicht an sich selbst gescheitert, sondern an der Übermacht einrollender sowjetischer Panzer. Die Oppositionsgruppen in der DDR, die sich Ende der 1980er Jahre formierten, lebten wesentlich aus den Impulsen des Prager Frühlings. Am Mehrwert der schließlich praktisch gescheiterten Ideen hielten alle fest, die nicht resigniert hatten.

Was wirkte weiter und was ist es wert, „aufgehoben“ zu werden? Das reicht von den „2.000 Worten“ über die „Charta 77“ bis zur Programmatik der sich politisch formierenden Gruppen seit dem Sommer 1989, eng verbunden mit dem „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der Kirchen in der DDR. Die „20 Wittenberger Thesen“ vom Juni 1988 sowie die Beschlusstexte der Ökumenischen Versammlung vom April 1989 sind in vielem bei der tschechischen Opposition von 1968 in die Schule gegangen:

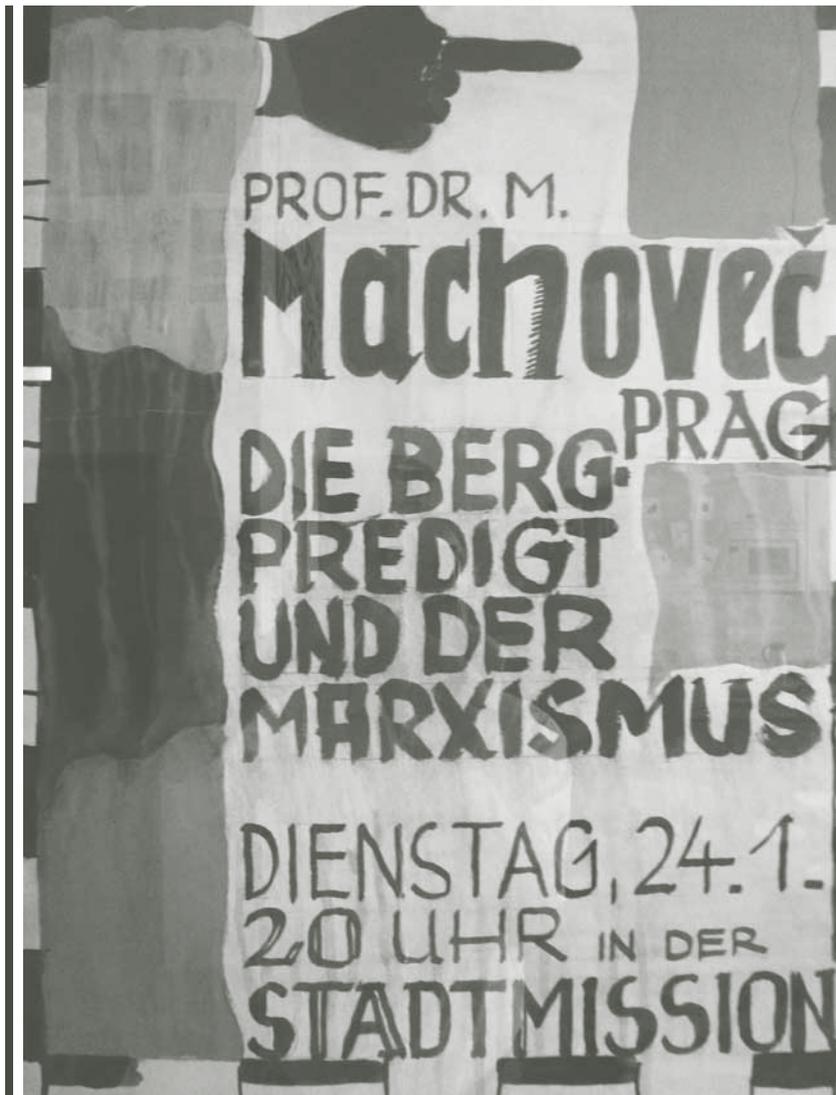


Dr. Friedrich Schorlemmer hört spontanen Rückmeldungen zu seinen Ausführungen zu **Rudolf Leppin**

1. Soziale Gerechtigkeit und menschliche Freiheit gehören unauf löslich zusammen. Sozialismus hat nur dann ein menschliches Angesicht, wenn genug zu essen für alle da ist und wenn Menschen ohne Angst den Mund aufmachen können.
2. Der Widerstand ließ sich vom Prinzip strikter Gewaltlosigkeit bestimmen. (Am 4. April 1968 wurde Martin Luther King, der große Prophet des friedlichen Widerstandes, erschossen, am 6. Juni 1968 dann Robert Kennedy.)
3. Es ging darum, den Sozialismus zu erneuern, indem er auf seine humanistischen Wurzeln zurückbezogen wurde. Die menschliche Emanzipation und die Überwindung der Entfremdung waren Gedanken, die sich auf den jungen Marx bezogen, dessen Frühschriften bis 1968 in den Giftschränken gelegen hatten.
4. Es war die permanente Suche nach dem, was man den „Dritten Weg“ genannt hat, zwischen bürgerlicher - kapitalistischer! - Demokratie und sozialistischer, kommunistisch-dirigistischer Einheitsgesellschaft.
5. Die Opposition in der DDR bezog sich immer wieder auf Basistexte des Prager Frühlings (zum Beispiel die „2.000 Worte“) und blieb auf der Suche nach der gesellschaftlichen Basis.
6. Der Dialog, der durch die Chruschtschow'sche Doktrin, dass es keine ideologische Koexistenz gäbe, sondern nur eine sogenannte friedliche Koexistenz, die nur auf die Fragen von Krieg und Frieden bezogen war, aber nicht auf eine gegenseitige Akzeptanz der ideologisch-politischen Grundlagen. Dialog war das Reizwort schlechthin gewesen. Die Systemkonvergenz wurde prinzipiell abgelehnt, auch das, was „Dritter Weg“ genannt wurde. Die SED verordnete strikte Abgrenzung. 1989 wurde „Dialog“ das Zauberwort des gesellschaftlichen Umbruchs und des demokratischen Aufbruchs.
7. Die Akteure des Prager Frühlings nahmen nicht nur das eigene Land, sondern die ganze Welt in den Blick und verstanden sich als Teil einer solidarisch agierenden weltpolitischen Konzeption: keine soziale Gerechtigkeit ohne persönliche Freiheit und umgekehrt.
8. Intellektuelle, Dichter, Philosophen wurden zu Galionsfiguren der Freiheitsbewegung, beginnend von der Kafka-Konferenz 1963 unter Leitung von Eduard Goldstücker bis zu Havels Hörspielen und Aufsätzen 1990. Der Philosophieprofessor Milan Machovec und der freie Schriftsteller Ludvík Vaculík waren treibende Kräfte mit mobilisierender Kraft auch für die widerständigen Gruppen in der DDR.

Zwei persönliche Erinnerungen

Im Januar 1967 hatte der Ordinarius für Philosophie an der Prager Karls-Universität, Milan Machovec, auf meine Einladung hin einen Vortrag in Halle gehalten: „Die Bergpredigt und der Marxismus.“ Wir waren alle „elektrisiert“. Endlich Ende der Grabenkämpfe mit den Kommunisten und



Mit seinem Vortrag „Die Bergpredigt und der Marxismus“ elektrisierte der Prager Philosoph Milan Machovec im Januar 1967 seine Zuhörer an der Universität in Halle **Schorlemmer**

Sozialisten! Um so bedrückender und ermutigender sein Brief vom 23./24. August 1968, den er von einer Vortragsreise vom Westen aus verbreitet hatte. Die Werte, für die die Tschechen und Slowaken vor 50 Jahren tapfer und gewaltlos gekämpft haben, haben ihren Mehr-Wert behalten. In dem Brief von Milan Machovec hieß es: „... alle Philosophen und Humanisten sind zu bitten, um jede mögliche Hilfe nicht nur für unser Volk, sondern für die noch mögliche Rettung der so schrecklich verletzten Ideale der Entspannung, der Menschenwürde und des Friedens ... Werte wie Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, strenges Beachten der humanistischen Gesetze, innere Wahrhaftigkeit, nur menschenwürdige gewaltlose Mittel zur Lösung der Meinungsverschiedenheiten. So wuchs von Woche zu Woche das echte Glück der freien sozialistischen Menschen, die nicht mehr die Lügen oder Halbwahrheiten, nicht mehr nichtssagende, propagandistische Phrasen für ‚Wahrheit‘ öffentlich ausgeben mußten. ...wenn wir Tschechen und Slowaken vielleicht jetzt in Tausenden für das Ideal des humanistischen Sozialismus und der Befreiung aller Menschen würden sterben müssen, nehmen Sie eben deswegen diese Ideale als Ihre Aufgabe an! Denn letzten Endes gibt es für die Menschen kein anderes allgemein akzeptables Programm als das Programm des demokratischen Sozialismus mit den nationalen Unterschieden: alles andere ist nur organisierter Egoismus oder organisierte Barbarei.

... der humanistische Sozialismus hat eine Schlacht verloren, aber nicht den endgültigen Sieg. Zum ABC des Leninismus gehört doch auch: der Sozialismus kann nur Angelegenheit der freien Menschen, der freien Nationen sein. Vertauscht man ihn mit dem exportierten Panzersozialismus für verklavte Vasallenländer, ist alles entstellt und kompromittiert.

... Gewaltloser Widerstand, ... und fester Glaube an die Wahrheit - das sind jetzt die Waffen der tschechoslowakischen Arbeiter und der sozialistischen und kommunistischen Intelligenz, ... Russen nach Hause - das ruft jetzt die ganze tschechoslowakische fortschrittliche Bewegung! Zu Hause lernt kommunistisch zu leben, das heißt, alle Werte und Tiefen des menschlichen Lebens und Zusammenlebens jedem menschlichen Wesen zu öffnen!“

Uns allen stand die Angst vor einem sowjetischen Eingreifen wie 1956 in Budapest vor Augen. Auch deswegen sollte alles ohne Gewalt gehen, ohne Provokationen, ohne das Schüren von Angst und Rachedgedanken. Umwälzung kam von oben, kam aus der KPČ, der Partei selbst und fand im Volk breite Zustimmung. Diese Zustimmung artikulierte sich auf den Straßen.

Wir trafen auf westdeutsche Studenten, linke. Sie hatten aufgrund ihres Westgeldes keine Schwierigkeiten, ein Quartier zu finden, ganz anders als wir. Und sie setzten in Prag ihr '68 vor Ort fort. Uns ignorierten sie spürbar. Ihr bekämpftes Gegenüber war das westdeutsche Establishment und die Amerikaner in Vietnam. Sie intonierten Ho-Chi-Minh-Stakkato-Sprüche in U Fleku. Sie wollten den „utopischen“ Sozialismus. Wir hatten den „realen.“

DDR-Bürger zu sein, das war in östlichen Staaten wie auch gegenüber den Westlern geradezu ein Makel - und Ulbricht die Hassfigur schlechthin. Es lag viel Angst in der Luft, aber noch sehr viel mehr Hoffnung. Wir erlebten, wie zig-tausende auf die Burg strömten, weil Tito zu Besuch kam. Tschechen sagten uns, das sei die erste Demonstration, zu der sie nach 1945 freiwillig gekommen seien. Sie kamen in Massen und mit eigenen Plakaten: „Tito ano - Ulbricht ne“. Riesige Begeisterung, als Tito an uns vorüberfuhr und Dubček sich am Fenster des Hradschin zeigte. Es war die Freiwilligkeit, es war der Veränderungswille, es war hoffnungsvolle Fröhlichkeit, und es war der Ernst, die politische Besonnenheit, die uns an den Tschechen faszinierte. Vielen ging Dubček nicht weit genug. Aber er musste das in Prag Durchsetzbare und von Moskau noch Tolerierbare im Blick behalten. Am 20. August reisten wir zurück. Am 21. August weckte mein Vater mich mit dem unvergesslichen Schmerzssatz: „Friedrich steh auf, die Russen sind in Prag einmarschiert.“ Was hatte mein Vater da gesagt? Steh auf! Aber ich war gelähmt. Die DDR-Zeitungen voll von organisierten Zustimmungsgorgien der DDR-Bürger. Dagegen unsere Scham und ohnmächtige Wut, dass die NVA dabei gewesen war.

Als die russischen Truppen am 10. Oktober 1968 nach Halle zurückkehrten, organisierte ich eine Aktion mit Theologiestudenten aus dem Theologiestudentenhaus in den Francke'schen Stiftungen, das ich damals leitete. Mir unvergesslich Horst Sindermanns Drohung auf dem sogenannten Meeting mit den Sowjetsoldaten auf der Leninallee, circa zehn Kilometer Panzer an Panzer: „Wir warnen jeden, mit in die Mülltonne unserer Feinde geworfen zu werden.“ Das saß. Das blieb mir unvergesslich. Ich hatte organisiert, dass mehrere Theologiestudenten auf die Panzerspähwagen kletterten und den Sowjet-Soldaten drei Fragen auf Russisch stellten: „Warum waren Sie in der ČSSR? Haben die Tschechen sich gefreut, als Sie dort einrückten? Und waren die Tschechen traurig, als Sie wieder abzogen?“



Diskussionen auf dem Karlsplatz in Prag im August 1968 **Schorlemmer**

Zu den Textmappen, die ich bei Reisen regelmäßig zunächst auf dem Dachboden versteckte und dann immer zu meinem Nachbarn brachte, gehörten die Abschriften der „2.000 Worte“ von Juni 1968: „Gewidmet den Arbeitern, Bauern, Angestellten, Wissenschaftlern, Künstlern und allen“, verfasst von Ludvík Vaculík. Darin hatte er am Schluss geschrieben:

„In diesem Frühling ist von Neuem wie nach dem Krieg eine große Chance zu uns zurückgekehrt. Von Neuem haben wir die Möglichkeit, unsere gemeinsame Sache in die Hände zu nehmen, die den Arbeitstitel ‚Sozialismus‘ trägt, und ihr eine Gestalt zu verleihen, die unseren einst guten Ruf und der verhältnismäßig guten Erinnerung entspräche, die wir ursprünglich von uns hatten. Dieser Frühling ist soeben zu Ende gegangen und wird nie wiederkehren. Im Winter werden wir alles erfahren.“

Der Aufruf hatte damit begonnen, daran zu erinnern, dass der Sozialismus, der mit einer großen Hoffnung verbunden gewesen war nach 1945, in die Hände unrechter Leute gekommen sei. „Es hätte nicht so sehr geschadet, daß sie nicht genügend staatsmännische Erfahrungen, sachliche Kenntnisse und philosophische Bildung besaßen, wenn sie wenigstens mehr versöhnliche Weisheit und Anstand gehabt hätten, die Meinung anderer anhören zu können, und ihre schrittweise Ablösung durch Fähigere zugelassen hätten.“

Josef Smrkovski, damals Vorsitzender der Nationalversammlung, hatte im Juli 1968 mit „1000 Worte“n geantwortet. Er musste ja immer auch die praktisch-politische Dimension im Blick behalten - eben die Russen im Nacken. „Lassen wir nicht zu, daß Leidenschaften, eine Psychose der Rache und Revanche erregt werden. Erlauben wir nicht, und das liegt mir besonders am Herzen, daß die Eingriffe gegen jene, die das Gesetz zur Verantwortung ziehen wird, in irgendeiner Hinsicht ihre Familienangehörigen, insbesondere ihre Frauen und Kinder, bedrücken. Selbst die unerläßliche Ablösung der Menschen in unserem Staats- und Parteiorganismus muß sich - glaube ich - in diesem Geiste vollziehen: würdig, human und demokratisch.“ Darüber wurde auf den Straßen diskutiert. Das war politische Gesprächskultur, wie sie unsereins geradezu elektrisierte.

Smrkovski mahnte dazu, dass es das Bestreben sein müsse, dass bestimmte Menschen ihre Funktionen verlassen, aber nicht die Gesellschaft. Er wollte keine Exkommunikation oder Ausstoßung aus der Nation. Er wollte eben nicht das tun, was die Stalinisten stets getan hatten. Sozialismus sollte ein menschliches Antlitz erhalten und behalten. Wer hätte damals geahnt, dass genau aus diesem Geist heraus erst zwanzig Jahre später die demokratische und friedliche Umwälzung im sowjetischen Machtbereich vollzogen werden konnte - aber eben unter einem sowjetischen Generalsekretär, der zum Dialog fähig und willens war.

Und die Ostdeutschen waren diesmal die ersten gewesen, die sich ihre Freiheit erstritten - in der großen demokratischen Oktoberrevolution 1989. Unsere Erinnerungen - auf 1968 gerichtet - differieren zwischen Ost und West erheblich, weil unsere Ziele und Erfahrungen damals recht unterschiedlich waren. Es bleibt nötig, das offen auszusprechen und zu fragen, worin für jeden von uns „der Mehrwert“ von 1968 besteht und welche Transformation die großen Ziele und glitzernden Begriffe durchmachen müssen, um heutigen Herausforderungen zu genügen. Obenan stehen weiter Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Der junge Marx hatte eine Maxime formuliert, den nachfolgenden Generationen diese Welt in einem verbesserten Zustand zu übergeben. Bert Brecht lässt „die heilige Johanna“ als ihr Vermächtnis sagen: „Sorgt doch, daß ihr, die Welt verlassend, nicht nur gut wart, sondern verlaßt eine gute Welt.“

Anmerkungen

1 Diskussionsbeitrag auf der P.E.N.-Tagung in Quedlinburg 1997.

Das nach fünfzig Jahren

**etwas angegammelte
kalte Buffet von 1968**

Jan Faktor

Jan Faktor stammt aus Prag und lebt seit 1978 in Ostberlin. Bevor er als Schriftsteller „auch fürs breite Publikum“ Furore machte, engagierte er sich in der Untergrund-Literaturszene und arbeitete als Kindergärtner und Schlosser.

Was ist zum Jahr 1968 noch zu sagen, was 1978, '88, '98, 2008 noch nicht gesagt worden ist? Zum Beispiel, dass mein kommunistischer Vater - ein Drückeberger, Lügner, Angeber, Alkoholiker, ein StB-, also Stasimann - auch ein 68er-Reformer war. Wenn sein Schicksal und das meiner Mutter allerdings nicht etwas Exemplarisches hätten, würde ich mich nicht trauen, die beiden heute ans Tageslicht zu zerren.

Dass meine Mutter nach Auschwitz, Zwangsarbeit in einer Rüstungsfabrik und der Befreiung durch die Rote Armee Kommunistin wurde, war kein Wunder. Mein Vater kam aus einer ärmlichen tschechischen Arbeiterfamilie, war ein unterprivilegiertes Kind. Dass er die Aufstiegschancen inmitten der Begeisterung über den bald sicher weltweit siegreichen Kommunismus nutzen wollte, war ebenfalls kein Wunder. Nur zur Erinnerung: Noch in den 1970er Jahren sang Wolf Biermann zu einer überzeugenden, wunderbaren Melodie: „So oder so, die Erde wird rot.“ Und ich sang diese Strophen idiotischerweise längere Zeit immer gerne mit, wenn auch nur leise oder nur im Geiste, weil ich es schaffte, über ihren Inhalt nicht weiter nachzudenken. Dass mein Vater zum Geheimdienst ging, war ebenfalls folgerichtig: Er entkam damit dem üblichen Militärdienst, konnte nach seinem mickrigen Hochschulstudium sofort Offizier werden und fürs Faulenzen gutes Geld verdienen. Und natürlich auch seinen Machthunger und seinen Sadismus ausleben. Ab und an hat er mir sogar erzählt, wie er bei Verhaftungen als ein ehemaliger Jiu-Jitsu-Kampfsportler mit den Feinden der Arbeiterklasse umging.

Mit dem Abbau von Illusionen ging es bei meiner Mutter viel schneller voran als bei meinem privilegierten Vater, der zu einem wütenden Systemkritiker erst nach seinem Rauswurf im Jahre 1969 wurde. Über seine ihm angelasteten „Reformbemühungen“ durfte er auswärtig leider nicht viel berichten. Für dieses Schweigen bekam er weiter, das heißt lebenslang, relativ hohe Ausgleichszahlungen von seinem ehemaligen Arbeitgeber. Offenbar hatte er sich in seinem Ministerium im Jahr 1968 der Fraktion angeschlossen, die mehr nach außen und weniger nach innen spionieren, also bespitzeln lassen wollte. Bei seinem Rauschmiss spielte aber sicher auch sein Alkoholismus eine Rolle.

Und was wäre noch über die Ehe meiner Eltern, der beiden Jungkommunisten zu sagen? Meine Mutter hat sich von meinem Vater schon kurz nach meiner Geburt scheiden lassen. Dabei war sie ursprünglich der

Überzeugung, dass ein Arbeiterkind wie er zwangsläufig ein guter Mensch sein müsse. Da meine Mutter sehr attraktiv war, haben sich um sie später mehrere andere sehr interessante Männer bemüht. Der eine, ein ungarisch stämmiger jüdischer Kinderarzt, hatte unsere Wohnung schon 1952 - ich weiß es aus der Erzählung - mit seinem Geschrei gefüllt, nachdem Stalin die Kampagne gegen die kosmopolitische Ärzteverschwörung gestartet hatte. Das endgültige Ende der Illusionen meiner Mutter bedeutete dann schon bald das Jahr 1956. Auch deswegen, weil wir als Kosmopoliten und Mitglieder eines weltweiten jüdischen Netzwerks Verwandtschaft in Budapest hatten. Wir bekamen von dort also auch ausgesprochen authentische Berichte. Vor dem Hauseingang einer Verwandten von uns lagen so viele Leichen, dass sich die Tür nicht öffnen ließ.

Nach dieser Einleitung kann ich vielleicht kurz zusammenfassen: Ich bin ein Überlebender zweiter Generation und kann mich gleichzeitig als ein Reformkommunist zweiter Generation bezeichnen, obwohl ich in meiner Kindheit höchstens nur ein überzeugter Jungpionier war. Dass ich ein Schlepptau-Reformkommunist gewesen bin - die Vergangenheitsform ist hier wichtig - ist allerdings eine relativ ernste Angelegenheit. Ich merkte es bei den vergangenen 68er-Jubiläen einfach daran, dass es relativ lange gedauert hat, bis ich mich von diesem Erbe ganz und gar lösen konnte.

Man könnte eine Veranstaltung wie diese auch unter das folgende Motto stellen: Um das Jahr 1968 haben sehr viele kluge Menschen sehr viel Unsinn gedacht und geredet. Und diejenigen, die vielleicht mal Recht hatten, wurden eher als Langweiler empfunden. Was mich betrifft: Ich war damals zu jung und zu schüchtern, um öffentlich Sinnvolles oder Unsinniges von mir zu geben.

Als reformkommunistischer Nachwuchskader war ich dem damaligen Geschehen relativ nah - auch emotional. Meine Mutter arbeitete in der Zeitung des Schriftstellerverbandes „Literární noviny“ und kannte viele Wegbereiter und Protagonisten des Prager Frühlings persönlich. Manche von ihnen wie Ludvík Vaculík waren Redakteure der Zeitung, viele andere publizierten dort und gingen in der Redaktion ein und aus, und waren - wie Eduard Goldstücker - mit meiner Mutter befreundet. Der direkte Vorgesetzte meiner Mutter in der Auslandsabteilung von „Literární noviny“ war Antonín Liehm, der spätere Herausgeber von „Lettre international“.

Wenn einige dieser Zeitgenossen bei uns zu Hause zu Besuch waren, wurde viel gelacht. Die Stimmung war bis August '68 sowieso meistens blendend, im Grunde handelte es sich bei diesen Leuten um führende Intellektuelle, also um einige der besten Köpfe, besten kritischen Köpfe des Landes, die es in ihren Leben außerdem zu etwas gebracht hatten. Als ich einen ähnlichen Satz vor etwa fünfzehn Jahren aufschrieb und dann auf dem Papier sah, stockte ich und kam ins Grübeln. Zum Glück! An dem Satz, der ein wichtiges Romankapitel einleiten sollte, stimmte etwas Grundsätzliches nicht. Diese „Sieger der Geschichte“ - aber eben nur diese - hatten damals gut lachen: Wo aber waren die vielen anderen, die bürgerlichen, katholischen, anarchischen und, und ... „besten Köpfe des Landes“? Die bürgerlichen oder eben konservativen Künstler und Schriftsteller?

Die konnten nach 1948 am geistigen Leben des Landes nicht mehr teilnehmen, verkümmerten natürlich auch professionell. Sie hatten keine gut dotierten Posten, beziehungsweise fehlte ihnen für ihre künstlerische Tätigkeit jegliche materielle Grundlage; und ihre Kinder konnten nicht einmal studieren, das heißt: Sie konnten ihre Eltern nicht stützen und später auch schwer ihr Vermächtnis weiter tragen. Für die vielen nicht-kommunistischen Intellektuellen kam es aber noch viel schlimmer: Etliche kamen in Straflager, andere ruinierten ihre Gesundheit in harten manuellen Berufen, für die sie physisch überhaupt nicht geschaffen waren. Am besten erging es noch denen, die emigriert waren. Auch wenn viele dort nie wirklich glück-



Jan Faktor unterhält mit seinem stimmungsvollen Bericht die Zuhörer_innen **Rudolf Leppin**

lich wurden und sich nicht in ihrem Sinne engagieren und nicht auf ihrem Gebiet produktiv sein konnten. Und für viele war der Verlust der Heimat absolut traumatisch.

Antonín Liehm kenne ich persönlich gut und schätze ihn. Als er - vor zehn Jahren, glaube ich - in einem Interview auf das Jahr 1968 angesprochen wurde und von der „sinnvollsten Zeit seines Lebens“ sprach, wollte ich das im ersten Moment nicht wahrhaben: Er blendete offensichtlich immer noch seine Mitverantwortung aus, die er als Mitglied der KPTsch lange Jahre vorher gehabt hatte. Meine Mutter erzählte gern über die politische Situation vor dem Februar 1948, als die Kommunisten und die drei bürgerlichen Parteien sich einen angeblich demokratischen Wahlkampf geliefert hatten. Als ich später Memoiren von Zeitzeugen las, wurde mir ganz anders. Kommunistische Radikalinskas stürmten gern andere Parteibüros - nicht unähnlich den SA-Trupps - und schlugen dort ihre politischen Gegner zusammen; zu befürchten hatten sie deswegen gar nichts. Viele Posten im Staat waren längst in den Händen ihrer Partei - und diese hatte gerade ihre bewaffneten Milizen gegründet. Und der schwache und wegen des Verrats von München sowjetfreundliche Präsident Beneš war nicht wirklich willens, sich dieser Entwicklung in den Weg zu stellen. Wobei er sowieso nichts Grundsätzliches hätte ändern können, die Kommunisten hatten in der Bevölkerung sehr viel Rückhalt.

Und wie reagierte die Bevölkerung auf den de facto Putsch der Kommunisten 1948? Logischerweise abwartend, bald setzte sowieso der Terror ein, die Enteignung auch vieler kleinen Betriebe und Unternehmen. Die logische Folge war das einsetzende wirtschaftliche Chaos. Die Menschen meinten damals: Warten wir mal lieber ab, lass sie nur machen, bald wird sowieso alles zusammenbrechen. Dazu kam es nicht, trotzdem blieb das Land zum Glück weit von den Zuständen im heutigen Venezuela entfernt.

In den Jahrzehnen meiner Kindheit und Jugend war Prag eine dreckige, dem feuchten Zerbröseln überlassene Stadt, in der man lieber nah an den Bordsteinkanten lief, um nicht von herabfallenden Simsens oder ganzen Balkonen erschlagen zu werden. Man hatte das Gefühl, der Zusammenbruch des Stadtorganismus - oder der Abriss ganzer Straßenzüge - stünde unmittelbar bevor. Ich hielt es aber trotzdem für die Normalität, die ganz ähnlich in anderen zivilisierten Ländern anzutreffen sein müsste. Und ich kann mich

erinnern, wie verletzt ich war, als ich in einer kurzen Reisenotiz von Friedrich Dürrenmatt die offenkundige Wahrheit las: Dürrenmatt empfand meine geliebte Stadt damals (es muss irgendwann in der 1960er Jahren gewesen sein) als eine graue, kaputte und zerfallende. Ähnliche Notizen gibt es von Pier Paolo Pasolini und von Hans Magnus Enzensberger.

„PRAG - eine so schöne Stadt!“ Wie oft habe ich - seit den 1970er Jahren - diesen einerseits liebenswürdigen, andererseits von Wissenslöchrigkeit zeugenden Satz gehört. Dass die Stadt in den früheren Jahrhunderten so prächtig, reich und maßlos wurde, hat einen eher schmerzhaften Hintergrund und ist nicht unbedingt nur auf tschechischem Mist gewachsen. Es ist das Ergebnis einer regelrechten Okkupation, einer brutalen Vergewaltigung des Landes durch die katholischen Habsburger nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berg 1620. Im Übrigen jährte sich in diesem Jahr am 23. Mai der zweite Prager Fenstersturz zum 400. Mal. Diese Machtdemonstration war nicht nur der Grund für die zwei Jahre später stattfindende Schlacht, sie markierte außerdem den Beginn des auch für Deutschland verheerenden Dreißigjährigen Krieges.

Die Unterwerfung meines Landes nach der dümmlich verlorenen Schlacht war eine nationale Katastrophe. Die Okkupation von 1620 war - ehrlich gesagt - nichts dagegen. Die Spitzen des vom Katholizismus abgefallenen böhmischen Adels, deutscher wie tschechischer Zunge, wurden hingerichtet, ebenfalls Prager Patrizier und Gelehrte - unter anderem der Rektor der Karlsuniversität Jesenius, Vorfahre von Milena Jesenská. Und ein gewaltiger Exodus setzte ein. Die Sieger, geschäftstüchtige Warlords, Plünderer und Machtüberschießer wie Waldstein wurden belohnt, der große Ausverkauf des Landes begann, die Habsburg-Treuen übernahmen riesige, frisch enteignete Ländereien. Was allein nur Waldstein auf der Prager Kleinseite niederreißen ließ, um sich seinen Palast und den weitläufigen Garten mitten im längst bebauten Teil der Kleinseite errichten zu lassen! Einerseits kam natürlich auch Reichtum ins Land, andererseits muss man sich fragen: Wieso überhaupt? Prag wurde zu einer Provinzstadt degradiert und Wien sollte endgültig Residenzstadt bleiben. In Prag wurde trotzdem weiter gebaut, zerstört, dann barock-geprotzt und aufgetrumpft. Die Erklärung ist einfach: Alle diese Prachtbauten waren - und nicht nur nebenbei - demonstrative Machtsymbole der katholischen Herrschaft, die Paläste der Wiener Statthalter gleichzeitig Festungen fürs Steinwerden der Verhältnisse.

Die Kirche bereicherte sich maßlos und baute auch, die jesuitischen Mullahs sorgten für ausreichende Mengen Angst, und die Hexenprozesse endeten in regelrechten Exzessen. Und man baute und baute weiter. Heute staunt man natürlich: wie schön, wie üppig, wie geschmackvoll. Das Volk sprach zum Glück weiter tschechisch, aber nur auf bildungsfernem Niveau, versteht sich.

Ich bin 1951 geboren und erst viel später wurde mir bewusst, wie frisch die Kriegserinnerungen der Älteren noch gewesen sein mussten. Meiner Großmutter verbot ich beispielsweise, auf der Straße Deutsch zu sprechen; kindlich intuitiv. Und später? Nach einigen wenigen Jahren in Ostberlin - medial lebte ich dort inzwischen wie alle aus meinem Umfeld ausschließlich in der westlichen Hemisphäre - war ich kein astreiner Tscheche mehr.

Das Thema dieses betont assoziativen Vortrags ist nebenbei, merke ich gerade, auch die Leichtigkeit und Freude, mit denen sich der Mensch seinen Irrtümern und den Irrtümern seiner Umgebung überlässt. Und diese kommen einem nachträglich ziemlich absurd vor, sind aber gleichzeitig auch verstehbar - sie zeitgleich zu durchschauen, scheint leider fast unmöglich. Wenn ein Tscheche nach 1968 das Land verließ, dann ging er in den Westen. Welcher Idiot ging schon in die DDR? Ich bin in diesem ruhigen und vernichteten Land das Risiko eingegangen, ein Fremder zu bleiben. Die Deutschen hätten keinen Humor, hieß es in Prag. In den Kreisen, in die ich dank meiner Frau kam, wurde unerwartet viel gelacht. Das Problem war ein ganz anderes - und ich bin dann für einige Jahre so gut wie verstummt: Die Freunde meiner Frau waren Marxisten, steckten im illegalen Zirkelwesen und standen links von der SED.

Für mich nach der 68er Erfahrung war das wie ein Schlag auf meinen Selbstverständnis-Solar-Plexus. Intellektuell - also was meine marxistisch-hegelianische Bibelfestigkeit betraf - konnte ich mit diesen Leuten natürlich nicht mithalten. Diese sympathischen Quatsch- und Querköpfe, gestützt auf ihre westdeutschen 68er Vorbilder, wussten einfach alles besser. Und außerdem: ihr Selbstbewusstsein, die Lautstärke ihrer Stimmen und ihr germanisch-tribalistischer Gruppenzusammenhalt! Ich gehörte trotzdem dazu. Wie ich mir diese Diskrepanz, diese Fremdheit und Befremdung aber heute lobe! Gerade Widersprüche treiben einen an, zwingen einen, sie zu entwirren und eine eigenständige Position zu finden.

Mittendrin jetzt lieber ein neuer Ansatz: In der letzten Zeit konnten wir noch ganz andere Jubiläen feiern, nicht wahr? Marx' „Kapital“ (Band eins) wurde 150; und Marx selbst, dieser doch idealistische Großfantast, neuzeitliche Demiurg, dieses psychologisch unbeleckte Unschuldslamm wurde vor 200 Jahren geboren. Verehrt wird er massenhaft ausgerechnet in China, wo mit der Arbeiterschaft genau das passiert, wogegen sich Marx' absolut berechnete Empörung gerichtet hatte und was seine Kapitalismuskritik bis heute legitimiert.

Meine Frau löste eines meiner vielen Probleme, indem sie mich eines Tages geistesgegenwärtig - um mir das Etikett eines Rechten zu ersparen - einen linken Antikommunisten nannte. Menschlicher Sozialismus? Wie schön und hoffnungsvoll, sagt heute immer noch der eine oder andere Intellektuelle gern. Die kommunistischen Parteien machten überall auf der Welt schwerwiegende Fehler, heißt es, und die tschechoslowakische KP wollte 1968 wenigstens einen echten Neuanfang wagen; mit anderen Worten: Kaputtes Geschirr mit Fünf-Komponenten-Kleber wieder gebrauchsfähig machen. „Ihr habt Fehler begangen, sagt ihr?“ schreibt (ich paraphasiere) der Dichter Jan Zábřana in seinem geheimen Tagebuch; seine Eltern waren in den 1950er Jahren aus politischen Gründen lange inhaftiert. „Höre ich richtig ... Fehler begangen? Nein - ihr habt Menschen umgebracht!“ In den Lagern des tschechischen Gulags - gemessen an der Größe des Landes stand er dem sowjetischen graduell nur wenig nach - wurde nach 1948 in den Urangruben nachweislich Vernichtung durch Arbeit betrieben. Und was stand über dem einen oder anderen Lagertor? Sie haben's erraten: „Arbeit macht frei“; auf Tschechisch (da eine wörtliche Übersetzung sinnentstellend wäre): „Prací ke svobodě“ (Durch Arbeit zur Freiheit). Und wieder ging ich dieser Sache ausgerechnet nur wegen einiger Stellen in meinem Prag-Roman nach, in dem ich mich so nah an der Fakten wie möglich halten wollte. Ich bin nach Přeborn gereist, habe das dortige Museum besucht - und auch das als Gedenkstätte hergerichtete Lager „Vojna“ in der Nähe.

Natürlich wurde kürzlich auch der Oktoberrevolution gedacht. Und ich fragte mich die ganze Zeit - wohlgerne als Nicht-Historiker, dessen Russisch mehr als mangelhaft ist: Wieso gab sich in der Zeit der vielen Rückblicke niemand die Mühe, auf Lenins geheime Telegramme und Depeschen aus der Revolutionszeit aufmerksam zu machen, die nach der Öffnung der Archive in den 90er Jahren gefunden wurden? Es sind Mordbefehle, Mas-

senliquidierungsordern, Anweisungen, wie aufständische Städte mit Feuer oder durch Hunger ausgelöscht werden sollen. „... fangen und erschießen“ steht da ganz undialektisch. „Diesem Gesindel muss ein Denktettel verpasst werden ...“ Diese Zitate stammen aus der Lenin-Biographie von Dimitri Wolkogonow, ansonsten brachte diese Funde aus den 1990er Jahren auf Deutsch niemand heraus. Ähnliche Befehle und Anweisungen, die sich gegen das von Lenin genannte „Ungeziefer“ richteten, sind allerdings auch in ganz offiziellen und in Lenins Gesammelten Werken publizierten Texten zu finden.

1968 war ich siebzehn Jahre alt, hatte in dieser Zeit acht Monate Demokratie erlebt und hoffte wie viele andere auf großartige Veränderungen. Auf noch mehr Demokratie, auf wirtschaftliche Veränderungen. Mit siebzehn hatte ich natürlich das volle Recht auf unbegrenzte Mengen Naivität. Aber auch die Erwachsenen um mich herum waren voller Hoffnungen, was nicht nur schön und ansteckend, sondern vor allem leichtsinnig war. Aber heute? Wie kann man heute die Augen vor so vielen Verbrechen verschließen, mit denen auch das kommunistische Regime der Tschechoslowakei seine Macht begründet hatte? Das tschechische Volk neigt sonst nicht zum Fanatismus, zum religiösen Fanatismus dank der Zwangsrekatholisierung schon gar nicht - aber ausgerechnet die Kommunisten unter Klement Gottwald waren strenge Stalinisten und Scharfmacher. Und sie hatten sich schon 1929 in der Partei klar durchgesetzt.

Wenn ich zurückdenke und mir vor Augen führe, wie das Land, die Wirtschaft und die Menschen in der von mir bewusst erlebten Periode des sozialistischen Überlebenskampfes funktionierten, wundere ich mich, wieso man sich über dieses Wirtschaftsmodell 1968 überhaupt noch Illusionen machen konnte. So viel Schlendrian, ununterbrochenes Mangel-, Miss- und Engpassgewurstele. Die Geschichte des Sozialismus ist sowieso durchsetzt von irgendwelchen verzweifelten Reformbemühungen. Denken wir nur an Lenins Neue ökonomische Politik - NEP - von 1921, die man sich eher als das Treiben in Bartertown aus dem distopischen Film „Mad Max III“ von Georg Miller vorstellen sollte. Ideologisch war das NEP sowieso eine Bankrotterklärung, eine absolut notwendige Rettungsmaßnahme vor dem nahenden totalen Kollaps des Landes.

Andererseits ist es erstaunlich, wie lange dieses System überlebte und in einigem doch noch relativ gut funktionierte. In Prag konnte man auch

etwas Anderes ahnen, man spürte das nicht ganz dezimierte Potential der Menschen. Als ob die Erinnerungen an den demokratischen, geistigen und kulturellen Aufbruch zwischen den beiden Weltkriegen wieder lebendig würden. Dies zeigte sich zum Beispiel bei der Weltausstellung in Montreal 1967, als die Besucher die unerwartet erfolgreichen Ausstellungen und Aufführungen im tschechischen Pavillon stürmten. Und was an kreativen Kräften dann 1968 innerhalb von nur acht Monaten frei wurde!

Trotzdem muss ich unbedingt wieder zurückblicken. Nach 1945 enteignete man in der Tschechoslowakei erst einmal die riesigen Vermögen der Deutschen, und auch die Schwerindustrie wurde auf einen Schlag verstaatlicht. Nach 1948 verlebte sich das neue Regime das Vermögen der restlichen Privatwirtschaft und der Banken ein und bald - per Gesetz - auch das der massenhaft verurteilten politischen Gegner. 1953 wurden durch eine brutale Währungsreform schließlich die Bankguthaben auch aller einfachen Leute praktisch liquidiert. Auch mein Großvater väterlicherseits, der ein einfacher Arbeiter war, verlor alles. Und nach und nach verschwand dann dieser ganze Reichtum im weiten sozialistischen Schlund und wurde rückstandslos verdaut. Die älteren Bürger, also älter als ich, wussten einiges ganz genau. Der sozialistische Raubbau machte aus der bürgerlichen Tschechoslowakei, die zwischen den Kriegen zu den wirtschaftlich führenden Ländern in Europa gehörte, einen lahmen Zwerg. Das war nun meine Heimat, eine andere hatte ich nicht und kannte ich nicht.

Kurz zu einem wichtigen Nebenschauplatz: Man fragt mich in der letzten Zeit immer wieder, warum mein Volk mit Kriegsflüchtlingen und Fremden nicht teilen will. Die Volksseele vergisst einfach nichts. Der 400 Jahre alte Raub, der nach der Schlacht am Weißen Berg durch die Habsburger eingeleitet wurde, ist bis heute alles andere als vergessen, die drastische Verarmung des Landes nach 1948 natürlich auch nicht. Woraus sollte sich heute so etwas wie Großzügigkeit eigentlich speisen?

An dieser Stelle möchte ich mich allerdings kurz von denjenigen meiner Landsleute abgrenzen, die meinen, schon immer alles besser gewusst, nie an den Sozialismus geglaubt und sich natürlich auch nie die Hände schmutzig gemacht zu haben. Ich beziehe mich jetzt auf die Jahre der sogenannten Normalisierung, die in April 1969 von Gustáv Husák eingeleitet wurde. Von den anschließenden Säuberungen wurden selbstverständlich in erster

Linie die Parteimitglieder betroffen und 500.000 von ihnen verloren bei den „Prověrkas“ („Überprüfungen“) ihre Arbeit. Die Verfolgung betraf in der Regel aber auch die Ehepartner und andere Familienmitglieder, so dass die Zahl der Abgestraften und beruflich Degradierten viel höher war. Die Kinder aus diesen politisch gebrandmarkten Familien durften außerdem nicht studieren. Dieser Vorgang hat sich nach einundzwanzig Jahren also wiederholt. Für die wirtschaftliche Zukunft des Landes bedeutete dies natürlich wieder eine Katastrophe.

Ein Beispiel: In einem Maschinenbaubetrieb mit 2.700 Beschäftigten blieben im Betrieb nach den Säuberungen nur sieben Ingenieure übrig. Es spricht aber für die Standhaftigkeit und Moral vieler Tschechen von damals. Die Moral litt aber trotzdem zunehmend. Und man rächte sich an dem Staat, in dem flächendeckend und schamlos geklaut wurde; nach dem Motto: „Wer nicht klaut, beklaut die Familie.“ Standhaft blieben zum Glück unsere Schriftsteller. Von den damals wirklich bekannten und wichtigen ließen sich nur drei, vier verbiegen: Jiří Šotola und Vladimír Páral. Später leider auch Bohumil Hrabal, der den Druck nicht noch einmal - die 1950er Jahre hatten ihm gereicht - ertragen wollte und der gesundheitlich angeschlagen war. Und Ladislav Fuks wurde als Homosexueller schamlos erpresst.

Allerdings haben sich die meisten gewöhnlichen Menschen tatsächlich sehr pragmatisch verhalten und angepasst. Mit dabei war natürlich auch viel Ängstlichkeit, die später dann besserwisserisch begründet wurde: Man hätte sich zwischenzeitlich nur deswegen angepasst, weil Widerstand zwecklos gewesen wäre. Und man hätte eben - wie gesagt - sowieso schon immer gewusst, dass dieses System zugrunde gehen musste. Trotzdem: Ich verurteile deswegen niemanden mehr. Und auch wenn dahinter im realen Leben nicht viel Weisheit gesteckt hat, heißt es nicht, dass diese Leute grundsätzlich Unrecht gehabt hätten.

Auch ihre spätere Abneigung gegen die ehemaligen, und egal wie ehrlich reformwilligen Kommunisten ist verständlich; und bei der generellen Abneigung wird - früher fand ich es ungerecht, inzwischen nicht mehr - in Betracht gezogen, wie mutig und selbstaufopfernd sich diese Leute während der Normalisierung als Dissidenten hervorgetan hatten. Die einfachen Leute hatten diesen ganzen Schlamassel tatsächlich nicht zu verantworten, die ehemaligen Kommunisten dagegen schon. Sie, die dogmatischen jun-

gen Weltverbesserer der Nachkriegszeit, waren die ursprünglich Irrenden und ursächlich Verantwortlichen. Es sind auch große bekannte Namen dabei, viele von ihnen kannte ich wie gesagt persönlich und war lange - wegen dieser persönlichen Bindung - mit ihnen auch solidarisch.

Bezeichnend war, wie diese berühmten Reformer später über das Jahr 1968 sprachen. Antonín Liehm habe ich bereits erwähnt. Ich möchte noch den in Deutschland ebenfalls bekannten Ota Šik nennen. Ota Šik emigrierte in die Schweiz und unterrichtete dann lange Zeit in St. Gallen. Als er nach '89 nach Prag eingeladen wurde und seine Thesen vom Dritten Weg unterbreiten wollte, erntete er nur Unverständnis, und wenn ich mich recht erinnere auch Hohn. Ganz anders muss das Wirken und das Werk von Pavel Kohout beurteilt werden, dem ungerechterweise immer wieder seine Stalingedichte aus seiner dichterischen Frühzeit vorgeworfen wurden. Im Gegensatz zu vielen anderen hat Pavel Kohout diesen Teil seiner Vergangenheit nicht auf Dauer ausgeklammert, ihn immer wieder offen und mutig reflektiert.

Was das von mir bemühte Bild über das Zusammenkleben von kaputtem Geschirr angeht, handelt es sich um eine Anspielung auf den Film von Věra Chytilová „Tausendschönchen“ („Sedmikrásky“) von 1966. Zwei alberne aufgekratzte junge Frauen dringen in einen Saal ein, in dem alles für ein Festmahl aufgetragen und zurechtgemacht wurde. Die beiden kosten vorsichtig einiges vom kalten Buffet, werden zunehmend immer mutiger und wilder, zerstören nach und nach die ganzen Köstlichkeiten, bewerfen sich mit Torten, tanzen auf den Tischen. Dabei geht natürlich auch viel Geschirr zu Bruch. Am Ende entscheiden sie sich dann, alles wieder schön, sauber und ordentlich zu machen, also wieder lieb und brav zu sein. Und fangen schließlich an, einige brauchbare Scherben zusammzusetzen und Fragmente der essbaren Anteile dieses Durcheinanders auf die Platten zusammenzutragen. Diese Szenen wirken auch heute überhaupt nicht plump-allegorisch, es handelt sich um keine direkte Systemkritik; trotzdem weiß ich nicht, wie man diese Abschlusszenen des Films anders als eine Anspielung auf reformkommunistische Bemühungen deuten sollte.

Knast- waren für den Klassen- feind

**Häftlingsarbeit in der DDR und
der Westexport der Produkte**

Dr. Tobias Wunschik

Dr. Tobias Wunschik stammt aus Hannover. Er hat in München und Berlin Politikwissenschaften, Psychologie und Soziologie studiert. Als Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen forscht er seit langem zum Strafvollzug in der DDR.

Falls Sie seinerzeit selbst als politischer Gefangener in Bützow-Dreibergen oder einer anderen DDR-Haftanstalt inhaftiert waren, blicken Sie aus einer eigenen Warte auf (leidvolle) Hafterfahrungen zurück. Nur Sie wissen wie es sich anfühlt, unschuldig hinter Gefängnismauern zu schmachten. Nur Sie wissen welche Nöte und Ängste, Willkür und Kränkungen es dabei durchzustehen galt. Daher liegt es mir fern, Ihnen erklären zu wollen, „wie es wirklich war“ in der Haftanstalt Bützow.

Doch selbst wer als Zeitzeuge einst hinter diesen Mauern eingesperrt war, durfte seinerzeit vieles nicht erfahren - etwa die Namen der Aufseher oder wohin die hier produzierte Ware geliefert wurde. An dieser Stelle kann ich aus dem Studium unzähliger Akten Ihre Vermutungen bestätigen oder Ihnen im günstigsten Fall vielleicht sogar etwas gänzlich Neues erzählen. So wird vermutlich selbst jemand mit eigenen Hafterfahrungen nicht genau wissen, wie viele Gefangene insgesamt in der DDR arbeiten mussten - es waren bis zu 40.000 Häftlinge im Jahre 1975 - oder wie groß die Bandbreite der dabei entstandenen Produkte tatsächlich war. Denn wer ahnte schon, dass selbst beim Druck der unverdächtigen FDJ-Jugendzeitschrift „Frösi“ oder dem Bau der Skischanze in Klingenthal Häftlinge beteiligt waren. Öffentlich thematisiert wurden hingegen auch schon in der „alten“ Bundesrepublik etwa die Strumpfhosen, von denen rund 150 Häftlingsarbeiterinnen aus Hoheneck alljährlich neun Millionen Stück für „Esda“ in Thalheim fertigen mussten und die als Marken »Sayonara«, »Amoretto« und »Petit Chat« etwa bei Aldi, Hertie und Woolworth verkauft wurden. Auch Dienstleistungen mussten die Gefangenen erbringen: So wurde die Bettwäsche aus Ostberliner Hotels von mehr als 500 Häftlingsarbeiterinnen aus Berlin-Köpenick gesäubert und gebügelt.

Arbeitsbedingungen

Aus den Berichten freigekaufter Häftlinge war schon vor 1989 bekannt, dass viele der in DDR-Gefängnissen produzierten Waren in den Westen exportiert wurden, und unter welchen Bedingungen die Häftlinge sie hatten herstellen müssen. So wurde bei der Zuteilung der Arbeit auf die Ausbildung der Häftlinge wenig, auf deren Wünsche kaum einmal Rücksicht genommen. Die Arbeitsnormen lagen sehr hoch. Bei Arbeitsverweigerung drohten immer erhebliche Nachteile, nicht selten auch körperliche Übergriffe. Kein Zweifel: Die Gefangenen wurden zur Arbeit gezwungen.

Wie das funktionierte, könnten Sie alle aus eigener Erfahrung berichten. Ein zusätzlicher Beweis liegt jedoch darin, dass erst heute zugänglich gewordene Unterlagen der Staatssicherheit die Repressionen dokumentieren. So bedienten sich die Aufseher mitunter der Hilfe von Häftlingsbrigadiere, um sich nicht selbst die Finger schmutzig machen zu müssen. Ein solcher Brigadier in der Haftanstalt Waldheim beispielsweise arbeitete zugleich als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit und notierte 1983, wie ihn der zuständige Aufseher zu hartem Durchgreifen aufgefordert hatte. „Als ich auf die V[ollzugs]A[bteilung] II/2 zu dem Erzieher Ltn. d. S[traf]V[ollzug] K[...] verlegt wurde, holte er mich in sein Zimmer und sagte, dass es in seiner Brigade keine Arbeitsverweigerungen gibt, ich solle es verhindern. Ich fragte ihn, und wenn mir dabei etwas passiert, worauf er zur Antwort gab, er sei schon Zeuge, dass der betreffende Strafgefangene hingefallen sei. Hierfür gab er mir einmal 10,- M[ark] oder 20,- M. So hat er es mit allen SG-Brigadiere vom Kdo. E[lektro]W[ärme]D[öbeln] gemacht und auch mit dem bereits entlassenen Brigadier, SG] [...], vom Kdo. Hausschuhwerke. [...] Er hat mich und den SG] [...] einmal beauftragt, einen Strafgefangenen beim Baden ‚stolpern‘ zu lassen. Dazu kam es aber nicht. Vor kurzem sollte der Brigadier der Hausschuhwerke einen Strafgefangenen schlagen. Als dieser damit nicht einverstanden war, wurde er als Brigadier abgelöst.“ Mit solchen, teilweise geschickt delegierten Repressionen ließ sich eine hohe Arbeitsleistung der Gefangenen aufrecht erhalten.

Obwohl also die Gefangenen hier wie in Bützow ganz offenkundig zur Arbeit gezwungen wurden, verwende ich den Begriff der Zwangsarbeit nicht für den DDR-Strafvollzug. Dieser Begriff hat sich für die von den Nationalsozialisten ohne Gerichtsurteil von der Straße weg verschleppten Zivilisten aus den besetzten Gebieten Osteuropas vor 1945 eingebürgert. Wie die Begriffe „Holocaust“ oder „KZ“ wird mit der Zwangsarbeit die NS-Diktatur assoziiert. Das ändert nicht das geringste an der Tatsache, dass auch die Arbeit von DDR-Häftlingen erzwungen war und teils unter erbarmungswürdigen Bedingungen geleistet werden musste.

Auch etwa 30 bis 40 Prozent der ehemaligen politischen Gefangenen lehnten diese Bezeichnung ab:¹ sei es aus protestantischem Arbeitsethos heraus, sei es, weil sie die Arbeit „nicht als Zwang, sondern als einen Ausweg aus dieser hoffnungslosen Einsamkeit“ verstanden, so der ehemalige politische Gefangene Peter Moeller². Die Mehrheit der Betroffenen freilich spricht heute sehr wohl von Zwangsarbeit.

Besonders verhängnisvoll war dies für jene Gefangene, die eigentlich niemals dort hätten sein dürfen, wo sie waren - also für die politischen Häftlinge. Sie wurden auch beim Arbeitseinsatz oft strenger behandelt als die übrigen Insassen. Wo immer möglich wird in der Studie „Knastware für den Klassenfeind“ zwischen den politischen Gefangenen und den anderen Insassen differenziert; oft geben die Quellen das aber nicht her.

Die Betriebe überwiesen die Löhne an die Gefängnisse, die den Löwenanteil von 80 bis 85 Prozent einbehielten, je nach Normerfüllung und Disziplin. Im Durchschnitt verblieben zuletzt 138 Mark monatlich. Abzüglich Rücklage und Familienunterstützung konnten die Gefangenen zuletzt etwa 60 Mark für den Einkauf überteuerter Lebensmittel verwenden, so errechnete es jedenfalls die DDR-Gefängnisverwaltung. Viele ehemalige Gefangene haben erklärt, dass sie deutlich weniger erhielten. Dies mag zum einen daran liegen, dass in den früheren Jahren die Einkünfte deutlich niedriger lagen. Zum anderen wurden die Gefangenen auch noch um diesen (un-)gerechten Lohn betrogen, wie aufgefundene Akten dokumentieren.

Im VEB Metallwaren Naumburg stellten die Gefangenen 80 Prozent der Mitarbeiter. Im Holzverarbeitungswerk Burg und im VEB Elektro- und Metallwaren Zwintschöna waren es 50 Prozent und in den Getriebewerken Brandenburg 40 Prozent. In den allermeisten Fällen lag der Anteil der Gefangenen an allen Beschäftigten jedoch weit darunter. Dabei kamen in der gesamten DDR insgesamt 1.200 Betriebsangehörige täglich auf das Gelände der Haftanstalten und leiteten dort die Häftlingsarbeiter an. Wo die Gefangenen hingegen außerhalb der Haftanstalten in den Betrieben eingesetzt wurden, kamen sie sogar mit insgesamt 28.000 Beschäftigten in Berührung.

Meist blieben die Betriebsangehörige distanziert, einige ließen die Insassen aber auch ihre (aus Vorurteilen oder politischen Vorbehalten gespeiste) Ablehnung spüren und denunzierten diese, wenn sie um Hilfe ersuchten. Andere Betriebsangehörige hingegen solidarisierten sich heimlich mit den Gefangenen und schmuggelten etwa deren Briefe an der Zensur vorbei.

Zum Umfang der Haftarbeit in der DDR

Mit der Öffnung der Archive ließ sich der Umfang der Häftlingsarbeit wesentlich besser als zuvor abschätzen. So standen 1960 in der gesamten DDR 20.000 Gefangene im Arbeitseinsatz, 1975 fast doppelt so viele. Etwa jeder zweite arbeitete in den Werkhallen auf dem Gefängnisgelände, die anderen

außerhalb der Gefängnismauern in den Stammbetrieben, wohin sie meist mit Bussen geschafft wurden.

Ohne letzte Vollständigkeit beanspruchen zu können werden in der Studie „Knastware für den Klassenfeind“ etwa 250 DDR-Betriebe erwähnt, die in der Ära Honecker Gefangene für sich arbeiten ließen. Die Gefangenen aus Bützow mussten in dieser Zeit für insgesamt zehn Betriebe und Einrichtungen arbeiten, darunter bis zu 300 Häftlinge für den VEB Kabelwerk Nord Schwerin-Sacktannen, 180 Gefangene für den Landmaschinenbau (LMB) Güstrow, 130 Häftlinge für den VEB „Fortschritt“ Bützow/Schweriner Metallwaren, 110 Gefangene für den VEB Chemisch-technische Werke (CTW) Leipzig und 100 Häftlinge für den VEB Schiffszubehör Bützow.

Westexporte

Was diese Gefangenen produzieren mussten, verblieb überwiegend in der DDR oder wurde in die Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ exportiert. Ein Teil der Ware wurde jedoch für harte Devisen beziehungsweise im innerdeutschen Handel für sogenannte Verrechnungseinheiten in den Westen verkauft. Dank der Stasi-Unterlagen sowie aufgrund von Dokumenten aus dem Bundesarchiv sowie aus anderen Archiven lässt sich der Umfang dieses Handels mittlerweile quantitativ abschätzen. So stellten in den dem Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik nachgeordneten Kombinate und Betrieben die 4.650 Gefangenen im Jahre 1985 8,5 Prozent aller Produktionsarbeiter.

Der Westexport dieses Ministeriums wiederum betrug seinerzeit fast 1,8 Milliarden Valutamark. Das heißt, die Gefangenen hatten rein rechnerisch einen Umsatzanteil von 156 Millionen Valutamark beziehungsweise Verrechnungseinheiten hieran. Hierbei handelt es sich freilich um Umsatz und nicht um Gewinn. Auch bezieht sich die Zahl auf alle Gefangenen, nicht nur auf die politischen Häftlinge. In diesem Ministeriumsbereich waren mit Abstand die meisten Gefangenen eingesetzt; waren die übrigen 15.000 Gefangenen in den anderen Industrien genauso stark in den Export involviert, könnte der gesamte Umsatz aller Häftlingsarbeiter bei 600 Millionen Valutamark jährlich gelegen haben.

Vor allem die Möbel für Ikea aus Häftlingsarbeit haben im Sommer 2012 für Schlagzeilen gesorgt. Doch auch dessen Konkurrenten haben Einrichtungsgegenstände aus der DDR bezogen - und zwar über einen Zwischen-

händler, der seinerseits die DKP finanzierte. Richard Karl Lämmerzahl, so der Name des Ikea-Konkurrenten, belieferte Quelle, Otto, Kaufhof, Horten, Neckermann, Möbel-Hess und viele andere Warenhausketten mit günstigen Biermeier-Möbeln aus der DDR. Für die entsprechenden Verhandlungen empfing der fränkische Salon-Kommunist Lämmerzahl die ostdeutschen Betriebsdirektoren gerne am hauseigenen Swimming Pool. Auf Geheiß der SED-Führung mussten die DDR-Betriebe ihm besonders günstige Abnahmepreise garantieren, denn er sollte mit seinen Gewinnen eine DKP-nahe Druckerei alimentieren. Deswegen ergatterte Lämmerzahl 1974 sogar ein vertraglich garantiertes alleiniges Vertriebsrecht für DDR-Möbel in der Bundesrepublik, kurz bevor Ikea in Westdeutschland reüssierte. Die DDR-Betriebsdirektoren beziehungsweise der vorgesetzte Außenhandelsbetrieb Holz und Papier wollten aber lieber an das aufstrebende Möbelhaus aus Schweden liefern, weil nur so die staatlichen Export-Planauflagen erfüllt werden konnten. Ikea ignorierte nämlich Lämmerzahls Monopol mit der Begründung, man würde ja nicht Biedermeier-Buche vertreiben, sondern modische und faltbare Kiefernmöbel in schwedischem Design. Obwohl Lämmerzahl mit Alexander Schalck-Golodkowski einen mächtigen Verbündeten auf seiner Seite wusste, machte letztlich der Möbelgigant Ikea mit seiner expansiven Marktstrategie das Rennen.



Dr. Tobias Wunschik zeigt Anschauungsmaterial zu seinem Vortrag
Rudolf Leppin

Für den Konsumenten im Westen bedeutete dies: Wer in den achtziger Jahren günstige Möbel suchte und an DDR-Ware geriet, mehrte entweder die Einkünfte von Ingvar Kamprad oder füllte indirekt die Parteikasse von Herbert Mies, also den Chefs von Ikea und DKP. Manche der Möbel wurden in Teilen von Gefangenen hergestellt. Insbesondere die Beschläge stammten wohl meist vom VEB Metallwaren Naumburg, wo Gefangene 80 Prozent der Mitarbeiter stellten.

Aber auch Fernseher, Motorräder und Farbfilme (für Neckermann), Küchenherde (für Quelle) sowie Kerzen (für Schlecker) wurden von Gefangenen zusammen mit „freien“ Arbeitern gefertigt. Ebenso Schreibmaschinen, Kupferdraht, Elektromotoren, Mähdrescher, Gussteile, Schuhe, Glasseide, Spindeln und Autoscheinwerfer - alles für den Westexport.

Zur Rolle des MfS

Die Staatssicherheit überwachte den Westexport und überprüfte Aufseher und Betriebsangehörige, die mit den Häftlingen Kontakt hatten. Wer sich diesen gegenüber nachsichtig zeigte, geriet schnell in das Visier der Geheimpolizei, ebenso Gefangene, die ihre Mitinsassen zum „Langsam-Arbeiten“ aufforderten. Zudem sollte der Westexport der von den Häftlingen gefertigten Produkte geheim bleiben, weswegen Gefangene eigentlich keine Waren für den Westen verpacken durften. Weil dies in der Praxis aber doch vorkam, konnten die Gefangenen Kassiber in der Exportware verstecken. Käufer im Westen fanden diese Nachrichten aus dem DDR-Strafvollzug und informierten die Westfirmen.

Mit der Häftlingsarbeit konfrontiert wurden die Konzerne auch, wenn ihnen freigekaufte Häftlinge berichteten, sie hätten in den Kaufhausregalen jene Waren wiedererkannt, die sie zuvor selbst im DDR-Gefängnis hatten produzieren müssen. Dass dies schon vor 1989 im Westen publik wurde, ist unter anderem ein Verdienst der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM), der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ und von Amnesty International (ai).

Westfirmen

Seinerzeit waren etwa 6000 bundesdeutsche Firmen in den innerdeutschen Handel involviert. Sicherlich mehrere Dutzend, möglicherweise sogar Unternehmen in dreistelliger Zahl, haben dabei „Knastwaren“ aus der DDR bezogen. Mindestens die Konzernleitungen von Ikea und Quelle - und nur zu diesen Unternehmen gibt es eine entsprechende Aktenüberlieferung

beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen - äußerten seinerzeit ihr Missfallen gegenüber ihren ostdeutschen Geschäftspartnern, dass in der DDR Häftlinge zur Arbeit eingesetzt wurden. Dies taten sie aber offensichtlich vorwiegend nach entsprechenden Medienberichten ab Anfang der achtziger Jahre, wenn sie schlechte Presse fürchteten. Sie ergriffen teilweise bestimmte Gegenmaßnahmen (wie die Produktion zu inspizieren) um sicherzustellen, dass auch fürderhin nicht in Gefängnissen produziert würde. Doch diese Schritte erwiesen sich als wirkungslos oder waren sogar von vornherein ungeeignet, den Bezug von „Knastware“ auszuschließen. Dabei waren die Gewinnspannen im Ost-West-Handel beträchtlich, denn aus westlicher Perspektive war die DDR ein Billiglohnland. Für Gefangene gilt dies besonders, weil ihre Verdienste oftmals geringer waren oder ihre Normen oft höher lagen als bei anderen Arbeitern in der DDR. Ikea hätte jedenfalls ohne seine günstigen Zulieferer aus Polen und der DDR seine heutige Marktposition vermutlich nicht erreicht. Die genaue Bilanz kennen aber nur die Unternehmen selbst.

Vergleich zur Bundesrepublik

Wer die Häftlingsarbeit in der DDR thematisiert, bekommt häufiger zu hören, auch in der Bundesrepublik müssten Gefangene arbeiten. Tatsächlich erlaubt das Völkerrecht den Arbeitseinsatz von Gefangenen, wenn die Verurteilung rechtsstaatlich korrekt erfolgt, die Menschenwürde stets gewahrt bleibt (also beispielsweise beim Arbeitseinsatz keine Gefahr für Leib und Leben erwächst) und kein Profit beabsichtigt ist. Keine dieser Voraussetzungen lag in der DDR vor.

In der Bundesrepublik hingegen sind diese Bedingungen grundsätzlich erfüllt, und doch gilt eine Arbeitspflicht im Strafvollzug nur noch bedingt. Denn seit der großen Bund-Länder-Reform von 2006 ist der Justizstrafvollzug Ländersache. In Sachsen etwa „soll“ einem Gefangenen „auf Antrag oder mit seiner Zustimmung Arbeit zugewiesenen werden, ... die möglichst dessen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen“ entspricht (§ 37 Sächsisches Strafvollzugsgesetz von Mai 2013). Hier besteht also keine Arbeitspflicht, sondern ein Gebot für die Gefängnisverwaltung, Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen sind nach § 22 des Strafvollzugsgesetz Gefangene „verpflichtet, die ihnen zugewiesene Arbeit auszuüben, soweit sie zu deren Verrichtung körperlich in der Lage sind“. Wer bereits Freigänger ist, darf sich auch eigeninitiativ um andere als die

ihm zugewiesene Arbeit bemühen; zwar kann die Gefängnisleitung dies untersagen, muss es aber sorgsam begründen. Dem Gefangenen darf keine unzumutbare, besonders schwere oder sinnlose Arbeit übertragen werden, da es sich um ein zusätzliches so genanntes Strafübel handeln würde. Von all diesen Regelungen wagten die Gefangenen in der DDR vermutlich nicht einmal zu träumen. Allerdings war die Entlohnung auch im bundesdeutschen Strafvollzug sehr gering; erst eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1998 brachte Besserung. Vor allem kommen unter freiheitlich-demokratischen Rahmenbedingungen die Gegner des politischen Systems in der Regel gar nicht erst in die Verlegenheit, sich für so geringe Löhne verdingen zu müssen, weil in einem Rechtsstaat das Verlassen des Landes oder eine kritische politische Meinungsäußerung nicht unter Strafe steht.

In der DDR war der Arbeitseinsatz der Gefangenen hingegen eine weitere Taste in der Klaviatur politischer Repression gegenüber den Gegnern des Regimes und ein Mittel zur zusätzlichen Disziplinierung krimineller und anderer Gefangener. Zwar glaubten die Verantwortlichen wohl ernsthaft, erzwungene Arbeit würde die Betroffenen zu Folgsamkeit und Fleiß erziehen und auf diese Weise resozialisieren. Wichtiger freilich war ihnen der wirtschaftliche Nutzen. Die Arbeitskraft der Inhaftierten bestmöglich ausnutzen zu können, war bei der Verteilung der Gefangenen auf die verschiedenen Haftanstalten im Zweifelsfall wichtiger, als die Betroffenen nach Delikten, Rückfallhäufigkeit oder Lebensalter konsequent voneinander zu trennen, was Grundvoraussetzung jeder Resozialisation gewesen wäre.

Auch der wirtschaftliche Nutzen der Häftlingsarbeit gab nicht alleine den Ausschlag. Noch wichtiger waren (außen-)politische Erwägungen. So wurden Amnestien erlassen, obwohl die volkswirtschaftlichen Auswirkungen verheerend waren. Aber zum Beispiel 1987 wurde anlässlich des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik ein deutschlandpolitisches Signal benötigt. Untersuchungshäftlinge - gerade bei der Staatssicherheit - mussten meist nicht arbeiten. Denn wichtiger war es, sie jederzeit vernehmen oder durch Nichtstun zermürben zu können. Im Strafvollzug aber war es eine vorrangige Aufgabe auch der politischen Häftlinge, für den SED-Staat zu arbeiten und „Knastware“ bizarrerweise gerade auch für den Klassenfeind zu produzieren.

Literaturauswahl

Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund, Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates (hrsg. vom Bürgerbüro e.V.), Berlin 2003

Sachse, Christian, Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014

Schmidt, Karin, Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat, Hildesheim 2011

Sonntag, Marcus, Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011

Vesting, Justus, Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bau-soldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012

Wölbern, Jan Philipp, Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR, Berlin 2015

Wunschik, Tobias, Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989), Göttingen 2014

Anmerkungen

1 Vgl. Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund, Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates (hrsg. vom Bürgerbüro e.V.), Berlin 2003.

2 Sachse, Christian, Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 419.



Das Jahr 1968 ist legendär. Zum 50. Jahrestag der Ereignisse, die ganz Europa an unterschiedlichen Stellen erschütterten, hat das Forum zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte - 16. Bützower Häftlingstreffen die Begebenheiten und Folgen insbesondere in Nord- und Ostdeutschland in den Blick genommen und gefragt, welche Nachwirkungen 1968 bis in die Gegenwart hat.



ISBN: 978-3-96250-265-2